

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 18. Januar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wahlrechtskämpfer! Erscheint am Sonntag in Massen zu den Demonstrations-Versammlungen!

Minister gegen Richter!

Herr v. Bethmann Hollweg ist auch am dritten Tage den Erörterungen des Abgeordnetenhauses ferngeblieben. Er war zur Jagd nach Springe gefahren. Die moralische Erziehung mußte an dem Abwesenden vollzogen werden. Dafür gab sich der neue Minister des Innern, der ehemalige Kanalrebell v. Dallwitz, alle Mühe, seinen Chef würdig zu vertreten. Und das Zeugnis darf ihm nicht versagt werden, daß er es mindestens ebensogut verstanden hat, wie Herr v. Bethmann Hollweg selbst, die Erwartungen des Scharfmacheriums zu erfüllen. Eine schneidigere Attade gegen die Justiz ist noch nicht geritten worden, als am Dienstag von dem preussischen Polizeiminister. Hatte das Organ der Rechtspflege, hatte die Lieber-Kammer den deutschen Reichsfänger und preussischen Ministerpräsidenten schonungslos desabonniert müssen, so desabonnierte der Polizeiminister jetzt das Gericht. Alles, was das Gericht in seinem Urteil als Ergebnis der Beweisaufnahme festgestellt hatte, wurde von Herrn v. Dallwitz rücksichtslos beiseite geschoben. Unverblümteste Mißachtung der in neuwürdiger Arbeit gewonnenen und im Urteil ausführlich niedergelegten gerichtlichen Feststellungen atmete jedes Wort des Oberst-Scharfmachers auf dem Ministerstempel. In dem Urteil hieß es:

„Es muß als erwiesen gelten, daß Mißgriffe und Ueberschreitungen der Amtsbefugnisse vorgekommen sind. Es handelt sich nicht um vereinzelte Mißgriffe der Beamten, sondern das Gericht hat die Ueberzeugung, daß Mißgriffe und Ueberschreitungen in größerer Anzahl vorgekommen sind.“

Der Polizeiminister aber erklärte es für unrichtig, daß die Polizei „übertrieben schneidig und roh“ vorgegangen sei! Er behauptete, daß die Polizei „eine bedauernde Nähe und Kalblütigkeit“ bewahrt habe. Alle Mißhandlungen Unschuldiger und ganz Unbeteiligter, auch der ganz vereinzelt und friedlich ihres Weges gehenden Bürger, nahm er als etwas Unvermeidliches in Schutz! Nicht das leiseste Wort der Kritik hatte er für die zahllosen Brutalitäten, die an Frauen, Greisen, Kindern verübt worden sind und durch eine Unzahl von Zeugen bekundet wurden, die das Gericht als völlig einwandfrei gelten lassen mußte!

Und was sagte das Urteil über die Ursachen der Roabiter Vorgänge? Man wird der Lieber-Kammer und ihrem Urteil alles nachsagen können, aber sicherlich nicht einseitige Stellungnahme zugunsten der Angeklagten. Das Urteil spricht von den Ausschreitungen von Arbeitern gegen die Arbeitswilligen, von den Beschimpfungen der Schulleute, von den Erzessen des Janhagels — allein es berücksichtigt auch pflichtgemäß die Momente, die die Bewohner des Roabiter Stadtviertels erregen mußten.

Das Urteil führt darüber aus:
„Es muß aber zugunsten der Angeklagten festgestellt werden, daß die Bevölkerung den Anspruch auf die von den Streitenden geforderte Lohnerhöhung für berechtigt halten konnte.“

Was die Provolation durch die Arbeitswilligen betrifft, so kann von einer solchen an den ersten Tagen keine Rede sein. Auch nicht bei den Vorfällen am 4. und 5. Oktober, wo Arbeitwillige auf der Straße überfallen wurden. Dagegen wird man zugeben müssen, daß die Leute, die Hinzue gebracht hat, anderer Art sind, wie die sonstigen Arbeitswilligen. Wenn man bedenkt, wie die Hinzuehenden Leute geworden wurden, so wird man annehmen müssen, daß bei ihnen eine gewisse Abenteuerlust herrscht. Man wird auch annehmen müssen, daß es der Polizei nicht gelungen ist, die nach dem Koblenplatz gebrachten Arrestanten in allen Fällen vor Mißhandlungen durch die Arbeitswilligen zu bewahren, die sich auf dem Platz herumtrieben und die Gelegenheit benutzten, um ihre Abenteuerlust zu betätigen. . . .

Das hat die Leute erregt, ebenso die Absperrung der Straßen. Es muß berücksichtigt werden, daß in einem stark bevölkerten Stadtteil jede derartige Maßnahme Erregung hervorrufen mußte. Dasselbe gilt von den Attaken. Aber das Gericht muß ablehnen zu entscheiden, ob diese Maßnahmen der Polizei richtig getroffen sind. . . .

All diese Erwägungen des Gerichts existieren nicht für den Polizeiminister! Für ihn ist alles, was die Polizei tat, wohl getan gewesen! Er erklärt es für seine „Ehrenpflicht“, die „Pflichterfüllung“ zu erwähnen, die die Polizei ausnahmslos befolgt haben soll! Das durch die Schreckensherrschaft der Polizei terrorisierte Volk trägt ganz allein die Schuld; es ist ihm, dem Junker, der „fanatisierte und angehetzte Pöbel“! Fanatisiert worden ist aber dieser „Pöbel“ durch „die jahrelang geübte Verhöhnung der Presse“.

Zu einem solch unerhörten, die Tatsachen strupellos verwerfenden, die Dinge geradezu auf den Kopf stellenden Urteil aber ist der Polizeiminister dadurch gekommen, daß er

die Verhandlungen und Feststellungen des Gerichtsverfahrens einfach souverain ignorierte und sich einfach auf die „amtlichen Feststellungen“ verließ, die ihm vermutlich Herr v. Jagow, in die Hand gespielt hat! Da das Stenogramm der Rede noch nicht vorliegt und auch die Scharfmacherpresse die „chronologische Darstellung“ der Vorgänge, mit der Herr v. Dallwitz anhub, nur sehr unvollständig wiedergibt, sind wir heute nicht in der Lage, zu zeigen, wie der Polizeiminister einfach jene parteioffizielle Darstellung benutzt hat, die auch der famosen Anlagenschrift des Herrn Steinbrecht zugrunde lag, die aber durch die Zeugenübernehmung vielfach als total unrichtig erwiesen worden ist! Eine Unrichtigkeit der Darstellung des Polizeiministers sei jedoch schon hiermit festgenagelt. Herr v. Dallwitz behauptete, der Pastor Schwedel sei mit Steinen geworfen worden. Das ist un wahr! Herr Pastor Schwedel ist zwar einen Augenblick durch junge Burschen mit Worten bedroht worden, doch ist er in keiner Weise einer tätlichen Beleidigung ausgesetzt gewesen, trotzdem er eine halbe Stunde lang an der Haustür arbeiten mußte, bevor er sie aufschließen konnte. Schon das eine Faktum beweist, wie der Polizeiminister mit den Tatsachen umspringen wagte!

Herr v. Dallwitz nahm sich auch heraus, den Teil der bürgerlichen Presse anzurempeln, der später zur Besinnung gekommen ist und dem scharfmacherischen Schwindel die Wahrheit gegenüberstellte. Daraus erhält es vom „Berl. Tagebl.“ bereits die gebührende Antwort:

„Wenn es noch eines Beweises dafür bedürft hätte, daß der große Prozeß von Roabit eine schwere Niederlage des preussischen Polizeisystems bedeutete, so hätte diesen Beweis heute der Polizeiminister im Abgeordnetenhause zur Evidenz erbracht. Herr v. Dallwitz hatte den „Mut“, heute zu Beginn der Sitzung in einer Antwort auf die gestrigen Ausführungen des Abgeordneten Ströbel trotz der gerichtslichen Feststellungen über die Mißgriffe und Ueberschreitungen der Polizei, von einer „bewundernswerten Ruhe und Kaltblütigkeit der Polizei“ zu sprechen! . . .

Die Rede des Herrn v. Dallwitz ist so recht ein Beweis dafür, was diese herrschenden Kreise unter „Ordnung“ eigentlich verstehen, und wie sie selbst fortwährend bereit sind, die notwendige Ordnung der Dinge zu durchbrechen, wenn ihr politisches Interesse auf dem Spiele steht. Wir haben vom ersten Tage an gesagt: wer wirklich die Ordnung will, der muß in gleicher Weise gegen die Ruhestörer sein, die den Kravall entfesselt haben und nun ja auch — soweit man sie gefaßt hat — hart genug bestraft worden sind, und gegen diejenigen, laut Gerichtsurteil leider zahlreichem Polizeibeamten, die sich zum Unterschied von ihren anständigeren und besser disziplinierten Kollegen brutal, zügellos und gesetzwidrig gegen ruhige Bürger und Bürgerfrauen vergangen haben. Die Herren v. Bethmann Hollweg und v. Dallwitz sind so ordnungsliebend nicht: sie beschönigen, leugnen und entschuldigen die gerichtslich festgestellte Disziplinlosigkeit und das gesetzwidrige Verhalten eines erheblichen Teiles der Polizei, und indem sie das in Verfolgung ihrer politischen Zwecke tun, machen sie sich auch weiter, gemeinsam mit Herrn v. Jagow, schuldig an dieser Disziplinlosigkeit, stellen sie den schlechten Elementen ihrer Beamtenenschaft einen Berechtigungschein zu neuen Fechtataten aus.“

In der Tat, fühlte sich der Polizeiminister als Organ der wirklichen Ordnung, so wäre es seine Pflicht gewesen, sofort das Disziplinarverfahren gegen die so schwer belasteten Beamten einzuleiten, ebenso wie es die unabweigerliche Pflicht des Justizministers gewesen wäre, die Staatsanwälte zur Erhebung des Anklageverfahrens wider die polizeilichen Erzedenten aufzufordern. Statt der Strafe erhielten die Schuldigen Orden! Trotzdem aber wäre es noch immer nicht zu spät zum Einschreiten für die Behörden gewesen. Auch Stöbel wurde in Anklagezustand versetzt und verurteilt, trotzdem er den Schwarzen Adlerorden erhalten hatte. Aber freilich, das geschah in — Rußland!

Daß der Scharfmacherflügel des Junker- und Geldsackparlaments seinem neuen Erkorenen und Beauftragten zulaugte, versteht sich von selbst. Ist doch ein Polizeiminister, der nicht nur über Ströme vergossenen Bürgerblutes, sondern auch über das Verdikt eines preussischen Gerichtshofes achlos hinwegschreitet, wenn die Junkermeute das verlangt, ein Mann nach dem Herzen der Pappenheim und Oldenburg, der Dued und Jedlich!

Der Tag der Scharfmacher.

Ein Scharfmacher nach dem anderen erhob sich am Dienstag im Abgeordnetenhause, um über die gewalttätigen Sozis und die nicht ausreichenden Nachbefugnisse des Staates gegenüber dem Umsturz zu jammern.

Den Reigen eröffnete der Minister des Innern. Wir wissen ihm Dank, daß er seine Karten offen aufgedeckt und sich als der

gegeben hat, der er in Wirklichkeit ist: ein Scharfmacher nach dem Herzen der Kraut- und Schlotjunker, ein Polizeiminister im vollsten Sinne des Wortes, der dem Kampf mit geistigen Waffen ängstlich aus dem Wege geht und seine einzige Zuflucht in der Finte, die schießt, und dem Säbel, der haut, erblickt. Vielleicht ist Herr von Dallwitz der „starke“ Mann, der Herrn v. Ströcher vor Augen schmeißt, der „starke“ Mann, an dessen geistige Fähigkeiten um so weniger Ansprüche erhoben werden.

Herr v. Dallwitz, ein so großer Scharfmacher auch immer er ist, er ist im Grunde genommen durch nur ein Waisenknecht im Vergleich zu den Jedlich, Arnim und Konforten, die nach ihm das Wort ergriffen, und sich in noch größeren Angriffen und Beschimpfungen ergingen. Was soll man dazu sagen, wenn Abg. Fehr. v. Jedlich den Zeugen im Roabiter Prozeß vorwirft, sie hätten unter sozialdemokratischer Suggestion Verfehlungen der Polizei bekundet und wahrheitswidrige und gefälschte Aussagen gemacht? Eine größere Unerschämtheit ist schlechterdings nicht denkbar. Aber Leute wie Jedlich schreden vor keiner Niedertracht zurück, wenn es sich darum handelt, ihre reaktionären Pläne zu propagieren. Worauf Herr v. Jedlich hinaus will, das hat er unzweideutig ausgesprochen: Verschärfung der Strafgesetze, Bestrafung des politischen Massenstreiks mit Zuchthaus, Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen und gegen die Aufklärung der Jugend, und als Entgelt für diese völlige Anebelung der Arbeiterklasse: die Vorenthaltung des Wahlrechts.

Rechnlich äußerte sich Abg. v. Arnim-Jübedom, der sogar soweit ging, wenn auch nur beschränkt, den Ruf nach einem neuen Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie erschallen zu lassen. Denn was bedeutet sein Wehklagen darüber, daß nach Bismarck kein Reichsfänger die Sozialdemokratie mit Laten bekämpft hat, anders? Und wie dieser Krautjunker, so zeternte auch der Sachwalter des Schlotjunkeriums, Abg. Schmieding (natl.) über sozialdemokratischen Terrorismus und über die Gefahren, denen die armen Arbeitswilligen ausgesetzt seien.

In das Bild dieses Scharfmacherlagers fügt sich durchaus passend ein die Ableugnung einer Fleischnot durch den neuen Landwirtschaftsminister. Augen statt Nahrung! Das ist das Ziel, was dieser Sippschaft als Ziel vor Augen schwebt.

Im übrigen sei aus der Sitzung noch hervorgehoben, daß ein Vertreter der Regierung den ihm gewordenen Auftrag erfüllte und die Erklärung abgab, daß Herr Abg. Fehr. v. Nichthofen nicht der Steuerdefraudation schuldig sei. Vorsichtigerweise wird man aber abwarten müssen, welches Resultat der schwebende Beleidigungsprozeß zeitigt. Den Schluß bildete eine lange Rede des Abg. Dr. Porst (B.), der sich im Schweiße seines Angesichts bemühte, die Wahlrechtsfeindschaft des Zentrums abzuleugnen und Herrn Schmieding, der seinem Schwärmen für ein konservativ-national-liberales Kartell Ausdruck verliehen hatte, klarzumachen, daß die Schwarzen unentwegt am Schnapsblock festhalten, bei dem sie die besten Geschäfte machen zu können glauben.

Am Mittwoch soll die erste Lesung des Etats beendet werden.

In Gefechtsstellung!

„Wenn man in Gefechtsstellung ist, dann greift man eben zu!“ erklärte am Dienstag der Polizeileutnant Schirmer im Roabiter Schwurgerichtsprozeß. Es war bei der Wiederholung der aus dem Strafkammerprozeß bekannnten Aussage des Försters a. D. Trebor über die scheußliche Mißhandlung, die in der menschenleeren Oredowstraße an einem vereinzelt jungen Mann von mehreren Schaulenten verübt wurde. Dieses Zeugnis hat die Polizei bekanntlich schon im Vorprozeß zu erschüttern versucht, indem der Polizeileutnant Schirmer und der Wachtmeister Thurow aufgebeten wurden, die den Mißhandelnden als einen Steinwerfer oder wenigstens als einen Menschen hinstellen, der Steine auslas, um zu werfen. Freilich hatte der Leutnant nach eigenem Jugeständnis von dieser angeblichen bösen Absicht des ihm in der leeren Straße entgegenkommenden einzelnen Menschen nichts gewußt — trotzdem schlug er auf ihn los.

Es hat sich indes herausgestellt und besonders in dieser Sitzung des Schwurgerichts trat es deutlich zutage, daß der Fall, von dem der Leutnant und der Wachtmeister erzählen, nicht der Vorfall ist, den Herr Trebor beobachtet hat, daß also der Mißhandelte nicht mit dem von Thurow verfolgten Steinwerfer identisch ist. Die Absicht der Polizei, die Bekundung der unbedenklichen Zeugen zu erschüttern, ist also völlig mißlungen. Dagegen ist durch das eigene Zeugnis des Leutnants Schirmer erwiesen, daß der Herr ohne Grund auf einen einzelnen Menschen losging, obgleich in weitem Umkreise keine die Polizei oder die Ordnung bedrohende Menschenmenge zu sehen war. Näher befragt, wie er zu dieser Handlung kam, erging sich der Herr zunächst in einigen verlegenen Wendungen über komplizierte feilische Vorgänge, um schließlich mit der oben wiedergegebenen Behauptung herauszukommen. Justizrat Friedmann quittierte darüber mit einem faststischen „Alle Achtung!“, wodurch sich Herr Leutnant Schirmer sehr gekränkt fühlte. Die nicht minder ironische Feststellung des Verteidigers Heine, daß der Leutnant sich in Gefechtsstellung fühlte, als er in der sonst leeren Straße einen Menschen auf sich zukommen sah, wird dem Herrn Offizier nicht besser gefallen haben. Der Fall ist charakteristisch

für die falsche Auffassung, die in den Köpfen der Polizeioffiziere — wenigstens vieler — über ihre Aufgabe und ihre Rechte der Bevölkerung gegenüber herrscht. Wenn der Säbel einmal gezogen ist, dann wird auch dreingehauen, mag die Situation sich auch inzwischen völlig geändert haben oder als ganz anders darstellen, denn sie bei der Anordnung der Maßregel erschien. Gesechsstellung ist Gesechsstellung und wenn sich die aufrührerische Menschenmenge, der Feind, den man erwartete, nicht zeigt, so wird auf die Einzelpersonen eingehauen, die einem in die Quere kommen, einerlei, ob sie etwas verbrochen haben oder nicht, ob sie verdächtig sind oder nicht! Wer der Polizei bei der Attacke in die Hände fällt, ist eben Feind und wird verdroschen und wenn den Umständen nach für die Polizei auch nicht die geringste Gefahr besteht, noch die Ordnung und Sicherheit gefährdet ist. Heute sieht Leutnant Schürmer selbst ein, daß er in dieser Situation nicht schlagen durfte und seine Handlung tut ihm leid, was ihm Ehre macht. Ob diese bessere Erkenntnis aber künftig die Wiederholung solcher Aktionen verhindern wird? Das ist noch nicht sicher; wir dürfen nicht vergessen, daß die Handlung nicht bloß aus augenblicklicher Erregung, sondern auch aus einer falschen Auffassung über die Aufgaben und Rechte der Polizei entsprang, und diese Auffassung ist so schnell nicht abgelegt, da sie die ganze Polizei durchdringt. Wenn aber der Polizeioffizier so wohllos drauf loshaut, wenn er sich in mancher leeren Straße in Gesechsstellung glaubt, was soll man da vom Schutzmännchen verlangen?!

Einen heftigen Zusammenstoß zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft gab es bei der Vernehmung des Zeugen Brischau. Die Anklagebehörde stellt ihre Hauptaufgabe darin, die für die Polizei sehr belastenden Aussagen über die Hochspitzgeleien zu werfen. Beim Zeugen Brischau glaubt sie einen Anhalt gefunden zu haben, um die Glaubwürdigkeit des Herrn in den Augen der Geschworenen herabzusetzen. Herr Preuß wollte es dem Zeugen zunächst anrechnen, daß er — ohne sein Verschulden — in den Zeitungsberichten über die Strafammerverhandlungen als Großkaufmann oder gar als Großindustrieller bezeichnet werde, während er „nur Kaufmann“ ist und vor Jahren sogar einmal — man denke! — Milchkauf war, während seine Frau das Verbrechen begeht, ein Restaurant zu betreiben, das der Herr Oberstaatsanwalt in dem allerdings unbegründeten Verdacht hat, eine Damentneipe zu sein. Aber das ist noch nicht alles. Der Zeuge hat auch Vorstrafen. Weswegen man sie bei Licht, so sind's freilich arge Kleinigkeiten und liegen weit, weit zurück. Aber die letzte ist wegen Duldung von Glücksspielen ausgesprochen worden und hat die schwindelnde Höhe von 10 M. Geldstrafe. Außerdem hat der Oberstaatsanwalt noch zwei Zeugnisdokumente, Düsseldorf Polizeibeamte, in der Hinterhand, die den unbekanntem Zeugen schlecht machen werden. Inbes noch nicht gleich, denn die Verteidiger Heinemann und Heine gingen in der schärfsten Weise gegen diese „Ueberstrafung“, die ihnen die Staatsanwaltschaft bereitet, vor und übten an dem Verfahren der Anklagebehörde eine so gepfefferte Kritik, daß Herr Oberstaatsanwalt seine Ruße verlor und mit erhobener Stimme erklärte, er lasse sich nicht einschüchtern. Heine hielt ihm vor, daß solches Verfahren vielleicht die unerwünschte Wirkung haben könnte, Zeugen einzuschüchtern, und Heinemann führte dem Herrn Vertreter der Anklagebehörde recht drastisch die Konsequenz seiner Taktik vor Augen, indem er die Vorlage der Disziplinarakten sämtlicher bereits vernommenen und noch zu vernehmenden Polizeibeamten beantragte, was das Gericht allerdings abgelehnt hat. Die Weiterführung der staatsanwaltschaftlichen Aktion wurde einstweilen verschoben.

Uebrigens hat die Polizei noch eine probatere Methode, die Nützlichkeit der Hochspitzgeleien zu beweisen. Sie hat sämtliche Kriminalbeamte, die in Roabit Dienst hatten, befragt und alle haben unter Berufung auf ihren Dienstversichert, daß sie nicht gelodspitzelt haben. Wenn diese Versicherung der Geschworenen nicht genügt, der ist natürlich ein unverbesserlicher Rörgler.

Ein Attentat auf Briand.

Paris, 17. Januar. Im Verlauf der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer wurden von der Zuschauertribüne zwei Revolverkugeln auf den Ministerpräsidenten Briand, der auf der Ministerbank saß, abgefeuert. Briand blieb unverwundet, jedoch wurde Rirman, der Direktor des Armenwesens, an der Wade verwundet. Der Angreifer wurde festgenommen, er ist ein ehemaliger Gerichtsschreiber aus Bayonne, namens Bizolme.

Der Attentäter geisteskrank.

Paris, 17. Januar. Ueber den Revolveranschlag, welcher heute nachmittag während der Kammer Sitzung von dem geisteskranken ehemaligen Gerichtsaktuar Bizolme verübt wurde, sind noch folgende Einzelheiten zu berichten: Der Attentäter befand sich auf der oberhalb der äußersten Linken und unterhalb der Journalistentribüne gelegenen Zuschauertribüne. Der erste Schuß ging glatt an dem Kopfe des konservativen Deputierten de Villebois-Mareuil vorbei. Die zweite Kugel streifte den Direktor des Armenwesens und der Gesundheitspflege im Ministerium des Innern Rirman, welcher der Sitzung als Regierungskommissar beiwohnte, am Bein und prallte dann auf den Boden nieder. Bizolme befand sich noch vor wenigen Tagen im Irrenhause in Ville-Évarard bei Paris; er wurde seiner Familie übergeben, da die Ärzte, welche ihn als Neurastheniker ansahen, empfahlen, ihm möglichst viel Zerstreuung zu bieten. Zu diesem Zweck hatte man ihm auch eine Karte für die heutige Kammer Sitzung gegeben. Es heißt, daß er vor dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter erklärte, er habe keinerlei Rache üben, sondern sich nur amüsieren wollen. Er hat vor mehreren Jahren mit derselben Motivierung zwei Revolverkugeln auf einen Konsul in San Sebastian abgefeuert und ist damals seiner Gerichtsaktuarstelle entzogen worden. Sein Bruder ist Ingenieur und der Präsidialkangler des Ministers der öffentlichen Arbeiten zugeteilt und wohnte der Kammer Sitzung bei.

Die braunschweigische Wahlreform.

Aus Braunschweig wird uns unterm 16. Januar geschrieben:

Der braunschweigische Landtag tritt nach sehr ausgiebigen Weihnachtserien am 17. Januar wieder zusammen. Er soll jetzt endlich über die Reform des Landtagswahlrechts, die zu entwerfen ihm die Regierung überlassen hatte, ins Reine gekommen sein. Im Plenum des Landtages fiel allerdings in dieser Sitzungsperiode kein Wort über die Wahlreform. Man hielt sie in einer Kommission heimlich von der Öffentlichkeit abgeschlossen. Als ein neugewählter Abgeordneter Schüßtern nach ihrem Schicksal fragte, antwortete

ihm der Landtag mit einem Entrüstungsgemurmel — und der Präsident rief ihn zur Ordnung.

Dennoch soll inzwischen die Kommission mit dem Entwurf fertig geworden sein und mit einer fast einstimmigen Annahme im Plenum rechnen. Man könnte also annehmen, daß noch während dieser Tagung Braunschweig seine Wahlreform bekommt, wenn nicht der braunschweigische Landtag stets ungeheuer viel Zeit hätte, so daß es leicht möglich ist, daß die Reform wiederum verschleppt wird und dann erst nach den noch in diesem Jahre stattfindenden Neuwahlen zur Beratung gelangt.

Zimmerlin ist die Wahlreform im Gange. Das hat der Landtagsabgeordnete Thiemann, der das unserm Genossen Jasper abgenommene Mandat inne hat, kürzlich in einem Redenschaftsbericht, den er den Wählern seines Kreises erstattete, ausgeplaudert, wobei er auch auf die Einzelheiten des Reformentwurfs einging.

Soweit wäre also alles ganz schön; die Wahlreform kommt. Es ist auch ziemlich sicher, daß die Regierung den Entwurf des Landtages annehmen wird. Nur den einen Haken hat die Sache, nämlich den, daß die Reform kaum eine Reform zu nennen ist.

Die mit dem Entwurf betraute Kommission machte in der Dankkammer, in die sie sich 9 Monate zurückgezogen hatte, es sich recht leicht, und hat jetzt einfach einen alten Entwurf, den der Landtag schon am 20. Mai 1908 angenommen hatte, wieder hervorgeholt. Damals nahm der Landtag mit 38 gegen 7 Stimmen einen Kommissionsentwurf an, der die Regierung aufforderte, das Landtagswahlrecht in der Weise zu ändern, daß statt des indirekten das direkte Wahlrecht eingeführt würde. Die Dreiklasseninteilung sollte beibehalten werden. In die erste Klasse sollten 10 Proz., in die zweite Klasse 20 Proz., in die dritte Klasse 70 Proz. der Wähler eingereiht werden. Die erste Wählerklasse sollte 3 Stimmen, die zweite Klasse 2 Stimmen und die dritte Klasse eine Stimme erhalten. Die Regierung gab jedoch selbst dieser bescheidenen „Reform“ nicht ihre Zustimmung. Sie versenkte sie stillschweigend in den Papierkorb. Der Landtag hat nun weiter nichts getan, als seinen alten Beschluß hervorgeholt, der jetzt, nachdem die Wahlrechtsfrage infolge des in Braunschweig besonders lebhaften Wahlrechtskampfes, eine ganz andere Aktualität erlangt hat, die Zustimmung der Regierung erlangen dürfte.

Wirklich reformiert wird damit so gut wie gar nichts. Der braunschweigische Landtag besteht aus 48 Abgeordneten, von denen 30 (15 auf dem Lande, 15 in den Städten) in geheimer, indirekter Dreiklassenwahl gewählt werden, während die Geistlichkeit, die höhere Beamtenschaft, die Großindustrie, der Großgrundbesitz und die reichsten Rentiers direkt 18 Abgeordnete ernennen. Diese 18 von den privilegierten Berufsständen ernannten Abgeordneten sollen beibehalten werden. Nur die Wahl der 30 wird reformiert.

Bisher wählten, wie in Preußen, die erste und zweite Klasse 66 2/3 Proz. der Wähler, während die dritte Klasse nur 33 1/3 Proz. zu wählen hatte. Künftig haben von 100 Wählern die 30 der ersten und zweiten Klasse zusammen 70 Stimmen, die 70 Wähler der dritten Klasse auch nur 70 Stimmen. Es müssen also in der dritten Klasse alle Stimmen für einen Kandidaten abgegeben werden und auch einige Stimmen aus der ersten oder zweiten Klasse dazukommen, wenn die dritte Klasse einen Kandidaten durchbringen will.

In der Stadt Braunschweig sind gegenwärtig in der ersten Klasse 145, in der zweiten 1004, in der dritten 11 415 Wähler. Nach dem Reformentwurf würden in der ersten Klasse 1258, in der zweiten 2518, in der dritten 8795 Wähler sein. Für die Stadt Braunschweig brächte also die „Reform“ eine kleine Verringerung, während sich auf dem Lande für die Besitzlosen praktisch kaum etwas bessern würde. Die Stadt Braunschweig hat aber nur 8 Abgeordnete, obwohl in ihr fast die Hälfte der Bevölkerung des Herzogtums lebt, und die Anzahl dieser Mandate der Stadt Braunschweig soll nicht erhöht werden. Es würde uns deshalb auch nach der „Reform“ bestenfalls nur möglich sein, ein paar Mandate zu erobern.

Bei der Reichstagswahl im Jahre 1907 wurden im Herzogtum Braunschweig 37 542 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, während auf die Agrarier und Nationalliberalen zusammen nur 35 593 Stimmen entfielen. Dazu kamen noch 14 579 weisliche Stimmen. Bei den nächsten Reichstagswahlen dürfte die Hälfte der abgegebenen Stimmen sozialdemokratisch sein. Wir hätten also, wenn für den Landtag das Reichstagswahlrecht gälte, auf 24 von den 48 Mandaten Anspruch. Daraus sieht man, wie wenig die Wahlreform den Namen einer Reform verdient.

Es ist selbstverständlich, daß die braunschweigische Arbeiterschaft, die auch nach der geplanten Änderung des Landtagswahlrechtes politisch entrechtet bleibt, den Wahlkampf weiter führen wird.

Die Züchtung des Nationalismus in den Reichslanden.

Aus Elßaß-Lothringen wird uns geschrieben: Der vor kurzem wegen Verleumdung auf zwei Monaten Gefängnis verurteilte Karikaturzeichner S. Biskin, dem man soeben wieder zwei Ansichtspostkarten konfisziert hat — dieser unverbesserliche nationalistische Sünder, dem das Gefängnis den Humor nicht geraubt hat, bringt in der neuesten Nummer seines Blattes „Der Elßaß“ ein satirisches Bild von blutiger Wahrheit. Eine elßassische Vogellandschaft, und tief unten im Tal eine alte Mühle mit der Aufschrift „Nationalismus“, aus deren Tür der Müller schwere Säcke auf einen davor haltenden Wagen schleppt. Das große alte Rad der Mühle aber wird getrieben von hoch herabstürzenden Wassern, auf deren langem Sturzbad man die Inschrift der verschiedenen „Affären“ liest, die dank dem täppischen Ungehör der Regierung und ihrer Behörden in den letzten Monaten die nationalistische Presse im Lande gepostet haben: Die Denkmalweiheung in Weihenburg, wo an dem Monument für die gefallenen französischen Soldaten der zuerst erlaubt gewesene gallische Hahn nachträglich verboten wurde, das Spielverbot für die zum Besuche eines elßassischen Musikvereins in Dornach bei Mülhausen erscheinende „Lyre de Velfortaine“ (Lyra von Velfort), die Majestätsbeleidigungssache im Gymnasium zu Schlettstadt usw., nicht zu vergessen die Prozesse gegen Wetterlé und Biskin selber. Die letzte Strophe des Begleitpoems, das schlechter ist als Biskins Zeichenstift, lautet:

Die Wellen kürzen, treiben
Das große Mühlenrad.
So kann es weiter bleiben,
Bis uns die Freiheit naht.

Die Wellen stürzen in der Tat mit immer gewaltiger werdender Triebkraft auf die Mühlen des Nationalismus im Lande, und das Wasser liefert mit rührender Gefälligkeit die Regierung mit immer neuen täppischen Unterdrückungsmaßnahmen, von denen die nationalistische Presse jedesmal Wochen und Monate hindurch mit Erfolge zehrt und die so die einheimische Bevölkerung in der richtigen Stimmung zu erhalten versprechen bis zum Wahltag, wo sie den Nationalisten ein paar Mandate zum Reichstag und — zum neuen elßaß-lothrin-

gischen Landtag bringen sollen. Zu diesen Regierung- und Polizeimaßnahmen, die für die nationalistische Presse das tägliche Brot sind, gehören die neuesten Meyer Ereignisse, die jetzt am Vorabend der Verhandlungen über die reichslandische Verfassungsvorlage im Reichstag so lebhaftes Interesse auch in Alt-Deutschland hervorgerufen haben: das Verbot eines im Grunde harmlosen Vereinskonzertes, durchgeführt in einer so herausfordernden Form, daß das bis zur Sinnlosigkeit aufgebrachte Vereinsviehertum mit StraßenDemonstrationen deutschfeindlichen Charakters antwortete; die ableidige Auflösung des Vereins, der „Lorraine sportive“ selbst, und sofort darauf die Verhaftung des inzwischen wieder entlassenen jungen Vereinsvorsitzenden Samain, eines 24jährigen Zigarrenhändlers, der noch vor wenigen Monaten als Einjährig-Freiwilliger im deutschen Heere zu Metz diente und als — Unteroffizier abging. Der Verein soll im geheimen deutschfeindliche Tendenzen verfolgen und dem „Geist des Aufruhrs“ den Boden vorbereiten, und der verhaftete Vereinspräsident soll sich am letzten Sonntag im Konflikt mit der Polizei des Hausfriedensbruchs und der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle schuldig gemacht haben. Eine ganze Anzahl von deutschen Beamten, Söhne von Polizeibeamten usw., gehört dem Verein an. Wer glaubt da im Ernste, daß in dem Vereine, der eine Verbindung zur Förderung sportlicher Ziele darstellte, sich etwas vorbereiten konnte, was nicht alsbald von der Beamtenwelt bemerkt worden wäre? Und wer hält es nicht vielmehr für wahrscheinlich, daß die ganzen Ereignisse in diesem Augenblick, wo der Reichstag sich mit der Verfassungsvorlage zu beschäftigen hat, von einer Seite provoziert worden sind, die befürchtet, eine Verbesserung der Vorlage im demokratischen Sinne könnte sich doch noch vollziehen und diese Verbesserung könnte dem allmächtigen Polizeiregimente im Lande gefährlich werden?

Die Züchtung des Nationalismus in Elßaß-Lothringen ist, gewollt oder ungewollt, Polizeiwerk. Die Polizei, die nach den Verichten der einheimischen Blätter in Metz provozierend vorgegangen sein soll, hat an der Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes in Elßaß-Lothringen ganz zweifellos ein hohes Interesse. Es dürfte gut sein, dieses Moment scharf im Auge zu behalten und weiter zu verfolgen, wenn, wie die reaktionäre Presse andeutet, die Vorgänge in Metz gegen die Gewährung einer freieren Verfassung und eines demokratischeren Wahlrechtes für Elßaß-Lothringen auf der Reichstagstribüne ausgespielt werden sollen.

Die Einsetzung einer Regentenschaft für Elßaß-Lothringen an Stelle des kaiserlichen Statthalters verlangen jetzt die elßassischen Zentrumsabgeordneten, nachdem sie vor einigen Tagen beifällig Stellungnahme zur Verfassungsvorlage zusammengetreten waren, in Versammlungen der Zentrumspartei, die im übrigen in ihrer Presse keinerlei Angaben über die beschlossenen Anträge macht. Diese Forderung einer Regentenschaft ist offenbar die Verständigungsbasis für diese elßassischen Zentrumsdeputierten, von denen einzelne „im Prinzip“ für die Republik schwärmen, während die anderen laut ihre monarchische Ueberzeugung betonen. Inwiefern ein Regent auf Lebenszeit — und um einen solchen handelt es sich — sich der Demokratie mehr nähern soll als der kaiserliche Statthalter, ist schwer ersichtlich; der angebliche Vorzug der geringeren Abhängigkeit vom Kaiser wird doch mindestens aufgewogen durch den Nachteil, den die Stärkung der sogenannten monarchischen Autorität durch die Einsetzung auf Lebenszeit mit sich bringt. Aber so sind sie halt, diese Kerikalen „Republikaner“!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Januar 1911.

Wachsende Verwirrung.

Aus dem Reichstage, 17. Januar. Auch am zweiten Tage wurde die Beratung über den § 1 der Wertzuwachssteuer in der zweiten Lesung noch nicht zu Ende gebracht. Dabei schwoh die Flut der Verbesserungsanträge schier ins Unermessliche an. Bei Schluß der Sitzung waren zu der Gesamtvorlage von den verschiedenen Parteien etwa zwei Dutzend Anträge zur Verteilung gelangt, die durchweg sich auf mehrere Paragraphen beziehen. Diese Fülle der Anträge ist nur dadurch erklärlich, daß innerhalb der bürgerlichen Parteien die Mitglieder gegeneinander arbeiten, sie ist deshalb auch ein Kennzeichen der wachsenden Verwirrung, so daß sich in keiner Weise absehen läßt, ob dabei überhaupt etwas heranskommen wird oder nicht.

Dieser ganze Wirrwarr ist aber auch ein weiterer Beweis für die Tatsache, daß gerade die Regierungsparteien des Schnapsbundes nur mit halbem Herzen bei der Sache sind. Genosse Südekum konnte deshalb zutreffend den politischen Charakter der Vorlage dahin präzisieren, daß die Schnapsbündler eine „Veststeuer“ vorweisen wollen, mit der sie in der Wahlbewegung die Kritik entwaffnen können und sich deshalb diese Attrappe zurechtgepoppt haben. Er sagte dann sein Schlußwort über dieses schnapsbündlerische Nachwerk in den Worten zusammen: Wieder keine, als diese Wertzuwachssteuer! Der freisinnige Reumann-Sofe trat für die Kommissionsvorlage ein, die die Leute mit einem Einkommen von weniger als 2000 M. freilassen will von der Steuer, während die Sozialdemokraten diese Begrenzung streichen, die Rechte und das Zentrum sie sogar bis auf 3000 M. erhöhen will.

Fast gegen jede Rechnung der Vorlage polemisierte der freikonservative Dr. Arendt, setzte sich aber mit seinen eigenen Argumenten, die keiner grundsätzlichen Stellungnahme entsprangen, vielfach in Widerspruch.

Das erleichterte dem Staatssekretär Bermuth die Polemik gegen diesen Gegner aus den Reihen der Regierungsparteien. Er wies unter anderem nach, daß die verlangte Freilassung der Leute mit weniger als 2000 oder gar 3000 M. Einkommen die überwiegende Masse der Grundbesitzer hinausbuglierte würde aus den Wertzuwachssteuerzahlern. Das wäre ihn als Finanzminister natürlich sehr unbequem. Die Agrarier aber arbeiten gerade auf eine solche Steuerbefreiung hin, so daß offenbar in die Freundschaft zwischen den Regierungsparteien und dem Reichsschatzsekretär ein recht bitterer Tropfen Bermuth gefallen ist. Morgen geht die Debatte über § 1 weiter.

Warum in Württemberg die Sozialdemokraten der Landtagseröffnung beiwohnten.

An dem „Staatsakt“ der Eröffnung des württembergischen Landtags hat auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion teilgenommen. Die „Schwäb. Tagwacht“, unsere Stuttgarter Parteiorgan, hat den

höflichen Firlanz dieses durch den König vorgenommenen „Staatsaktes“ drastisch geäußert. Daß trotzdem die sozialdemokratische Fraktion an der Eröffnungszeremonie teilgenommen hat, wurde damit begründet, daß die Verfassung die Abgeordneten geradezu zwingt, an der Landtagsöffnung teilzunehmen.

Die Zweite Kammer würde nämlich nach dem § 161 der Verfassung gar nicht in Funktion treten können, wenn nicht bei der Eröffnung wenigstens zwei Drittel ihrer Mitglieder erschienen. Darum nahm auch die sozialdemokratische Fraktion, wie vor vier Jahren, an der Eröffnung teil.

Zu diesem Begründungsversuch unseres Stuttgarter Parteiorgans bemerkt nun der volksparteiliche Stuttgarter „ Beobachter“:

„Wir halten diese Ausführungen für irrig und möchten ihnen gleich entgegenreten, damit sich nicht ein falsches Gewohnheitsrecht ausbilde.“

Zuerst muß bemerkt werden, daß mit der Pflanzung des § 161 B.-V. wohl ein Druckfehler vorliegt. Der § 160 kommt hierbei in Betracht. Er bestimmt:

„Die Erste Kammer wird durch die Anwesenheit der Hälfte, die Zweite Kammer durch das Erscheinen von zwei Dritteln ihrer Mitglieder als vollständig besetzt angesehen. Der Ständische Ausschuss hat an dem Tage vor dem in dem Einberufungsschreiben bestimmten Termin dem Geheimen Räte von dem Erfolge des Legitimationsgeschäftes Anzeige zu machen.“

Der König wird hierauf, wenn seine Zahl durch solche Abgeordnete erfüllt ist, bei deren Legitimation sich kein Anstand gefunden hat, den Landtag in den für diesen Fall bereitgestellten Kammern eröffnen.“

Hieraus ist deutlich ersichtlich, daß die in Absatz 1 angeführte Präsenzzahl sich ausschließlich auf die tags vor der Eröffnung rechtlich legitimierten Abgeordneten bezieht. Ist diese Zahl am Tage vor dem Termin des Einberufungsschreibens vorhanden, erfolgt die Eröffnung der Ständekammer, ohne Rücksicht darauf, wie viele Mitglieder dem Eröffnungstag selbst beimohnen. Hierfür spricht ja auch schon der äußere Umstand, daß eine Auszahlung der anwesenden Abgeordneten am Eröffnungstage und vor dem Eröffnungstag gar nicht stattfindet.

Dies zur Klärung der irrigen Auslegung von sozialdemokratischer Seite.

Die vom „Beobachter“ zitierte Verfassungsbestimmung scheint auch und so unzuweilendig gefaßt zu sein, daß es schwer verständlich ist, wie die sozialdemokratische Landtagsfraktion und unser Stuttgarter Parteiorgan zu ihrer Auslegung der Verfassungsurkunde kommen konnten. Das führende Organ der württembergischen Volkspartei hält es für notwendig, der Auslegung der Verfassung, wie sie den Parteigenossen durch die „Schwäb. Tagwacht“ geboten wird, entgegenzutreten, damit sich nicht ein falsches Gewohnheitsrecht ausbilde.“ Das bürgerliche Blatt will offenbar behaupten, daß jene Abgeordneten, die dem höchsten Zwang keinen Gehorsam abgewinnen können, durch die irrtümliche Auslegung der Verfassung durch die sozialdemokratische Fraktion gezwungen werden, solchen überfarnavalsischen Veranstaltungen beizuwohnen. Vielleicht rechnet das Blatt auch mit der Möglichkeit, dereinst wieder in Oppositionsstellung gegen die Regierung einzutreten zu müssen.

Die Präsidentenwahl mit Hindernissen

hat im Dreiklassenhaus zwar bei der zweiten Abstimmung am Montag zur Wiederwahl des Vaters des Hausrechtsparagraphe geführt, daß aber der Oberjunior Kröcher trotz der für ihn abgegebenen 301 von 306 Stimmen keineswegs das Vertrauen auch nur der bürgerlichen Parteien genießt, beweist das eigenartige Resultat dieser Abstimmung. Verschiedene konservative Blätter möchten allerdings die fünf dissentierten Stimmen den Sozialdemokraten zuschreiben, um dem Präsidenten, der nur mit der Verkündung der Geschäftsordnung das Haus zu regieren vermochte, den Beweis der unentwegten Anhänglichkeit der bürgerlichen Abgeordneten zu erbringen. Es tut uns jedoch schmerzlich leid, der Preußenkammer einerseits und Herrn Jordan v. Kröcher andererseits den Schmerz zufügen zu müssen, die 5 Stimmen, die der Sozialdemokratie zugedacht sind, dankend ablehnen zu müssen. Denn von der Sozialdemokratie wurden bei dieser zweiten Abstimmung überhaupt keine Stimmen abgegeben. Unsere Fraktion hatte durch den Einspruch am Sonnabend ihrer Meinung über den Mann und seine Geschäftsführung derartig klaren Ausdruck gegeben, daß sie bei der zweiten Abstimmung am Montag die bürgerlichen Parteien völlig unter sich lassen konnte. Es wurde auch nicht ein sozialdemokratischer Stimmzettel abgegeben, wie ja auch die Abstimmungsliste beweist. Also nicht nur die drei weißen Zettel, sondern auch die auf den nationalliberalen Herrn Schwabach und unseren Genossen H. Hoffmann lautenden beiden Stimmzettel sind von bürgerlichen Abgeordneten abgegeben worden. Eine Feststellung, die Herrn Jordan v. Kröcher zur Wiederholung seines berühmten Ausspruchs veranlassen wird: „Ja, ja, die infamierten Jesuiten.“

Parlamentarische Stimmen zur Privatbeamtenversicherung.

Die Korrespondenz „Woh“ hat unter Reichstagsabgeordneten eine Umfrage über die Stellungnahme der Parteien zu dem Privatbeamtenversicherungsentwurf veranfaßt. Nach den gemachten Auskünften habe der Entwurf allgemein enttäuscht; den Wünschen der Angestellten werde mit diesem Gesetz nicht genügend entgegengekommen. Die Beiträge seien für viele zu belastend, die Renten zu klein. Bedenken erzeuge auch die hohe Belastung der Arbeitgeber. Dieser Zwang, 50 Proz. beizuführen, werde auf die Gehaltsgestaltung einen wesentlichen Einfluß ausüben. In dieser Form habe der Entwurf schwerlich Aussicht auf Annahme.

Oesterreich.

Eröffnung des Reichstages. — Das neue Ministerium.

Wien, 17. Januar. Das Abgeordnetenhaus ist heute nach den Ferien zum ersten Male zusammengetreten, um die Vorstellung der neuen Regierung entgegenzunehmen. In seiner Programmede, die zunächst durch lärmende Jurufe der Tschechisch-Madikalen gestört wurde, erbat der Ministerpräsident die Unterstützung des Hauses. Die neue Regierung werde eine den Interessen der Bevölkerung in jeder Hinsicht entsprechende Politik der gewissenhaftesten Objektivität führen, welche niemand ablehne und es insbesondere unterlasse, einseitig in die Gestaltung der nationalen Verhältnisse einzugreifen. Die wichtigste Voraussetzung hierfür sei die Milderung der bestehenden politischen Gegensätze in den gemischtsprachigen Provinzen. Insbesondere halte die Regierung unerlässlich an dem Ausgleichsgedanken in Böhmen fest. Der Ministerpräsident betonte, daß eine sachlich gefaßte, allen anderen Erordnungen und Einflüssen entzogene Verwaltung die erste Bedingung für eine gesunde Entwicklung auf allen Gebieten der Kultur und Volkswirtschaft sei. — Das Haus begann sodann die erste Lesung des Budgets.

Neue Herrenhäuserfreiheit.

Aus Wien wird uns geschrieben: Nach der Gewerbeordnung von 1859 (kaiserliches Patent!) wird der Kontraktbruch des Arbeiters noch mit Gefängnis bestraft, während der des Unternehmers nicht bestraft wird. Auf Antrag unserer Genossen hat das Abgeordnetenhaus ein-

stimmig die Aufhebung dieses Ausnahmegesetzes beschlossen — aber die „volkswirtschaftliche Kommission des Herrenhauses hat das Eintreten in die Beratung abgelehnt, weil man das erst mit der ganzen Gewerbeordnung neu regeln könnte. Das hat man aber bei den zünftlerischen Abänderungen der Gewerbeordnung nicht gesagt.“

Das in allen zivilisierten Staaten längst durchgeführte Verbot der Nachtarbeit der Frauen soll nach dem Beschluß der gleichen Kommission in Oesterreich erst übers Jahr in Kraft treten!

Unsere Partei hat in ganz Oesterreich Protestversammlungen einberufen.

Portugal.

Die Streifbewegung.

Lissabon, 17. Januar. Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen. Der Ausstand der Gasarbeiter dauert fort, aber die Herstellung von Gas ist nahezu durch neues Personal vollständig gesichert. Dagegen sind in den Metallfabriken die Arbeiter gestern der Arbeit ferngeblieben. Die Gasfabrik von Belem sowie deren Umgebung ist von einem starken Kavallerieaufgebot besetzt. Militärpatrouillen durchziehen die Stadt und Soldaten bewachen die Eingänge der großen Fabriken. Es scheint, daß dieser große Apparat weniger aus Furcht vor Unruhen aufgestellt ist, als vielmehr um zu zeigen, daß die Regierung entschlossen ist, allen Aufständischen sofort die Spitze zu bieten. Die revolutionären Komitees sind gegen die Aufständigen und es gehört für diese hoher Mut dazu, bei ihrer kleinen Anhängerzahl gegen die Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung auf ihren Forderungen zu beharren. Eine Abordnung der Aufständigen hatte gestern eine lange Unterredung mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten.

Eine spanische Intervention.

Lissabon, 17. Januar. Ministerpräsident Canalejas erklärte gegenüber Gerüchten von Absichten Spaniens bezüglich Portugals folgendes: Portugal ist ein unabhängiges Land, das sich diejenigen Einrichtungen gab, die es wünschte. Unsere Haltung darf nur die sein, seine Unabhängigkeit zu achten und im Falle von Störungen unseren Grenzen Achtung zu verschaffen.

Wiederaufnahme des Verkehrs.

Madrid, 17. Januar. Die Eisenbahnverbindungen sind wiederhergestellt mit Ausnahme der Linien Segovia—Vila, deren Strecken noch immer durch Schnee und Dammrutschungen unterbrochen sind. Der aus Paris kommende Subexpress liegt immer noch in Vila fest.

Schweden.

Eröffnung des Parlaments.

Stockholm, 17. Januar. Der Reichstag ist heute vom König mit einer Thronrede eröffnet worden, in der zunächst auf die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland hingewiesen wird. Die Thronrede betont sodann, daß die Beziehungen Schwedens zu allen Mächten gut sind und hebt den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes im vergangenen Jahre hervor. Der Gesandtenrat über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, der vom letzten Reichstage abgelehnt worden ist, wird dem Reichstag in der bevorstehenden Session in abgeänderter Form wieder zugehen. Ferner handelt die Thronrede Gesandtenrat über bedeutende öffentliche Arbeiten an.

Vergewaltigung der Landarbeiter.

Rechtsprechung der Landarbeiter, Verwägung der ausnahmerechtlichen Stellung der Landarbeiter, das ist nach der gestern abgegebenen Erklärung des Staatssekretärs Delbrück in der Kommission zur Vorbereitung der Reichsversicherungsordnung über deren Verhandlungen wir im Selbstbericht, die Absicht der Regierung, Wiederherstellung der Vorjährlinge der Regierungsvorlage über Auslieferung der Landkrankenlisten an die Gemeindeverwaltung unter Ausschluß des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter und auch materielle Schlechterstellung der Landkrankenlistenmitglieder gegenüber allen anderen Arbeiterkategorien in Krankheitsfällen — ist die Parole der Regierung, die sie auf Geheiß der Konservativen ausgibt, und der sich anzuschließen auch das Zentrum geneigt zu sein scheint. Der Landkrankenliste sollen bekanntlich Landarbeiter, aber auch andere Arbeiter, unter Umständen auch gewerbliche Arbeiter, angehören. Diese ungeheureliche Ablehr von jeder Sozialpolitik mag es angebracht erscheinen lassen, auf die Mißhandlung der Rechte des Landarbeiters in der Krankenversicherung durch Regierung und Zentrum seit der Zeit der ersten Vorlage des Krankenversicherungsgesetzes zurückzuführen.

Der Krankenversicherungsentwurf vom Jahre 1882 lehnte die reichsgesetzliche Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter ab und wollte nur die Möglichkeit einer landesrechtlichen oder einer durch Statut einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes beschlossenen Krankenversicherung der Landarbeiter zulassen. Das Gesetz sollte nur das Recht haben, gegen Zahlung der vollen Beiträge der Gemeindekrankenversicherung, auf deren Verwaltung der Arbeiter keinen Einfluß haben, freiwillig beizutreten. In der Kommission, in die damals das Plenum des Reichstages keinen Sozialdemokraten als Mitglied zuließ, beantragte ein etwas weiter als seine Freunde sehender konservativer Abgeordneter, Freiherr v. Malyahn-Gülz, die Versicherungspflicht der Landarbeiter — mit Ausschluß des Gefindes — auszusprechen. Allerdings machte der Antrag, der gegen die Besserstellung der Landarbeiter gerichteten reaktionären Stimmung in konservativen und Zentrumskreisen die Konzeption, daß diese Versicherungspflicht durch Beschluß einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörden sollte ausgeschlossen werden können. Bei der zweiten Beratung im Plenum wurde der Antrag insbesondere vom Zentrum und der Regierung bekämpft, gelangte aber mit großer Mehrheit zur Annahme. Vorher war der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt, alle Personen, die das 15. Lebensjahr zurückgelegt und ein selbständiges Einkommen bis zu 7½ M. pro Tag haben, der Krankenversicherungspflicht zu unterwerfen. Dasselbe Schicksal teilte ein Antrag der Abgeordneten Ansfeld und Passche, der die Möglichkeit eines statutarischen Ausschlusses der Versicherungspflicht beseitigen wollte. In der dritten Lesung erklärte das Zentrum und die Regierung, sie müßten dem Befehl ihre Zustimmung verweigern, wenn nicht der zugunsten der Landarbeiter gefaßte Beschluß wieder aufgehoben würde. In namentlicher Abstimmung wurde die Versicherungspflicht der ländlichen Arbeiter darauf am 31. Mai 1883 mit 136 gegen 134 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen (Lohsen (frei.) und Wedell-Malchow (kons.)), die in zweiter Lesung für die Versicherungspflicht gestimmt hatten) gestrichen.

In einer nicht zur Verabschiedung gelangten Resolution von 1885 zum Krankenversicherungsgesetz führte die Regierung als Grund-

gegen eine obligatorische Versicherung der Landarbeiter an, — „daß der erkrankte Arbeiter, wenn er neben seinen Naturalien noch das gesetzliche Krankengeld erhalte, besser gestellt sein würde als der gesunde!“ Alle seit der Zeit von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge auf Einführung der reichsgesetzlichen Versicherungspflicht für die Landarbeiter und das Gefinde fielen auf steinigem Boden. Nur einige Resolutionen gelangten zur Annahme: am 14. Mai 1900 die Resolution zu erwägen, ob eine Versicherungspflicht einzuführen sei, am 30. April 1900 die Resolution, die reichsgesetzliche Krankenversicherungspflicht der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gefindes einzuführen. Für diese Resolution stimmte auch das Zentrum. Eine Reihe Einzeländer — natürlich nicht Preußen — haben seit längerer Zeit eine landesgesetzliche Krankenversicherungspflicht eingeführt. Die Reichsversicherungsordnung schlägt bekanntlich das Zerbröckeln einer Krankenversicherungspflicht für Landarbeiter und Gefinde, eine verschlechterte Gemeindefrankenversicherung, vor: Ausschluß der Arbeiter von der Verwaltung und völlig unzureichende Leistungen — für den Winter soll sogar der Landarbeiter vom Bezug des Krankengeldes ausgeschlossen werden können! Und der Staatssekretär erklärt: ohne diese Verschönerung der ländlichen Arbeiter hat die Reichsversicherungsordnung für die Regierung keinen Wert. Kann die Qualifikation gegenüber der Arbeiterklasse schärfer ausgedrückt, klarer gestellt werden, daß auch bei dieser Befehlgebung einzig maßgebend ist die Rücksicht auf den Geldbeutel der Grundbesitzer und in noch stärkerem Maße der Wunsch, die Lage der ländlichen Arbeiter und der Kleinbesitzer möglichst abhängig von der Gnade des nicht nur im Osten häufig die Ausübung der Armenpflege bestimmenden Großgrundbesitzers zu belassen? Kann härter künftighin die Deutenot geäußert werden?

Es gilt, über diese Pläne die Landbevölkerung aufzuklären. Wer kein Feind der Landarbeiter ist, für den kann die Parole nur lauten: ohne eine wirkliche Krankenversicherung der Landarbeiter ist die Reichsversicherungsordnung völlig wertlos. Am Zentrum liegt es, wenn die Landarbeiter nun abermals um ihr Recht geprellt werden sollten. Erklärt das Zentrum, daß es diesen Verrat an den ländlichen Arbeitern nicht mitmacht, so kann die Regierung nicht bei ihrer antisozialen Stellung beharren.

Soziales.

Lohn für Sonntagarbeit.

Das Versandhaus M. Niemann hat an den beiden Sonntagen vor Weihnachten, an denen es seine Verkaufsräume offen halten durfte, auch die Kader beschäftigt, diesen aber dafür keinen Lohn gezahlt. Drei der Kader vermochten nun nicht einzusehen, warum die Arbeit an dem silbernen und goldenen Sonntag gerade für sie keinen Segen haben sollte. Da ihre Forderung auf Bezahlung der Sonntagarbeit mit je 6,40 M. nicht bewilligt wurde, wandten sie sich an das Gewerbegericht. In der gestrigen Kammerung wendete die besagte Firma ein, den Klägern sei gesagt worden, die Arbeit an den beiden Tagen wird nicht bezahlet, wer damit nicht einverstanden ist, kann seine Entlassung erhalten. Das wurde den Klägern gesagt, als der Lohn für den ersten Sonntag bereits fällig war. Widerspruch wurde ihrerseits nicht; sie glaubten jedoch, daß ihnen ihr Anspruch auf Bezahlung ihrer Arbeit sowieso erhalten bliebe. Das Gericht war anderer Ansicht, es hielt nur den Anspruch auf Bezahlung für den ersten Sonntag für berechtigt, empfahl aber der Beklagten, sich mit den Klägern auf je 4 M. zu einigen. Dem wurde entsprochen.

Angst vor Lohnämtern.

Der Zentralauschuh Berliner Kaufmännischer, industrieller und gewerblicher Vereine nahm am Montag zu dem Heimarbeitergesetzentwurf und besonders auch zu der Forderung nach Lohnämtern Stellung. Generalsekretär Dr. Koppel meinte, die Einführung solcher Lohnämter würde ein Eingriff des Staates in den Privatbetrieb sein; außerdem könne man nicht wissen, ob nicht das, was heute in der Heimarbeit geschieht, morgen einem anderen Industriezweig widerfahre. In der einstimmig angenommenen Resolution wendet sich der Zentralauschuh nachdrücklich gegen alle über die Regierungsvorlage sowie die Kommissionsbeschlüsse hinausgehenden weiteren Forderungen und erhebt insbesondere schärfsten Protest gegen die Forderung des Heimarbeitertages auf Einführung staatlicher Lohnämter. Der Zentralauschuh hält einerseits diese Lohnämter praktisch und technisch für undurchführbar, andererseits aber muß aus prinzipiellen Gründen dieser Protest erhoben werden, da die Forderung des Lohnes von Staats wegen ohne gleichzeitige Garantie der Konkurrenzfähigkeit, der Preise und des Abjages der Produkte eine Neuerung bedeuten würde, die zu unabweisbaren Konsequenzen führen und die Existenzmöglichkeit der Unternehmerrbetriebe in Frage stellen müßte. Auch diese Sätze sind nur wieder ein Beweis, daß sich die Arbeiter mit Händen und Füßen zur Wehr setzen, wenn sie eine Begrenzung der bössartigsten Ausbeutungsmöglichkeiten fürchten.

Hus Industrie und Handel.

Ueber 33 700 Rinder weniger.

Das Jahr 1910 stand wie seine Vorgänger im Zeichen der Vieh- und Fleischsteuerung. Auf dem städtischen Viehhofe in Berlin wurden im Vorjahre (nach den amtlichen Marktberichten) 248 870 (1909: 290 579) Rinder, 194 716 (211 011) Kühe, 658 577 (691 048) Schafe und 1 243 745 (1 297 232) Schweine aufgetrieben. Es waren mithin 33 709 Rinder, 16 295 Kühe und 32 071 Schafe weniger zum Verkauf gestiftet als 1909, dagegen 40 518 Schweine mehr. Eine umfangreichere Einfuhr von Schlachtvieh oder Fleisch wurde von den Staatsbehörden abgelehnt, und so mußten die Vieh- und Fleischpreise hinaufschellen. Die Preise für Rinder, Kühe und Schafe sind im verfloffenen Jahre gestiegen, und die für Schweine waren einem ständigen Wechsel unterworfen.

Hohe Viehpreise hindern die Viehzucht!

Diese von uns aufgestellte Behauptung wird nun auch von unwissenschaftlich echnographischer Seite bekräftigt. Die „Wiener landwirtschaftliche Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 11. d. M.:

„Die traurigen Folgen des Futternotjahres 1908 und 1909 zwingen die Viehhüter, ihre Viehbestände wegen Mangels an dem notwendigen Kauffutter zu vermindern, und viele der schärfsten und vielversprechendsten Rinder müßten zu Schlachtkühen tief unter den Gefühlspreiswert verkauft werden. Allerdings brachte das Jahr 1910 entsprechende Futtererträge, aber auch der Viehpreis stieg rasch und dem Landwirt, der nun selbst als Käufer auftreten muß, fehlt in der Regel das Geld... Sicherlich hat jeder Viehzüchter, jeder Bauer den Wunsch, seinen Viehstand zu vermehren; unter den gegenwärtigen Umständen bleibt das aber meist ein frommer Wunsch, der selten zur Tat wird. Die hohen Preise, die für Schlachtkühe gezahlt werden, sind zu verlockend, als daß der Bauer unter dem Druck des Geldmangels der Versuchung widerstehen könnte.“

Das gilt für Deutschland genau so wie für Oesterreich, das Wirtschafts- und handelspolitische System ist haben und drüben das gleiche. Die deutschen Agrarier betonen ja auch bei jeder Gelegenheit, so erst legthm bei dem Agrarierminister in Wien, ihre Solidarität mit den schwarzgelben Volksauswüchsen. Was werden sie nun zu diesem Gesandnis ihrer Freunde sagen?

Gewerkschaftliches.

Eine Studienreise belgischer Gewerkschafter nach Berlin.

Aus Brüssel wird uns gemeldet:
Für die von der belgischen Gewerkschaftskommission organisierte Studienreise für Mitglieder der an sie angeschlossenen Gewerkschaften gibt sich lebhaftes Interesse kund, so daß die Bewerberzahl die der festgesetzten Teilnehmer voraussichtlich weit übersteigen dürfte.
Die Reise hat den Zweck, die Berliner Partei- und Gewerkschaftseinrichtungen für die belgische Arbeiter-, insbesondere die Gewerkschaftsbewegung fruchtbar zu machen. Das „deutsche Muster“, dem in Belgien in den gewerkschaftlichen Organisationen, insbesondere der Zentralisationsidee, allmählich Eingang verschafft wird, soll durch das den ganzen Kreis gewerkschaftlicher Wirksamkeit umfassende geplante Studium in Berlin eine weitere praktische Nützlichmachung erfahren. — Die von ihren Gewerkschaften delegierten Teilnehmer — und nur solche können an der Reise teilnehmen — werden am 22. Februar mit einer Visite des Berliner Gewerkschaftshauses ihren Studienstreifzug antreten. Alle Räume und Einrichtungen: die Säule, das statistische Bureau, die Abteilung für Arbeitergesetzgebung, das Berliner Sekretariat, die juristische Auskunftsstelle u. a. sollen von den Delegierten besichtigt werden. Auch der Ausstellung der gewerkschaftlichen Dokumenten- und Formularienammlung wird ein eingehender Besuch gewidmet werden. Besonders soll den Einrichtungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zum Zweck des Studiums des Typus einer Zentralorganisation eine ins Detail gehende Durcharbeitung des Verwaltungsapparates und der Dokumente seitens der belgischen Delegierten werden. Weiter ist in Aussicht genommen die Besichtigung des Metallarbeiterhauses, des „Vorwärts“-hauses — des Pressebureaus, des Parteiarchivs, der sozialistischen Arbeiterschule, des Jugendheims, der Bibliotheken usw. Die Teilnehmer, die noch Zeit erübrigen können, werden dann noch das „Berlin der Arbeit“ durch Besichtigung von großen industriellen Etablissements kennen lernen. — Da bei den Besuchen je ein Funktionär der betreffenden Organisation den erläuternden Führer machen und den Belgiern auch das Dokumentenmaterial zur Verfügung gestellt werden wird, verspricht diese Studienreise eine gute Ausbeute, die sicherlich den modernen Zug gewerkschaftlicher Organisation in Belgien vertiefen helfen wird.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Werkzeugmacher und Mechaniker.

Es werden wieder einmal Versuche gemacht, um Angehörige obiger Berufe zu verleiten, nach auswärts als Arbeitswillige anzuwerben.

Wir ersuchen dringend, bei jedem Arbeitsangebot nach auswärts sich erst an uns um Auskunft zu wenden.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Im Verbands der Blumen- und Blätterarbeiterinnen ist an Stelle der verstorbenen Genossin **Therese G. Sinn** als Verbandsvorsitzender gewählt worden. Die neue Adresse des Verbandsvorstandes ist Berlin N., Steintorstraße 30. Dort befindet sich auch die Redaktion des „Blumenarbeiter“.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet.

Am 6. und 8. Januar haben im Ruhrgebiet, wie schon berichtet, 63 Belegschaftsversammlungen stattgefunden, am 16. Januar tagten weitere 62 Versammlungen, die zu den von den drei in der Lohnfrage einig vorgehenden Verbänden aufgestellten Forderungen Stellung nahmen. Alle Versammlungen wiesen sehr starken Besuch auf. Obgleich der Gewerkschaftsverein seine Mitglieder aufgefordert hatte, diese Versammlungen nicht zu besuchen, waren die Christlichen in diesen Versammlungen doch überall stark vertreten und stimmten den von den Verbänden erhobenen Forderungen einstimmig zu. In allen Versammlungen wurde eine Entscheidung getroffen, die die Arbeiterausschüsse beauftragt, die Forderungen den einzelnen Zechenverwaltungen vorzulegen. Für jede Zeche wurde ein Vertrauensmann gewählt. Die Versammlung in Dortmund war von etwa 1000 Bergarbeitern der beiden Kaiserstuhlschächte besucht. Neben 15 Propagandisten wurde der Abschluß korporativer Arbeitsverträge und tarifmäßige Lohnfestlegung gefordert. Einem Anarchosozialisten verweigerte die Versammlung das Wort.

Bekanntlich sind die Ausschüsse die gesetzlichen Vertreter der Arbeiter. Sie haben die Aufgabe, Beschwerden und Wünsche der Belegschaft den Zechenverwaltungen zu unterbreiten.

Es ist der letzte Weg, der den Verbänden noch übrig bleibt, um zu einer friedlichen Verständigung zu kommen. Lehnen auch die einzelnen Zechenverwaltungen gleich dem Zechenverband jedes Entgegenkommen ab, dann werden die Organisationen über die weiter zu unternehmenden Schritte entscheiden müssen.

Die christlichen Generäle spielen ihre Verräterrolle weiter und bringen sich damit in einen immer schärferen Gegensatz zu ihren Mitgliedern, die den Forderungen der Verbände zustimmen. Nach Art der Bankrotteure suchen sie sich über die brennende Situation durch einen großen Lärm hinwegzuhelfen und damit die Öffentlichkeit zu täuschen. Sie arrangieren Versammlung und trommeln dazu ihre Anhänger aus der weitesten Umgebung zusammen. Ihre Getreuen werden schriftlich eingeladen, erhalten Fahrgehalt und Speisen und werden vor Beginn der öffentlichen „Ausschüsse“ in verteilten Konferenzen instruiert, so daß nachher alles programmäßig verläuft. Zu diesen „Ausschüssen“ erscheinen außer den schriftlich eingeladenen zumeist nur Zentrumsanhänger, meist Handwerker, Krämer usw. Von diesen Leuten läßt man dann Resolutions annehmen, worin den Gewerkschaftsstrategen das Vertrauen ausgesprochen wird und die in der Lohnfrage einig vorgehenden Verbände beschimpft werden. Die vereinigten Verbände haben bisher 185 Belegschaftsversammlungen abgehalten, die alle sehr stark besucht waren; einstimmig haben diese Versammlungen, die auch von vielen Tausenden Mitgliedern des Gewerkschafts besucht waren, die Forderungen der Verbände gutgeheißen. Das ist jedenfalls der schlagendste Beweis dafür, daß die von den Gewerkschaftsstrategen arrangierten Zentrumsparaden von den Mitgliedern nur als Komödie betrachtet werden. Übrigens werden die bisher schon an diese Versammlungen bezahlten Fahrgehalt und Speisen verschiedene Tausend Mark betragen. Wenn das so weiter geht, wird von der starken Gewerkschaftsliste bald nichts mehr übrig bleiben.

Die Christlichen bezeichneten bekanntlich diese Bergarbeiterbewegung als im politischen Interesse von den Verbänden eingeleitet. Wie sie aber diese Bewegung politisch ausschalten wollen, dafür diene folgender Beweis:

In einer christlichen Versammlung in **Herne** führte der christliche Führer **Hüsten** zur Rechtfertigung des Verhaltens seiner Organisation u. a. aus, die Arbeiter müßten aufhören, die Arbeitgeber als vollgültige Strümpfe zu betrachten, und wenn die national-liberale Partei im Wahlkreise Bochum einen annehmbaren Kandidaten aufstellt, und dieser mit Hue in die Stichwahl kommt, dann seien für Otto Hue die schönen Tage von Aranjuez vorbei. Die Christlichen würden kräftig mit dazu beitragen, daß Hue, dieses Uebel der Bergarbeiterbewegung, verschwinde.

Verantw. Redakt.: Richard Darrig, Berlin. Inseratenteil verantw.:

Ein bestreifter Unternehmer, der der Verbandsleitung bezw. den Streikenden seinen Betrieb zur Verfügung stellt.

Eine neue Erscheinung ist in den wirtschaftlichen Kämpfen der Solinger Industrie zu verzeichnen. Die Waffenfabrik **Karl Kaiser u. Co.**, Solingen, über deren Betrieb die gesamte Waffenbranche, die im Industriearbeiterverband organisiert ist, wegen Verletzung des Preisverzeichnisses (Tarif) den Ausstand verhängt hat, bestreitet nicht nur die Berechtigung dieses Vorgehens, sondern macht den Industriearbeiterverband und seine Führer auf dem Wege der Zivillage für den Ausstandsbeschluss der Arbeiter der genannten Branche verantwortlich. Die Firma verlangt vom Gericht Ersatz des Schadens, der bisher durch die Arbeitsverletzung entstanden ist und noch entstehen wird, und fordert weiter vom Gericht, dem Industriearbeiterverband aufzugeben, jede Einwirkung auf die Arbeitswilligen zu unterlassen. Ferner hat die Firma in einem Schreiben dem Verbandsmitglied, daß sie, wenn der Ausstand nicht bis zu einem bestimmten Tage rückgängig gemacht werde, dem Verbandsmitglied in rechtsverbindlicher Form ihren gesamten Betrieb zur Verfügung stellen und den Wert gegen die Rasse des Verbandes einlagern werde. Das eigenartige Schreiben, das in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern eine Novität darstellt, hat folgenden Wortlaut:

„Sofern die Streikerkündigung bis zum 10. d. Mis. nicht zurückgezogen ist, stelle ich meinen gesamten Betrieb mit allem, was dazu gehört, zu Ihrer Verfügung und werde das Objekt von M. 143 000 inkl. Ansprüchen Dritter und unter Hinzufügung etwaiger Ansprüche von mir selbst sowohl gegen die Rasse des Industriearbeiter-Verbandes wie auch der verantwortlichen Mitglieder ohne weiteres einlagern. Es wird den verantwortlichen Persönlichkeiten diese obige Mitteilung in rechtsverbindlicher Form demnächst noch wiederholt werden.“

Eine Versammlung der Arbeiter der Waffenbranche besaßte sich mit diesen Drohschreiben der bestreiteten Firma und beschloß einstimmig, den Streik fortzusetzen. In der Versammlung wurde zum Ausdruck gebracht, daß selbst wenn das Gericht den Industriearbeiter-Verband verurteilen würde, man die Arbeiter der Waffenbranche doch nicht zwingen könne, für die Firma Kaiser u. Co. zu arbeiten.

Die Kämpfe in der Solinger Industrie haben schon alle möglichen Erscheinungen zutage gebracht. Derartige Klagen, wie sie hier angestrengt wurden, sind bisher aber noch neu, und deshalb ist man dort allgemein gespannt, welchen Ausgang dieselben nehmen werden.

Die Angestellten der Nähmaschinenfabrik **Singer Co.** sind in **Kürnbach** in eine Lohnbewegung eingetreten, die vom Zentralverband der Handlungsgeschäftlichen und -Geschäftlichen unterstützt wird. Bei einer rigorosen Behandlung erhalten die Verkäufer und Einkäufer nur ein Fixum von 15 M. pro Woche und Provision. Ein Versuch, mit der Leitung des Unternehmens wegen Gehaltsaufbesserung usw. eine Aussprache herbeizuführen, ist bis jetzt von der maßgebenden Stelle ohne Antwort geblieben. Weder der Zentralverband noch die Leitung der Vereinigten Gewerkschaften hat eine Antwort von der Generalvertretung dieser Firma, die in **Homburg** ihren Sitz hat, erhalten können. Das Gewerkschaftsamt hat sich bereits mit dieser Angelegenheit befaßt und den beteiligten Angestellten seine volle Sympathie ausgesprochen.

Ausland.

Der Streik in der Wiener Konfektion.

Nach sehr langwierigen Verhandlungen, an denen auch die Vertreter der organisierten Arbeiter teilnahmen, ist es zu Vereinbarungen zwischen den Stückermeistern und jenen Konfektionären gekommen, die nicht schon Einzelverträge abgeschlossen hatten. Die Vereinbarungen enthalten Lohnerhöhungen von 3 bis 12 vom Hundert, Einsetzung einer paritätischen Kommission zur befristeten Ausarbeitung eines Lohntarifs, Festsetzung der vierjährigen Dauer dieses Vertrags. Die Zeitpunkte, wann dieser Vertrag ins Leben treten bzw. ablaufen soll, sind noch nicht festgesetzt, überhaupt muß erst noch von den Stückermeisterversammlungen genehmigt werden. — Eine stark besuchte **Gehilfen**versammlung beschloß, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, ehe nicht ihre Forderungen von den Zwischenmeistern bewilligt sind. Eine Einigung zwischen Stückermeistern und Konfektionären wird also noch nicht die Wiederaufnahme der Arbeit herbeiführen.

Lohnbewegungen und Lohnkämpfe in Dänemark.

Auch in Dänemark stehen große Lohnkämpfe bevor und sind zum Teil schon ausgebrochen. Die **Klempner** haben in Jütland die Arbeit niedergelegt, nachdem ihr Tarif bereits am 1. Januar abgelaufen war. Sie hatten den Streik schon zu diesem Datum beschlossen, versuchten aber nochmals durch friedliche Verhandlungen zu einer Einigung mit den Arbeitgebern zu kommen, wobei gleichzeitig die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der **Klempner** Kopenhagens und der Inseln geregelt werden sollten, deren Tarife am 1. April ablaufen. Die Verhandlungen scheiterten, weil die Arbeitgeber statt Lohnserhöhungen zu bewilligen, die Löhne teilweise noch herabdrücken wollten. Im **Maurer**- und **Zimmerergewerbe** Dänemarks sind ebenfalls Verhandlungen über den Abschluß neuer Tarifverträge geführt worden und ergebnislos verlaufen. Die Arbeitgeber halten so geringe Lohnzulagen, daß sich die Arbeiter damit nicht zufrieden geben konnten. Es soll nun noch einmal mit den Hauptorganisationen beider Parteien verhandelt werden. In der **Herrenkonfektion** Kopenhagens steht ein allgemeiner Streik bevor, der den Arbeitgebern bereits angekündigt ist. Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag sind auch hier ergebnislos verlaufen. Der Streik wird an die 1300 weibliche und 150 männliche Arbeiter umfassen. *In der **Textilindustrie** Dänemarks sind die von neuem aufgenommenen Verhandlungen ebenfalls gescheitert. Der staatsangestellte Schlichtungsbeamte wird zwar nochmals versuchen, eine Einigung anzubahnen, aber Aussicht auf eine friedliche Lösung des Konflikts ist kaum vorhanden.

Große Lohnbewegungen in Norwegen.

Die norwegischen Gewerkschaften gehen offensiv großen Lohnkämpfen entgegen. In einer Reihe von Gewerben und Industrien sind die Tarifverträge gekündigt und zum Teil schon abgelaufen, ohne daß ein neues Uebereinkommen zustandegebracht wurde. Dies gilt namentlich von der **Grubenindustrie**, in der wenig Aussicht auf einen friedlichen Verlauf der Lohnbewegung vorhanden ist. Auch in der **Tabakindustrie** ist man trotz Ablauf des alten Uebereinkommens noch zu keiner Einigung gekommen. In der **Eisenindustrie**, die gegen 14 000 Mann beschäftigt, läuft der Tarif zum 1. April ab, in der **Textilindustrie** mit 3000 Beschäftigten, sowie in der **Zelluloseindustrie** mit 8000 Arbeitern zum 1. Juli. Es sind im ganzen ungefähr 30 000 Arbeiter, für die, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, im Laufe dieses Jahres neue Tarifverträge abgeschlossen werden sollen. Norwegen befindet sich schon seit längerer Zeit in einer Periode industrieller Aufschwüngen. Es ist unter diesen Umständen selbstverständlich, daß die Arbeiterkräfte energisch auf eine entsprechende Verbesserung ihrer Lebenslage drängen, um so mehr als auch in Norwegen eine starke Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten ist. Da jedoch das Unternehmertum lieber Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse statt Verbesserungen durchzuführen möchte, muß man auf große Kämpfe gefaßt sein.

Aus der Frauenbewegung.

Der erste sozialdemokratische „Frauentag“ in Deutschland. Der unaufhaltbar vorwärtstreibende Strom der ökonomischen Entwicklung hat Millionen von Frauen aus dem schützenden Heim

und der allgewohnten Familienarbeit hinausgetrieben: in die Erwerbsarbeit, in den wilden Kampf ums Dasein!

Mit Hand und Hirn im Produktionsprozeß als Gleichberechtigte tätig, im Konkurrenzkampf den gleichen Gefahren und Kämpfen preisgegeben wie der Mann, fehlen ihnen doch die gleichen Waffen für diese Kämpfe: die politischen Rechte!

Politische Rückständigkeit, vor allem die Furcht vor der wachsenden Macht der Arbeiterklasse machen Regierung und bürgerliche Mehrheitsparteien zu den schlimmsten Feinden einer weiteren Demokratisierung des Wahlrechts und damit zu Feinden des Frauenwahlrechts. Philisterhaftigkeit, der alte Herrenstandpunkt und kleinliche Konkurrenzsucht lassen ebenfalls zahlreiche Kämpfer gegen das Frauenwahlrecht auf dem Plane erscheinen, obwohl die Tätigkeit im Produktionsprozeß, die Pflichten der Mutterschaft und ihre Steuerleistungen (direkte und indirekte) den Frauen einen mehr als wohlbegründeten Rechtsanspruch auf das Wahlrecht geben. Allein die Sozialdemokratie, stehend auf dem unerschütterlichen Boden geschichtlicher Entwicklung, tritt energisch und rücksichtslos für die volle politische Gleichberechtigung der Frau ein.

Die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frau war bei der Sozialdemokratie niemals ein nur dekorativer Programmpunkt, sondern stets eine mit allem Ernst und aller Lebhaftigkeit vertretene grundsätzliche Forderung. Die Sozialdemokratie hat keinen Wahl- und keinen Wahlrechtskampf geführt, bei dem nicht mit allem Nachdruck auch das Frauenwahlrecht propagiert worden wäre. Im Parlament und bei der öffentlichen Agitation, immer ist das Frauenwahlrecht mit demselben Eifer und derselben Wärme von unseren Abgeordneten und Rednern gefordert worden, als eine Waffe im Gegenwartskampf und ein Mittel zur Eroberung der politischen Macht.

Am 19. März dieses Jahres wird nun die sozialdemokratische Partei die erste allgemeine Agitation im Reiche veranstalten, die lediglich der Propaganda für das Frauenwahlrecht dient: den sozialdemokratischen Frauentag.

An diesem Tage werden in allen Orten, in denen von einer Frauenbewegung die Rede sein kann, Frauenversammlungen stattfinden, in denen die Frage des Frauenwahlrechts behandelt werden wird, des politischen Frauenwahlrechts, des Wahlrechts zur Kommunalverwaltung, zu den Kaufmanns- und Gewerbergerichten und des Wahlrechts zu den Verwaltungsräten der sozialen Versicherung.

Die Gewerkschaften, die vor allem auch ein Interesse daran haben, daß die Arbeiterinnen die zuletzt genannten Wahlrechte erobern, um damit wirksamere Waffen für ihren gewerkschaftlichen Kampf zu erhalten, werden der Frauenwahlrechtsaktion die weitgehendste Unterstützung zuteil werden lassen. So von der großen Gesamtarbeiterbewegung getragen, wird der sozialdemokratische Frauentag zu einer gewaltigen Demonstration für die politische und soziale Gleichberechtigung der Frau werden!

In Preußen, Elsaß-Lothringen und einer Reihe kleinerer deutscher Bundesstaaten, in denen wir im Wahlrechtskampf stehen, wird der „Frauentag“ eine kräftige Belebung und Förderung dieses Kampfes bedeuten, in dem er das Heer der Kämpfer vergrößert, die Rechtlosen der Rechtlosen gegen Unrecht und Unterdrückung aufruft!

Zu mehr als das: Entsprechend der Ueberzeugung, daß der Gleich die beste Verteidigung ist, wird der „Frauentag“ zu einer kräftigen Abwehr gegen Wahlrechtsfeinde und Staatsstreicher werden, denn die Propagierung des Frauenwahlrechts bedeutet die Propagierung der weitgehendsten demokratischen Ausgestaltung des Wahlrechts.

In der Veranstaltung des sozialdemokratischen Frauentages sehen die Genossinnen die Erfüllung des Wunsches, der auf der internationalen Kopenhagener Frauenkonferenz ausgesprochen wurde. Nun ist es ihre Sache, im Einverständnis mit den Organisationsleitungen alles zu tun, was ein Gelingen der geplanten Aktion fördern und sichern kann. Vor allem gilt es, die Propagierung in der umfassendsten Weise zu betreiben: in Fabrik und Werkstatt, in Läden und in Kontor, in die Familien und auf unsere Feste, in Versammlungen und Lesabende, in Stadt und Land muß die Kunde von dem geplanten Frauentag getragen, überall muß zu seinem Besuch aufgefordert werden.

Die Genossinnen müssen dafür sorgen, daß die Indifferenten und Gleichgültigen die Wichtigkeit des Frauentages begreifen; sie müssen Begeisterung in ihnen wecken und zur hellen Flamme schüren, ihnen klarmachen, daß es sich um ihre Sache handelt: um die Eroberung des vollen Bürgerrechtes der Frau.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Heute Mittwoch, den 18. Januar, 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c: Vortrag des Parteisekretärs **Perm. Müller** über „Frauenarbeit einst und jetzt“. Gäste willkommen.

Letzte Nachrichten.

Mord in Darmstadt.

Darmstadt, 17. Januar. (W. B.) An der achtjährigen Tochter des Schreiners **Traub** ist ein Mord verübt worden. Das Kind wurde in einem Sack auf dem Speicher aufgefunden. Es wurden an der Leiche Spuren von Gewalt am Hals entdeckt. Der Täter ist noch unbekannt.

Folgeschwere Explosionen.

Hagenow, 17. Januar. (W. B.) In der Wohnung des Arbeiters **Wolt** auf der alten Gpelingischen Biegelei explodierte in Abwesenheit der Eltern die Lampe. Von den drei Kindern wurden zwei schwer verletzt, eins leicht. Die beiden schwer verletzten Kinder sind nach ihrer Einlieferung im Krankenhaus gestorben.

New-Hork, 17. Januar. (W. B.) An Bord des Schlachtschiffes „Delaware“ soll vor Norfolk eine Explosion stattgefunden haben, durch die acht Personen getötet worden sind.

Zum Tode verurteilt.

Münster, 17. Januar. (W. B.) Der 30jährige **Aderknecht Bernhart Frie**, der am 29. Juli d. J. in Appelhülsen die Dienstmagd **Reher** mit einer Eisenstange erschlug und den Hausknecht **Pieper** durch zwei Schüsse lebensgefährlich verletzte, wurde nach zweitägiger Verhandlung wegen Mordes zum Tode und wegen Mordversuchs zu 15 Jahren Strafbau und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt.

Das Gesetz über Einschränkung der Schankstätten angenommen.

Paris, 17. Januar. (W. B.) Der Senat hat mit 137 gegen 123 Stimmen das ganze Gesetz über Einschränkung der Schankstätten angenommen.

Die Pest in China.

Peking, 17. Januar. (Weid. d. Neut. Bur.) Ein Todesfall an der Pest ist jetzt in **Tientsin**, ein weiterer südlich von **Shanghai** amtlich festgestellt worden.

Reichstag.

109. Sitzung. Dienstag, den 17. Januar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrat: Vermuth. Die Geschäftsordnungscommission beantragt, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Carstens (Sp.) in einer Privatbeleidigungssache nicht zu erteilen.

Abg. Voormann (Sp.) bittet, die Genehmigung im Interesse des Abg. Carstens zu erteilen.

Abg. Weyer (Soz.): Das Allgemeininteresse muß dem des einzelnen Abgeordneten vorgehen; deswegen ist es angebracht, an der bisherigen Gepflogenheit festzuhalten und die Genehmigung zu verweigern.

Abg. Baffermann (natl.) und Dr. Wiese (L.) schließen sich dem an.

Abg. Dr. Jund (natl.) bittet, die Genehmigung zu erteilen; wird in solchen Fällen die Genehmigung verweigert, so braucht ein von einem Abgeordneten wegen Beleidigung Verfolgter nur Widerklage zu erheben, um die Entscheidung zu verzögern.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.) schließt sich diesen Ausführungen an. Damit fällt die Diskussion; der Antrag der Kommission wird angenommen, die Genehmigung also verweigert.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Reichswertzuwachssteuer.

Abg. Diefen (Sp.): Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu und können uns den Ausführungen des Schatzsekretärs und des Grafen Westarp anschließen. Bestärkt werden wir in der Zustimmung durch die guten Erfahrungen, welche die Kommunen mit dieser Steuer gemacht haben. Die Abänderungsanträge werden wir sämtlich ablehnen, bis auf den des Abg. Cuno, hinter Wertzuwachs die Worte zu streichen: „der ohne Zutun des Eigentümers entstanden ist“; denn diese Worte stellen die Rechtsprechung vor eine unmögliche Aufgabe. — Notwendig ist die Vorlage, um die Kosten für die Heeresvorlage zu decken.

Abg. Seyda (Pol): Meine Freunde stehen der Vorlage mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Dem Gedanken, den unbedienten Wertzuwachs zu besteuern, könnte man zustimmen, besonders, da die Erträge zum Erlaz des erhöhten Umlagebetrags benutzt werden sollten; aber dieser Zweck ist verfehlt, jetzt sollen in erster Linie die Kosten für die neue Heeresvorlage aufgebracht werden. Dies müßte aber durch Ersparnisse im Etat geschehen. Sehr bedenklich ist aber die rückwirkende Kraft, die der Entwurf an verschiedenen Stellen hat. Dem kleinen Grundbesitzer kommt der Entwurf nicht genügend entgegen; deshalb haben wir beantragt, die Grenzen für die Steuerfreiheit herauszusehen. — Im § 23 werden die Bundesstaaten für steuerfrei erklärt. Wir haben Bedenken, dem Bundesstaat Preußen mit seiner gegen uns gerichteten An siedelungspolitik die Steuerfreiheit zu gewähren. Von dem Schicksal der von uns einzubringenden Anträge wird unsere endgültige Stellungnahme zu dem Gesetz abhängen. (Wohol! bei den Polen.)

Abg. Raab (Wirtsch. V.): Meine Freunde stimmen dem Entwurf zu und bitten, ebenso wie der Schatzsekretär, weitere Abschwächungen nicht mehr vorzunehmen.

Abg. Werner (Antisemit) begrüßt die Steuer als populäre Besitzsteuer; ihre Erträgnisse müssen in erster Linie den Veteranen zugute kommen.

Abg. Paulh-Cochem (B.) bittet, die Steuerfreiheit bei Verkäufen kleiner Grundstücke zu gewähren, wenn der Verkäufer ein Einkommen bis zu 3000 Mark hatte, nicht bis zu 2000, wie die Kommission will; es würde dies den kleinen Landwirten und den kleinen Handwerksmeistern zugute kommen.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Aus dem Steuerentwurf, als das ursprünglich diese Vorlage gedacht war, ist unter der Hand ein

politisches Geseh

geworden. Die Konservativen haben angefaßt, daß sie herein gebrochenen Unwertes bei den Nachwahlen das Bedürfnis gefühlt, einer Steuer zuzustimmen, die nach einer Besitzsteuer aussieht. Aber die Steuerfiskus, die nun einmal von konservativer Besinnung untrennbar zu sein scheint (Heiterkeit und Sehr gut links.) hat nun doch bewirkt, daß die Rechte, und mit ihr das Zentrum, aus der Regierungsvorlage wieder ein agrarisches Gesetz zu machen im besten Zuge sind. Man kommt da mit Anträgen, durch die Ausnahmen angeblich zugunsten Rinderbesitzern gemacht werden sollen. Das klingt ganz schön, sieht nach Mittelstandsfreundlichkeit aus, ist aber in Wirklichkeit nichts als Demagogie. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich bei dem Gesetz doch um die Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses und da kann nicht in Frage kommen, ob dieser unbediente Wertzuwachs demittelten oder Unbedienten zufällt.

Gegenüber allen Abschwächungsanträgen beantragen wir die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Allenfalls würden wir uns mit dem Abänderungsantrag Marx-Jehner befreunden können, der die Befreiung von dem Wert des Grundstücks, nicht von seinem Verkaufspreis abhängig machen will.

Der Redner der polnischen Fraktion hat Bedenken politischer Natur vorgebracht, die keineswegs zu unterschätzen sind. Darüber wird sich bei den betreffenden Paragraphen reden lassen.

Es ist wiederholt — besonders auch vom Schatzsekretär — darauf hingewiesen worden, daß von dem Schicksal dieser Vorlage die Fertigstellung des Etats und die Versorgung der Veteranen abhängig sein würde. Diese Art, Vorspann für die Vorlage zu requirieren, hat auf uns recht wenig Eindruck gemacht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Entweder ist die Vorlage gut — dann braucht sie keinen Vorspann, oder sie ist schlecht, dann kann und darf die Rücksicht auf den Etat und die Veteranen nicht zur Annahme einer schlechten Vorlage verführen.

Für die Veteranen muß gesorgt werden, einerlei, ob diese Vorlage zustande kommt oder nicht. (Sehr wahr! links.) Von uns zu verlangen, daß wir aus Rücksicht auf die Veteranen für eine schlechte Vorlage stimmen sollen, heißt von uns verlangen, daß wir dem schwarzblauen Steuerblock Vorspanndienste leisten sollen. Eine etwas sehr starke Zumutung an unsere Gutmütigkeit! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man sage uns nicht, daß die Ablehnung einer schlechten Wertzuwachssteuer einer künftigen besseren Vorlage den Weg verbarricadert. Das Gegenteil ist der Fall. Daß der Gedanke der Zuwachssteuer nicht einschläft, dafür wird der zunehmende Einfluß der Sozialdemokratie in den Kommunen sorgen. Ein Volk von 65 Millionen mit einer jährlichen Bevölkerungszunahme von beinahe einer Million wird und kann es sich auf die Dauer nicht gefallen lassen, daß die Steigerung des Grundwertes ausschließlich einer kleinen und immer mehr abnehmenden Zahl von Grundbesitzern zugute kommt. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Rechte und das Zentrum das Bedürfnis verspüren, durch eine wirkliche Besitzsteuer ihre Sünden vergessen zu machen, so mögen sie eine solche Steuer beantragen, nicht aber ein neues Gesetz zugunsten der Agrarier machen. Keine Wertzuwachssteuer ist besser als eine schlechte, agrarisch durchlöcherter Wertzuwachssteuer. (Lebhaft. Weis! d. d. Soz.)

Reichsschatzsekretär Vermuth bittet dringend, alle Abschwächungsanträge abzulehnen.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Ganz besonders unangenehm ist die Verdrängung der Wertzuwachssteuer mit der Militärvorlage. Die Regierungsvorlage müßte erhebliche Bedenken hervorrufen, die aber durch die Kommission beseitigt sind. Wenn aber noch weitere Abschwächungen erfolgen, so wird die ganze Vorlage ein Luftspiel, die Steuer bringt dann weniger als ihre Erhebungskosten.

Abg. Vogel (natl.) warnt davor, das Prinzip der Besteuerung des Wertzuwachses zu weit zu treiben. Man sollte wirklich allmählich mit der sogenannten „sozialen“ Belastung des Besitzes einhalten. Besonders möchte ich gegen die Behauptung protestieren, daß der Bergbau eine weitere Belastung verträgt. Der Fall kann sehr leicht eintreten, daß ein Bergwerk, für das eben eine Zuwachssteuer bezahlt worden ist, eine Wertverminderung aufweist.

Abg. Dr. Arndt (Sp.) dankt dem Vorredner für sein warmes Eintreten für die Interessen des Bergbaues. — Den Standpunkt

meiner politischen Freunde hat mein Kollege Doerfen dargelegt; ich habe einen abweichenden Standpunkt, nicht prinzipiell, aber die praktische Durchführbarkeit scheint mir ausgeschlossen. Ich habe feinerzeit für die Forderung einer Wertzuwachssteuer gestimmt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), aber da konnte ich die Einzelheiten dieses Entwurfes noch nicht. Die Beratung zeigt die Richtigkeit meiner Kritik, eine zweite Lesung wie diese habe ich in meiner langen parlamentarischen Praxis noch nicht erlebt. (Hört! hört! links.) Eine Wertzuwachssteuer müßte auch das mobile Kapital heranziehen, sonst ist es besser, gar keine Wertzuwachssteuer zu beschließen. Die ganze Materie ist so schwierig, daß noch nicht ein halbes Duzend Abgeordnete das Gesetz in allen Einzelheiten beherrschen; die meisten haben mir zugehört, daß sie in der Lesung nicht über den § 4, 5 oder 6 hinaus gekommen sind. (Widerspruch.) Die Steuer wird den Umlauf in Grundstücken hintonhalten und dadurch auch den Ertrag der Umlaufsteuer beeinträchtigen. — Völlig unannehmbar ist für mich die Bestimmung des § 11 über die Rückwirkung bis 1885. Wird dieser Paragraph nicht befreitigt, muß ich gegen das ganze Gesetz stimmen. Es wird, trotz anfänglicher Mindereinnahmen, auf die Dauer vorteilhafter sein, wenn wir an die Stelle der Rückwirkung auf 1885 die Schätzung des jetzigen Wertes setzen. Ich bitte daher, meiner Anregung zu folgen, im übrigen aber die Beratung abzukürzen, deren Verlängerung nur immer neue Zweifel und Bedenken schafft.

Reichsschatzsekretär Vermuth: Der Umstand, daß Herr Dr. Arndt nur für seine Person, nicht für seine Partei gesprochen hat, erlaubt mir, die Polemik gegen ihn wesentlich einzuschränken und so der Notwendigkeit gerecht zu werden, die er selbst in so warmer Weise betont hat, nämlich mit der Zeit haushälterisch umzugehen. (Große Heiterkeit und lebhafteste Zustimmung.) Wenn das Gesetz, das Herr Dr. Arndt in Grund und Boden zu reden sucht, wirklich so vorteilhaft ist, wirklich so ruhmverdienend für den Grundbesitz ist, so wundere es mich doch, daß bei der ersten Lesung der Wortführer seiner Fraktion so lebhaft für das Gesetz eintrat. (Sehr gut!) Durch genaue Erundigungen an Ort und Stelle, wo die Wertzuwachssteuer in Kraft ist, haben sich meine Beamten überzeugt, daß die Schwierigkeiten und Kosten der Erhebung ganz ungebührlich übertrieben worden sind. (Lebhaftes Hört, hört!) Ich bitte nochmals dringend, an die Veteranen zu denken, und mich gegen Herrn Dr. Siedekums Vorwurf zu wehren, daß ich diese Vorlage mit der Veteranenfrage vermische. Es ist meine Pflicht, für die Deckung neuer Ausgaben zu sorgen. Die Behauptung ist undurchführbar; davon habe ich, glaube ich, in privater Unterhaltung ihre Bestätigung überzeugt.

Abg. Graf Westarp (L.): Meine Freunde in ihrer großen Mehrheit halten an der Kommissionsfassung fest. Die Gefahr, daß die Befreiungsvorläufe von Terrainspekulationen mißbraucht werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Der Wert eines Terrains im Wert von 100 000 M. beträgt es nur in zehn Parzellen von je 10 000 M. zu zerlegen und durch von ihm abhängige Strohmannen, die natürlich kein hohes Einkommen besitzen, verkaufen zu lassen, und er wäre bei der Ausdehnung der Befreiungsvorläufe steuerfrei. — Herr Göhre ist gestern auf das Märchen von der niedrigen Einschätzung der Grundbesitzer zurückgekommen; bei der Vermögenserschätzung kann gerade der Grundbesitzer nicht verheimlichen. Dann hat der Abgeordnete das Wort bergagrarisch gebildet. Agrarisch bedeutet landwirtschaftlich, die Sozialdemokratie aber bringt damit den Haß gegen die Landwirtschaft zum Ausdruck. (Luruf bei den Sozialdemokraten: Gegen die Junker!) Das Gesetz läßt aber gar nicht das Bergwerkseigentum frei, beim Verkauf eines Bergwerks wird es von der Zuwachssteuer erfaßt, frei bleiben sollen nur unbewegliche Bergwerksanteile. Auch sonst ist der Vorwurf des agrarischen Verdesufes, den Herr Göhre gegen den Entwurf erhebt, unbedeutend, aber mit Recht haben wir dafür sorgen wollen, den durch die Arbeit des Landwirts geschaffenen Wert nicht einer besonderen Zuwachssteuer zu unterwerfen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. v. Savigny (B.) befragt die Heraushebung der Befreiungsgrenze für bebauten Grundstücke auf den Wert von 80 000, für unbebaute auf den Wert von 100 000 M.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 8 1/2 Uhr.

Kleines feuilleton.

Schriftstellerstipendien. Im norwegischen Staatsbudget sind für das laufende Jahr 24 200 Kronen als Stipendien und zur Unterhaltung von Künstlern und Schriftstellern bewilligt, wovon 6000 Kronen auf die Schriftsteller kommen. Diese sind nun wie folgt verteilt worden: Johan Falkberget 1500, Olaf Doprefstad 1500, Herman Wilheven 1000, Regine Normann, Ratti Aitio und Alvide Pryds je 500 Kronen. Die beiden zuerst aufgeführten Stipendien sind zu Studienreisen ins Ausland bestimmt. — Von den genannten Schriftstellern ist unsern Lesern besonders Falkberget bekannt, von dem im Unterhaltungsblatt einige kleine Erzählungen abgedruckt worden sind, ein Proletarier, der noch vor wenigen Jahren als Grubenarbeiter sein Leben fristete. Gut, daß er kein Deutscher ist, denn da hätte sich schwerlich einer um ihn bekümmert oder an seinem Streben Anteil genommen, und an ein Staatsstipendium wäre ja überhaupt nicht zu denken gewesen, zumal bei einem Proleten, der entschieden viel auszusparen hat an dieser göttlichen Weltordnung. Fußtritte für den Armen, der sich emporgurtingen sucht aus der Not des Daseins, der sich erstreckt in die heiligen Hallen der Literatur und Kunst einzubringen als ein Strebender und Schaffender, die sind zu haben. Aber sonst mag einer die Profanen treffen, die von der Reichen Tische fallen, und dann im stillen Kämmerlein dem Vaterlande ein Loblied singen!

Der Atem unter dem Mikroskop. Es erscheint bei der ersten Heberlegung als ein Linding, daß man etwas wie den Hauch des Atems, der doch nach der gewöhnlichen Annahme ausschließlich aus Gasen besteht, unter dem Mikroskop sollte beschreiben können. Einer wissenschaftlichen Untersuchung ist er natürlich unterworfen, aber diese kann sich, sollte man meinen, doch nur auf chemische und physikalische Messungen erstrecken. Selbstverständlich ist die chemische Zusammensetzung der ausgeatmeten Luft längst bekannt, und auch über die physiologischen Kräfte, die bei der Atmung zum Ausdruck kommen, haben physikalische Methoden Aufklärung gebracht. Nun scheint etwas ganz Neues hinzu zu kommen, und zwar durch den Segen des Ultramikroskops, dieses überaus feinen Instrumentes, das es dem Forscher ermöglicht hat, seinem Auge eine Schärfe noch über die Grenze hinaus zu erteilen, die sogar ein Delnholz als das äußerste bezeichnet, was man von einem Mikroskop erwarten könnte. Dr. Courtaud hat vor der Medizinischen Gesellschaft in Paris die Ergebnisse von Untersuchungen des Atems mit diesem Apparat angezeigt. Sie bringen die erstaunliche Entdeckung, daß die ausgeatmete Luft nicht nur aus Gasen wie Sauerstoff, Kohlendioxid, Wasserdampf usw. besteht, sondern auch eine Menge von festen Körperchen enthält. Diese sind von mannigfacher Art und Form, bald starr, bald beweglich. In einigen kann man winzige Bakterien in Stäbchen- oder in Kugelform (Koffen) vermuten, und zweifellos ist das Vorkommen von feinen Hautzellen (Epithel) im Atem. Das Verfahren, das der Forscher bei diesen Untersuchungen benutzt hat, ist sehr einfach. Man braucht nur ein paar Tröpfchen des Atems auf einen Glasstreifen verdunsten zu

lassen, um dann an diesen Stellen mit dem Ultramikroskop Staubfäden zu beobachten, die nicht weniger reichlich zusammengefaßt sind als diejenigen, die man bei der Verdunstung von Trinkwasser erhalten kann. Vielleicht wird die weitere Prüfung zum Nachweis von Unterchieden dieses Atemhauchs bei gesunden und kranken Menschen führen.

Wassersfabrikation von Edelsteinen. Die kostbaren Edelsteine sind bekanntlich gerade deswegen so wertvoll, weil sie außerordentlich selten sind. Es gibt aber eine Industrie, die Edelsteine zu Millionen verbraucht. Das ist die Uhrmacherei und die Instrumentmacherei, in deren Edelsteinverbrauch der „American Madinist“ einen interessanten Einblick gewährt. Daß Edelsteine, zum Beispiel Rubine, als Lager für die Zapfen von Taschenuhren zahlreich verwendet werden, weiß wohl jeder; ebenso werden bei anderen Uhren und bei den verschiedensten Instrumenten ähnliche Lager massenhaft verwendet. Einer der wichtigsten Edelsteine hierfür ist der Saphir. Saphire aller Farben, die aus Ceylon, Australien und Montana stammen, werden zu Zapfenlagern verarbeitet. Die Amerikaner behaupten, ihre einheimischen Saphire seien für Instrumente die besten. Die Schnelligkeit, mit der die außerordentlich harten Steine zubereitet werden, ist ziemlich überraschend. Die gewöhnlichen Lager für Uhren haben Durchmesser von 1 bis 5 Millimetern, für größere Instrumente kommen jedoch solche mit Durchmesser bis zu einem Zentimeter zur Verwendung. Von den Durchschnittensteinen kann ein Arbeiter 80 bis 100 in zehnstündiger Arbeitszeit schneiden und polieren, und doppelt soviel kann ein Arbeiter in gleicher Zeit mit den Bohrbohrer, die die Zapfenlager bilden, versehen. Von den feinsten Saphirlagern, die für empfindliche Präzisionsinstrumente gebraucht werden, kann ein Arbeiter jedoch höchstens 40 in zehnstündiger Arbeitszeit herstellen.

Wie bestimmt man Farben? Als die Anilinindustrie entstand und eine Anzahl der praktischsten Farbenskattierungen lieferte, kam man in Verlegenheit, wie man diese einteilen und einheitlich benennen sollte. Da griff der berühmte Chemiker Chevreul zu folgendem Verfahren. Er ließ Sonnenstrahlen durch ein mit Schwefelkohlenstoff gefülltes Prisma fallen und vereinigte sämtliche durch diese Vorrichtung gebrochenen Farben in einem in 300 Grade geteilten Kreise. An dem einen Pole liegt das Rot, 120 Grad weiter nach links Blau, in der Mitte zwischen beiden Gelb. Der Raum zwischen Rot und Gelb ist durch Markierungen in vier gleiche Teile geteilt und jede Markierung zeigt eine Bezeichnung, nämlich Rotorange, Orange, Gelborange. Ähnlich wird der Abstand zwischen Gelb und Blau eingeteilt durch die Marken Grün gelb, Grün, Blaugrün. Der Rest des Kreises zwischen Blau und Rot wird als Blauviolett, Violett und Rotviolett gekennzeichnet. Nun wird jede Abteilung wieder in sechs Teile geteilt und diese werden mit Nummern bezeichnet, man hat also z. B. Rot II oder Gelbgrün IV usw. Jede Farbe bildet aber auch noch mit Schwarz Mischfarben, zu denen alle gebrochenen Farben zu zählen sind. Auch diese werden in der gleichen Weise wie die vorigen festgelegt, so daß für eine jede für unsere Sinne überhaupt wahrnehmbare Farbe ein Unterkommen gefunden ist.

Humor und Satire.

Ein neues Preheseh

wird von einem Einsender in der „Kreuzzeitung“ vorgeschlagen. Der schwarzblaue Reformator hat ein Mittel gefunden, den deutschen Zeitungsleuten die Lust zu freier Meinungsäußerung gründlich auszutreiben. Natürlich bloß um brave Menschen gegen rohe Beleidigung durch die Presse zu schützen. Von jedem Zeitungsbesitzer soll eine feiner Auflage entsprechende Kaution zu hinterlegen sein und dann sollen bei Prehbergeben Geldstrafen von dieser, immer wieder auf ihren Normalpegel zu ergänzenden Kaution in einer Höhe abgezogen werden, daß auch dem zahlungsfähigsten Prehmagnaten die Aussicht auf eine derartige Bestrafung ernstliches Unbehagen erregen müßte. Außerdem Geldbuße an den Beleidigten, „auch wenn er eine bestimmte materielle Schädigung nicht nachzuweisen vermöchte“. Dazu soll ganzen Klassen und Ständen das Klagerrecht zugebilligt werden. —

Rechte was? Wenn z. B. so ein Prehmagnat — das „abhängige und vorgegebene“ Redaktionszeug kommt gar nicht in Betracht! — die von Gott zur Ruhmehre des Deutschen Reiches und insbesondere des königlichen Preußen eingesetzten konservativen Junker scharf angreift, oder auch die vom selben lieben Gott zu Vorgesetzten der Nation bestimmten Heckspläne usw., — schwupp zieht man ihm 100 000 Mark von der Kaution ab. Und dann so weiter, bis ihm die Sache zu dumm wird, oder bis ihm der Pleitegeier auf dem Dach sitzt.

Das Mittel ist probat — aber immer noch viel zu umständlich. Es müßte ganz einfach jeder Angegriffene das Recht haben, einen ihm passenden Betrag per Nachnahme von dem Beleidiger einzuziehen! Das gleiche Recht wäre jedem königlich preussischen Landrat und jeder konservativen Zeitungsredaktion einzuräumen. („Jugend“.)

Notizen.

Eine Vorstandskrise in der Berliner Sezession. Von dem bisherigen Vorstande erklärt einer nach dem andern, daß er nicht wieder mittun will. Nach Liebermann kamen Krufe und Stegob und jetzt hat sich ihnen auch Klimsch angeschlossen. Die Hintergründe dieser Krise werden nicht bekannt gegeben, bloße Personenfragen aber haben kein öffentliches Interesse.

Ratten-Jenur. In Hauptmanns „Ratten“ hat die Jenur eine Stelle im dritten Akt gefunden, in der der Theaterdirektor Hassenreuter sagt: „erleide ich eine Schädigung, so wende ich mich an den Polizeipräsidenten“; ich bin mit Herrn von Radai gut bekannt. Bei der Premiere wurde die Stelle trotzdem gesprochen, dann aber auf polizeiliche Reklamation hin weggelassen. Inzwischen wurde Radai in Baron v. Krammische umgetauft. Da zahlreiche andere bekannte Namen im Stück stehen bleiben durften, weiß man sich den polizeilichen Maß, gegen den Klage erhoben wurde, nicht recht zu erklären. Wollte die Polizei mit der Streichung andeuten, wie unwahrscheinlich es ist, daß sich jemand seiner Bekanntschaft mit der Polizei rühmt?

Zeuge: Selbstverständlich. Davon nehme ich kein Wort zurück.
Rechtsanwalt Heine (zu den Staatsanwälten): Werden gegen andere Zeugen, die dieselben Beobachtungen wie Herr Brischau gemacht haben, auch noch Ermittlungen veranlaßt, wodurch diese Zeugen als unglaubwürdig hingestellt werden sollen, dann möchte ich doch bitten, uns zeitigen Mitteilung davon zu machen, damit wir uns gegen solche — Überraschungen wollen wir mal sagen, rechtzeitig sichern können.

Rechtsanwalt Heinemann (zum Zeugen Brischau): Wie hoch war die Strafe, die Sie wegen Duldung von Glücksspielen bekommen haben? — **Zeuge:** 10 Mark. Es war ein Spiel, welches wohl in allen Restaurants gespielt wird. Es führt den Namen „Mauscheln“. Die Gäste meines Restaurants haben es nicht des Gewinnes, sondern lediglich der Unterhaltung wegen gespielt.

Rechtsanwalt Heinemann: Das Verhalten der Staatsanwaltschaft gegenüber diesem Zeugen ist so überaus schön und so wenig üblich, daß ich mich nunmehr auch zur Stellung eines Antrages beranlaßt fühle. Ich beantrage, die Disziplinarakten einzufordern über sämtliche hier vernommenen und noch zu vernehmenden Beamten. Wir wollen doch mal sehen, ob sich nicht unter den Beamten auch welche befinden, die Geldstrafen von 10 Mark oder mehr erhalten haben.

Rechtsanwalt Heine: Vielleicht sind auch Beamte darunter, die wegen Mißhandlung des Publikums disziplinarisch bestraft wurden. Man wird vorgehen, daß das auf die Glaubwürdigkeit der Zeugen gerade im vorliegenden Falle von Bedeutung ist. Wir sind zu diesem Antrage gezwungen, nachdem die Staatsanwaltschaft etwas davon hat, was man, wenn es ein Verteidiger tun würde, als größtmöglichen Mißbrauch der Advokatur bezeichnen würde.

Oberstaatsanwalt Brauh (in etwas heftigem Tone): Ich habe das Recht, mich über die Zeugen zu erkundigen. Wie ich das tue, ist meine Sache. Darüber lasse ich mir keine Vorschriften machen. Die Vernehmung, die in den Worten des Rechtsanwalts Heine liegt, muß ich entschieden zurückweisen. Ich ziehe Erkundigungen ein, wo ich es für nötig halte. Erkundigungen über die anderen Zeugen einzuziehen habe ich keine Veranlassung. Den Antrag der Verteidigung auf Vorlegung der Disziplinarakten bitte ich abzulehnen.

Rechtsanwalt Heine: Niemand befreit die Staatsanwaltschaft das Recht, Ermittlungen über Zeugen anzustellen. Aber ich bestritte, daß es sachdienlich ist, einem Zeugen eine Vorstrafe von 10 Mark wegen Glücksspiels unter solchen Umständen und in solcher Form vorzubehalten. Beweisen wird dadurch nichts. Aber es kann die unerwünschte Wirkung haben, daß Zeugen eingeschüchtert und abgeschreckt werden, wahrheitsgemäß zu sagen, was sie wissen. Schon aus diesem Grunde hätte die Staatsanwaltschaft das, was sie dem Zeugen Brischau gegenüber tat, unterlassen müssen.

Rechtsanwalt Heinemann begründet den Antrag auf Vorlegung der Disziplinarakten. Die Verteidigung würde einen solchen Antrag nie gestellt haben, aber nach dem Vorgehen der Staatsanwaltschaft befindet sich die Verteidigung in der Notwehr.

Nach kurzer Beratung des Gerichts verläßt der Vorsitzende, daß der Antrag abgelehnt ist.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Heinemann antwortet der Zeuge Brischau: Die Spieler waren bürgerliche Leute, sie spielten nicht um hohe Sätze. Weiter teilt der Zeuge mit, daß nach seiner Aussage im Vorprozeß Kriminalbeamte bei seiner Frau erschienen und Erkundigungen über seine Person anstellten. — **Oberstaatsanwalt Brauh** bemerkt, er habe nicht durch diese Erkundigungen, sondern von dritter Seite Mitteilung über die Vorstrafen des Zeugen Brischau erhalten. Diese Seite zu nennen, weigert sich der Oberstaatsanwalt.

Rechtsanwalt Heine: Sagen wir es doch gerade heraus. Der Zeuge vermutet, daß der Kriminalkommissar in seiner Heimat, der seit Jahren gebässig gegen ihn ist, der Staatsanwaltschaft die Angaben gemacht hat.

Hierauf wird die Vernehmung der Zeugen fortgesetzt.

Verichtsaktuar Schur hörte auf menschenleerer Straße in einiger Entfernung schreien. Da trat ein Schuhmann auf ihn zu mit den Worten: „Warum schreien Sie?“ und schlug ihn mit dem Säbel. Als der Zeuge dagegen Einspruch erheben wollte, bekam er noch einen Säbelhieb und wurde aufgedrückt, zu laufen.

Kriminalkommissar Ruhn macht über die Verwendung von Kriminalbeamten in Moabit dieselben Angaben, die er vor der Strafkammer gemacht hat. Außer den den Polizeirevierern zugeordneten sogenannten zweiten Kriminalbeamten waren noch Beamte der vierten und fünften (politischen) Abteilung in Moabit. Diese beiden Kategorien unterstanden nicht dem Führer der uniformierten Schulkleute (Major Klein), sondern operierten jede für sich und jede unter besonderer Leitung. Die Charlottenburger Polizei operierte wieder unabhängig von der Berliner Polizei, so daß also vier Arten von Kriminalbeamten in Moabit waren, von denen jede auf eigene Hand operierte. Die Kriminalbeamten — sagt der Zeuge — sind mit Browningspistolen bewaffnet. Stöße werden sie auch wohl gehabt haben. Die Antwort auf die Frage, ob er oder andere Beamte Berichte über die Moabiter Vorgänge an die Presse geleistet haben, lehnt der Zeuge ab. — Die Verteidigung bemüht sich, von dem Zeugen zu erfahren, ob außer den Kriminalbeamten noch Polizeivigilanten in Moabit tätig waren. Der Zeuge antwortet: Von und sind solche Leute in Moabit nicht benützt worden.

Rechtsanw. Rosenfeld: Sie sagten, ein Teil Ihrer Beamten war an den Unfallsstationen aufgestellt. Warum geschah das? — **Kriminalkommissar Ruhn:** Da sich in den Listen der Unfallsstationen oft Personen unter falschem Namen eintragen lassen, so sollten sie alle festgestellt werden. — **Rechtsanw. Rosenfeld:** Weshalb denn? — **Kriminalkommissar Ruhn:** Um zu ermitteln, ob sich die Verletzten strafbar gemacht haben, damit eventuell gegen sie eingeschritten werden könnte. — Auf eine Frage des Rechtsanw. Rosenfeld gibt der Zeuge an, gehört zu haben, daß ein

Beamter der politischen Abteilung, der sich in Arbeiterkleidung unter der Menge befand, von uniformierten Schulkleuten verhaften wurde. Mit Bezug auf die von mehreren Zeugen bekundeten Fälle von Lockpfeile erklärt Kommissar Ruhn: Für diese Fälle komme keiner von den Beamten der 4. und der 7. Abteilung in Frage. Sämtliche Beamte seien vernommen worden und hätten auf ihren Dienstbrief erklärt, daß sie so etwas nicht gemacht haben. — **Rechtsanw. Heine:** Also die Beschuldigten haben erklärt, sie waren es nicht. Das beweist doch nichts.

Polizeimajor Klein soll vernommen werden über die Verwendung der zweiten Kriminalbeamten und ihre Instruktion. — **Rechtsanw. Heinemann** erklärt diese Vernehmung für überflüssig. — **Oberstaatsanwalt Brauh:** Ich kann darauf nur dann verzichten, wenn die Verteidigung die Behauptung, daß Lockpfeile in Moabit tätig waren, fallen läßt. — **Rechtsanw. Heine:** Wie können wir etwas fallen lassen, was sechs Zeugen bekundet haben? Aber die Angaben der Vorgesetzten können in diesem Punkte gar nichts nützen. Wir haben ja nie behauptet, daß die Leute, welche sich als Lockpfeile betätigt haben, dies im Auftrag ihrer Vorgesetzten getan haben. So klug sind die Vorgesetzten selbstverständlich, daß sie derartige Aufträge nicht erteilen. Aber ich bin fest überzeugt, daß die Leute, welche von den Zeugen gesehen wurden, Kriminalbeamte sind, die aber auf eigene Faust handelten, um sich hervorzutun.

Kriminalwachmeister Klants von der politischen Abteilung gibt an, er sei mit einer Anzahl von Beamten dieser Abteilung nach Moabit geschickt worden, um die Vorgänge zu beobachten und seinem Chef Bericht zu erstatten. Vigilanten seien offiziell nicht in Moabit gewesen.

Polizeileutnant Schirmer ist als Gegenzeuge zu den Angaben des Zeugen Trezor geladen. Wie im Vorprozeß, so gibt Polizeileutnant Schirmer auch jetzt zu, daß er nach einem jungen Manne mit dem Säbel schlug, in der Absicht, ihn zu treffen. Er wisse aber nicht, ob er ihn getroffen habe. Nach dem Grunde des Schlagens befragt, sagt Polizeileutnant Schirmer: Der Mann kam von dort her, wo eine Menge stand, von der Gewalttätigkeiten zu erwarten waren.

Rechtsanwalt Heinemann: Also es kommt ein einzelner Mensch aus einer Gegend, wo sie eine Menschenmenge, die Gewalttätigkeiten verüben könnte, vermutet. Mit welchem Recht schlugen Sie ihn? — **Polizeileutnant Schirmer:** Die Menge hatte vorher der zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bestellten Staatsautorität Widerstand geleistet durch Werfen, ja es ist auch ein Schuß gefallen. — **Rechtsanwalt Heinemann:** Hat denn der junge Mann auch Widerstand geleistet? — **Polizeileutnant Schirmer:** Ich weiß es nicht, ich mußte es annehmen. Ob er zu den Leuten gehörte, welche vorher Widerstand leisteten, weiß ich nicht. Der Zeuge bezieht sich auf die in der Gendarmerieordnung enthaltenen Vorschriften über den Waffengebrauch. — **Rechtsanwalt Heinemann:** Wie ist denn Ihr Verhalten mit der Gendarmerieordnung vereinbart? — **Polizeileutnant Schirmer:** Sie stellen mich vor eine schwere Antwort. Was man im Moment tut, das läßt sich nicht immer begründen. — **Rechtsanwalt Heinemann:** Auch wenn der junge Mann vorher Widerstand geleistet hätte, warum schlugen Sie ihn nachher, wo kein Widerstand geleistet wurde? — **Polizeileutnant Schirmer:** Das ist ein seelischer Vorgang, der sich schwer erklären läßt. Wenn man sich in einer Gefechtsstellung befindet, greift man eben zu.

Ein Zwischenfall.

Der Zeuge wendet sich an den Vorsitzenden und sagt: Einer der Verteidiger hat eben gesagt: „Alle Achtung!“ Das ist eine Kränkung für mich. Ich bitte um Schutz. — **Juzizrat Friedmann:** Ich war es, der zu der Bemerkung des Zeugen von der Gefechtsstellung „alle Achtung“ sagte. Das ist doch keine Kränkung. — **Rechtsanwalt Heine** (zum Zeugen Trezor): War denn die Situation so, daß man von einer Gefechtsstellung reden kann? — **Zeuge Trezor:** Nein. Außer 10 bis 12 Schulkleuten war nur der einzelne Mann da, der auch nicht aus der Menge, sondern aus entgegengelegter Richtung kam. — **Rechtsanwalt Heine:** Und das, Herr Leutnant Schirmer, nennen Sie eine Gefechtsstellung? (Heiterkeit.) — **Vors.:** Ich bitte, nicht zu lachen. — **Polizeileutnant Schirmer:** Die Gefechtsstellung bestand darin, daß ich von der einen und Wachmeister Thurov von der anderen Seite vorgehen mußten.

Jetzt tut es mir ja leid, daß ich den jungen Mann geschlagen habe, ich bedaure es.

Zeuge Trezor: Der Schuß, von dem der Herr Polizeileutnant sprach, ist 45 Minuten vor dem Falle erfolgt, wo der Leutnant Schirmer den jungen Mann schlug. — **Wachmeister Thurov** behauptet, der Mann, welcher von ihm und nachher vom Leutnant geschlagen wurde, habe vorher einen Stein aufgehoben. — **Zeuge Trezor:** Es ist ganz unmöglich, daß der junge Mann, der vor meinen Augen geschlagen wurde, einen Stein aufgehoben haben kann.

Hierauf wurden noch mehrere Zeugen vernommen, die alle ihre vor der Strafkammer gemachten Angaben über Mißhandlungen des Publikums durch Schulkleute und Kriminalbeamte wiederholten. — Der Zeuge Wilhelm Schmidt hat einen Mann gesehen, der in auffälliger Weise nach den Schulkleuten hinüberrief „Blutkunde“, sich mit der von den Schulkleuten vertriebenen Menge entfernte und an anderer Stelle sich wieder ausstieß und „Blutkunde“ rief. Am folgenden Abend hat der Zeuge denselben Mann in Gesellschaft eines anderen Mannes gesehen. Ein Polizeileutnant mit Mantel und Mütze erteilte diesen beiden Männern die Weisung: „Gehen Sie mal dort hinüber und sehen Sie zu, was da los ist.“ Die Männer folgten dieser Weisung. — **Polizeimajor Klein** bemerkt: Das könne kein Polizeileutnant gewesen sein; denn diese hätten bei jenen Gelegenheiten stets den Helm getragen. Die Verteidiger zeigen

Photographien

der Moabiter Ereignisse vor, auf denen Polizeioffiziere mit Mützen zu sehen sind.

Zeuge Nowak suchte sich bei einer Attacke in einer Lärmsche zu sichern. Ein Leutnant zog ihn heraus und von den Schulkleuten bekam der Zeuge mehrere Säbelhiebe, von denen einer Paletot, Rock und Weste durchschlug und eine leichte Wunde verursachte.

Kernmader Westfal sah, daß ein Schuhmann eine einzelne Frau zu Boden warf und sie dann mit dem Säbel schlug. Ein Arbeiter, der zur Rechtschicht ging, wurde von einem Schuhmann gefragt: Wohin? Der Arbeiter gab Antwort. Ein anderer Schuhmann sagte zu dem ersten: Sprechen Sie doch nicht erst mit ihm, hauen Sie ihn in die Schnauze.

Grünkränzhändler Dorn befindet unter anderem: Ich wollte für eine Nachbarin, die in Wehen lag, eine Hebamme holen. Als ich einem Polizeileutnant das sagte und um Durchlaß bat, antwortete er: „Was heißt hier Hebamme, jetzt wird keine Rücksicht mehr genommen, ob Kinder kommen oder nicht. An diesen Zuständen sind Sie selbst schuld.“ Dem Zeugen gelang es schließlich, mit Hilfe eines Samariters, der ihm den Schutz des Roten Kreuzes anbot, die Hebamme herbeizuschaffen, die aber schwer zum Mitgehen zu bewegen war, weil sie sich vor den Schulkleuten fürchtete. Am Abend des 28. Septembers forderte ein Kriminalschuttmann den Zeugen auf, den Laden zu schließen und das Licht zu löschen und fügte die Drohung hinzu: „Wer sich nach 9 Uhr noch auf der Straße sehen läßt, wird erschossen.“ Als der Zeuge den Laden geschlossen hatte, hörte er furchtbaren Lärm auf der Straße.

Tischler Fritsch sah einen Fall, wo ein alleingehendes Ehepaar von Schulkleuten angefallen und die Frau niedergeschlagen wurde mit den Worten: „Dir Sau werden wir besten.“

Bushalter Birckholz, der bei der Firma Kupfer u. Co. angestellt ist, wollte vom Bahnhof Weußelstraße nach Hause fahren. Er fand sämtliche Fahrkartenautomaten geschlossen und von den vier Schaltern nur einen geöffnet. Die Reisenden konnten deshalb nicht abgefertigt werden, infolgedessen sammelte sich viel Publikum in der Vorhalle. Dann stürmten Schulkleute herein und trieben das Publikum heraus. Auf der Straße ist der Zeuge von einem Kriminalbeamten mit dem Stock geschlagen worden.

Zeuge Lindemann war in einem Schanklokal in der Wickestraße. Nur wenige Gäste waren da, es ging vollkommen ruhig zu, der Wirt spielte Zither. Da stürmten Schulkleute mit blanken Säbeln herein und riefen: „Wollt Ihr raus, Schweinehund!“ Die Gäste verließen das Lokal und wurden draußen von Schulkleuten verhaften.

Damit schloß die Sitzung. Seit um 10 Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt.

Die Wedding-Ereignisse vor Gericht.

Zweiter Tag.

Gestern wurde zum allgemeinen Teil der Anklage die Beweis-erhebung fortgesetzt. Sie brachte die Vernehmung der Polizeibeamten, die in der Schererstraße und Umgebung sich als Ruhe-stifter betätigt haben.

Polizeihauptmann Körnich hat die Maßnahmen der Polizei geleitet. Er gibt an, daß es hauptsächlich am 29. Oktober zu größeren Ruhestörungen gekommen sei. Im wesentlichen auf den 29. Oktober beschränkt sich dann die Beweisüberhebung bei der Vernehmung aller Zeugen. Körnich schildert die verschiedenen Versuche, die in der Umgegend des Geschäfts von Morgenstern sich immer wieder ansammelnde Menge zurückzutreiben und zu zerstreuen. Von der Waffe sei, wenn sie überhaupt angewendet wurde, immer erst nach dreimaliger Aufforderung Gebrauch gemacht worden. Attakiert wurde besonders nach Steinwürfen, aber auch sehr viel harmlosere Dinge waren der Polizei ein Anlaß, vorgehen. Zeuge hebt hervor, daß er an der Ecke der Scherer- und Reinholdsdorfer Straße auch ein Arbeiterlied habe singen hören. Er meint, es sei die Arbeitermarzialhymne gewesen, und fügt hinzu: „So daß wir gezwungen waren, vorgehen.“ Das war nach Mitternacht, wo es zu neuen Ansammlungen in der Schererstraße gekommen war, nachdem Körnich bereits das Gros der Schulkmannschaft — bis auf 7 Mann, die vor dem Morgensternschen Geschäft blieben — zurückgezogen hatte. Zeuge weiß auch über Unterstützung zu berichten, die er aus dem in den Straßen sich bewegenden Publikum erhalten habe. Ein Mann habe auf eine Gastwirtschaft aufmerksam ge-

macht. In die mehrere Steinwerfer sich zurückgezogen hätten, und die Gäste seien dann herausgeholt worden. Derselbe Mann habe später beantragt, daß eine Person wegen Zerstörung einer Laterne hingerichtet wurde.

Die „dreimalige Aufforderung“ näher zu prüfen, bemüht sich der Verteidiger Rechtsanw. Cohn, und dieses Thema wird dann auch bei den Vernehmungen aller übrigen Polizeizeugen immer wieder erörtert. Dreimal soll Hauptmann Körnich z. B. an der Ecke der Reinholdsdorfer und Scherer- bzw. Wiesenstraße aufgefordert haben, auseinanderzugehen. **Rechtsanw. Cohn:** Können die drei Aufforderungen gehört worden sein? — **Zeuge Körnich:** Sie müssen sicher gehört worden sein, die Leute standen ja um mich herum. — **Rechtsanw. Cohn:** Aber wer erst nachher auf seinem Wege hineingeriet? — **Zeuge:** Wenn er die Aufforderungen nicht gehört hätte, so mußte er doch sich über die Situation klar sein. — **Rechtsanw. Cohn:** Bemerkten Sie, daß Ihre Leute auf Personen eischlugen, die ersichtlich nichts mit den Ereignissen zu tun hatten? — **Zeuge:** Ich habe nichts bemerkt.

Bezüglich des Arbeiterliedes, das Zeuge gehört hat, fragt **Rechtsanw. Karl Liebkecht:** Was für ein Lied war das? — **Zeuge** wiederholt: Die Arbeitermarzialhymne. — **Rechtsanw. Liebkecht:** Wie viele sangen sie? Wohl nur so zwei Leute? — **Zeuge:** Nein, nein, es war ein lauter und melodischer Gesang, meiner Ansicht nach von Leuten, die eigentlich einem Gesangsverein angehört hätten. — **Rechtsanw. Liebkecht:** Na, vielleicht war es ein Gesangsverein! (Heiterkeit im Zuscherraum.)

Die Verteidigung sieht auf dem Standpunkt, daß polizeilicher Heberkeifer die Situation verschärft hat. Hierzu bemerkt **Rechtsanw. Cohn:** In einem anderen Prozeß hat sich herausgestellt, daß die Entlohnung der Waffen zu sehr ungeliebter Zeit erfolgte. — **Zeuge Körnich:** Nach meiner Meinung geschah das bei uns sehr zweckmäßig. — **Rechtsanw. Cohn:** Ich zweifle nicht, daß auf Sie die Situation diesen Eindruck machen konnte. Waren Sie aber darüber unterrichtet, wie an anderen Punkten die Lage war? Ich bin der Meinung, daß die ersteren Vorfälle durch die Maßnahmen der Polizei verschärft worden sind. — **Wie die Schulkleute den Befehl zum Dreinhauen ausführen, daß ich Hauptmann Körnich selber mit an. Rechtsanw. Cohn:** Auf was für Leute wurde denn eingehauen? Auf zusammengerottete oder auch ruhige und einzeln gehende? — **Zeuge:** Doch auf einzelne eingehauen wurde, sah ich nicht, und ich halte das auch für ausgeschlossen. Wir hatten um stundenlang mit Leuten herumgeärgert, da wußte jeder nun Bescheid. — **Rechtsanw. Cohn:** Ist Ihnen bekannt geworden, daß an oder in der Bedürfnisanstalt, die sich an der Ecke der Reinholdsdorfer und Wiesenstraße befindet, Leute mißhandelt wurden? — **Zeuge:** Mißhandelt wurden sie nicht, es kann aber sein, daß dort die Waffe gebraucht wurde. Dorthin zogen sich nämlich die Ungeheuer zurück, und die Bedürfnisanstalt war gerammelt voll.

Die Staatsanwaltschaft wehrt sich gegen die Ermittlung, ob Lockpfeile getrieben ist.

Den Zeugen Körnich fragt der Angekl. Rudolph: Waren Lockpfeile tätig? — **Zeuge:** Ich kenne Lockpfeile überhaupt nicht. — **Angekl.:** Es sollen sich welche in der Menge aufgehalten haben; Kriminalbeamte waren da. — **Zeuge:** Das die „zweiten Kriminalbeamten“ da waren, weiß ich; vielleicht 15. — **Rechtsanw. Cohn:** Haben Sie die Instruktion für die Kriminalschulkleute selber auf gegeben? — **Zeuge:** Ja, ich hatte Auftrag gegeben, zu zweien zu gehen und Leute festzunehmen, die „Blutkunde“ riefen. — **Rechtsanw. Cohn:** Hatten die den Auftrag, sich unter die Menge zu mischen? — **Staatsanw. Brünig:** Wäher ist den Beamten nur die Genehmigung erteilt worden, über die Vorgänge auf der Straße auszusagen. — **Vors.:** Wie weit der Zeuge eine Genehmigung zur Aussage hat, wissen wir ja nicht. — **Rechtsanw. Karl Liebkecht:** Es sollten doch nicht überflüssige Schwierigkeiten gemacht werden, die Wahrheit zu ermitteln; sie zu ermitteln, liegt doch auch im Interesse der Staatsanwaltschaft. — **Staatsanw. Brünig:** Ich tue nur meine Pflicht, wenn ich hierauf hinweise. Nur Aussagen über Maßnahmen zur Verabigung sind genehmigt. — **Vors.:** Ich selber weiß nicht, wie weit die Genehmigung geht und muß die Entscheidung dem Zeugen überlassen. — **Rechtsanw. Karl Liebkecht:** Es handelt sich doch wohl auch bei diesen Maßnahmen nur um solche zur Verabigung, nicht zur Verurteilung. — **Rechtsanw. Cohn:** Ein Recht der Staatsanwaltschaft, den Zeugen auf etwas hinzuweisen, besteht nicht. — **Staatsanw. Brünig:** Es handelt sich hier um eine Frage der Verteidigung an den Zeugen, da bin ich berechtigt, Bedenken dagegen zu äußern. — **Vors.:** Mäge der Zeuge entscheiden. — **Rechtsanw. Cohn:** Hier ist doch noch eine allgemeine Bemerkung nötig. Die Staatsanwaltschaft ist in keiner Weise berechtigt, einen Zeugen über sein Verweigerungsrecht zu belehren. — **Staatsanw. Brünig:** Diese Zeugen haben wir geladen, damit sie über die Maßnahmen der Polizei bekunden. Da bin ich verpflichtet, beim Polizeipräsidenten anzufragen, wieweit sie auszusagen dürfen. — **Rechtsanw. Liebkecht:** Es ergibt sich nicht eine Art Eigentums- und Verfügungsrecht über einen Zeugen daraus, ob ihn die eine oder die andere Partei geladen hat. — **Vors.:** Wir wollen doch einfach die Prozedurordnung befolgen und den Zeugen entscheiden lassen. — **Staatsanw. Linde:** Gestern hat der Verteidiger gegenüber dem Zeugen Köhmann dasselbe Recht beansprucht, wie wir heute. — **Rechtsanw. Cohn:** Es ist nur ein Unterschied; denn da handelte es sich um eine Privatangelegenheit, die für diesen Prozeß ohne Belang war.

Hierauf fragt den Zeugen Hauptmann Körnich der **Rechtsanw. Cohn:** Also Sie hatten die „zweiten Kriminalschulkleute“ aus der ganzen Hauptmannschaft zusammengezogen. Hatten die von Ihnen eine besondere Instruktion? — **Zeuge:** Von mir hatten sie die Instruktion, zu patrouillieren und bei strafbaren Handlungen die Täter festzunehmen. — **Rechtsanw. Cohn:** Sollen sie sich auch unter die Menge mischen? — **Zeuge:** Darüber verweigere ich die Aussage.

Rechtsanw. Cohn: Dann bitte ich, hierzu die Genehmigung des Polizeipräsidenten eingeholen. Schon aus den Akten ergibt sich ja, daß auch Auftrag gegeben war, sich unter die Menge zu mischen; sonst hätte ich ja gar nicht danach gefragt. — **Rechtsanw. Cohn:** Hat denn der Polizeipräsident verboten, hierüber auszusagen? — **Zeuge:** Genehmigt ist mir, auszusagen über die Vorgänge auf der Straße. — **Rechtsanw. Cohn:** Haben Sie Kriminalbeamte in der Menge gesehen? — **Zeuge:** In der Menge gesehen? Das weiß ich nicht. — **Rechtsanw. Liebkecht:** Welche Kleidung hatten die Kriminalbeamten? — **Zeuge:** Dieselbe wie sonst. — **Rechtsanw. Liebkecht:** Wie ist die? Normale bürgerliche Kleidung oder Arbeiterkleidung? — **Zeuge:** Nach meiner Meinung war es bürgerliche Kleidung. Nur der eine hatte eine etwas auffallende Kleidung, er wurde auch im „Vorwärts“ erwähnt, sie nannten ihn da, glaube ich, den „Schuh von Persien“. — **Rechtsanw. Liebkecht:** Haben nicht Kriminalbeamte verschiedene Kleidung, etwa so wie die Schauspieler? — **Zeuge:** Das ist mir nicht bekannt. — **Rechtsanw. Liebkecht:** Haben Sie bemerkt, daß ein Kriminalbeamter den „Vorwärts“ besonders auffällig in der Tasche steckte und eine rote Krawatte trug? — **Zeuge:** Nein. — **Vors.:** Der Zeuge Schreiber soll sich ja als Kriminalbeamter aufgespielt haben. — **Rechtsanw. Liebkecht:** Wir meinen, das habe so eine Art zweckdienliche Uniform sein sollen.

Ob noch andere als die der Polizeihauptmannschaft unterstellten „zweiten Kriminalbeamten“ auf der Straße waren, weiß Zeuge nicht. — **Rechtsanw. Liebkecht** hält es für einen unmöglichen Zustand, daß der verantwortliche Leiter der polizeilichen Maßnahmen hierüber nicht unterrichtet werde. — **Zeuge Hauptm. Körnich:** Darüber muß ich die Auskunft verweigern, das sind innere Angelegenheiten. — **Rechtsanw. Cohn:** Waren Kriminalschulkleute von der politischen Abteilung da? — **Zeuge:** Das war wohl sein. — **Rechtsanw. Cohn:** Dienstlich ist Ihnen nichts darüber bekannt geworden? — **Zeuge:** Von Offizieren habe ich erst vorher gehört, zwei Beamte der 7. Abteilung seien auf einer Wache gewesen.

Polizeileutnant Darnad äußert sich über die Vorgänge vom 29. Oktober ähnlich wie Hauptmann Körnich. Er schildert die wiederholten „Säuberungen“ der Straßen und die Ausschreitungen der Menge, die er dabei beobachtet habe. Bezüglich etwaiger Aus-

Freiwilligen von Beamten fragt der Vorsitzende: Haben Beamte auf Verhaftete beim Transport zur Wache eingeschlagen? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — **Vors.**: Ob auf der Wache mißhandelt wurde? — Zeuge: Nein. — **Staatsanwalt Brünning** erhebt Einspruch gegen diese Frage. — **Vors.**: Von der Verteidigung wird sie ja doch gestellt! — **Staatsanwalt Brünning**: Ich bitte, diese Frage seitens der Verteidigung nur dann zuzulassen, wenn sie für die Beweisführung erheblich ist. — **Vors.**: Wir haben uns doch schon gestern darüber geeinigt. — **Rechtsanwalt Cohn**: Wird diese Frage also beanstandet oder nicht? — **Staatsanwalt Brünning**: Ich sehe auf dem Standpunkt, daß nur über Vorgänge auf der Straße, nicht über Vorgänge auf der Wache gefragt werden darf.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verliest Staatsanwalt Brünning, um die Wiederholung solcher Fragen zu verhindern, ein bei der Staatsanwaltschaft eingegangenes Schreiben des Polizeipräsidenten. Danach ist den Polizeibeamten die Genehmigung erteilt worden nur zu Aussagen über Vorgänge, die zu den Unruhen oder ihrer Unterdrückung in Beziehung stehen und sich auf den Straßen oder in Häusern ereignet haben. Der Polizeipräsident habe also, fügt der Staatsanwalt hinzu, Aussagen über Vorgänge auf den Wachen nicht genehmigt, auch nicht über etwaige Mißhandlungen. Die Staatsanwaltschaft sei aber bereit, die Genehmigung auch hierfür nachzusehen, sobald Beweisanträge von der Verteidigung vorliegen. — **Rechtsanwalt Cohn** kündigt solche Anträge an.

Bei der Vernehmung des Polizeileutnants Darnack wird auch die Frage erörtert, wann die Polizei attackierte, ob die Menge diese Aufforderungen gehorcht haben könne. Diefelbe Frage wird mit den Zeugen Polizeileutnant Maurer, Polizeileutnant v. Sydow, Polizeileutnant Kulle umständlich besprochen. Die Offiziere neigen mehr zu der Annahme, daß der Menge nur „in freundlicher und liebenswürdiger Weise zugeredet“ worden sei, doch nach Hause zu gehen. Dagegen erklären die später vernommenen Zeugen Schuhmann Ernst Schulz, Schuhmann Hoffmüller, Schuhmann Krämer mit großer Bestimmtheit, es sei dreimalige Aufforderung erfolgt. Alle diese Zeugen werden in ihrer Vernehmung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine formelle Aufforderung unter Androhung der Waffengewalt gemeint sei, wie das Strafgesetzbuch sie vorsieht.

Auch nach den Mißhandlungen wird von der Verteidigung noch einige Male geforscht. Leutnant Maurer antwortet, nicht gesehen zu haben, daß bei Attacken auch auf Unbetheilte eingeschlagen wurde. Derselbe Zeuge bekundet übrigens später, daß er keinen Massenwiderstand, sondern nur den Widerstand einzelner beobachtet habe. Als Rechtsanwalt Cohn den Leutnant v. Sydow fragt, ob auf der Wache Mißhandlungen vorgekommen sind, beanstandet der Vorsitzende diese Frage unter Hinweis auf das von der Staatsanwaltschaft gegebene Versprechen, erweiterte Genehmigung zu Aussagen hierüber zu erteilen. Leutnant v. Sydow erklärt, er wolle schon jetzt antworten. — **Rechtsanwalt Cohn**: Ist Ihnen bekannt, daß auf Ihrer Wache geschlagen wird? — **Zeuge**: Gestern habe ich diese Behauptung in der Zeitung gelesen, darauf habe ich mich informiert, habe aber nichts ermitteln können. — **Rechtsanwalt Cohn**: Ist Ihnen nicht bekannt geworden, daß die Umwohner Beschwerde geführt haben über nächtliche Mißhandlungen durch Schläge und Schmerzensschreie? — **Zeuge**: Nein. — **Rechtsanwalt Cohn**: Ihre Wache soll besonders im Aufsehen, daß dort geschlagen wird. — **Zeuge**: Davon ist mir nichts bekannt. — **Dah** bei Attacken auf Unbetheilte eingeschlagen wurde, hat auch Leutnant Kulle nicht gesehen, und er hält das auch nicht für möglich. Auf Befragen gibt er an, er sei immer dabei gewesen, wenn seine Leute die Waffen gebrauchten.

Das Einerlei der Aussagen dieser Polizeizeugen wird unterbrochen durch die Vernehmung des Journalisten Freund, der als **Berichterstatter des „Lokalanzeiger“**

den 29. Oktober mitgemacht hat. Der Herr weiß über ganz merkwürdige Ereignisse zu berichten. Er schildert die Haltung der Menge in noch schwärzeren Farben, als selbst die Polizeibeamten; das deutet sich ja auch mit den Berichten, die damals der „Lokalanzeiger“ gebracht hat. Ihn selber habe man für einen Polizeispion gehalten, weil er mit Polizeibeamten gesprochen habe. Ihn und einem Wachmeister, neben dem er ging, seien zwei Leute ostentativ entgegen getreten. Wir schoben sie, erzählt er, auseinander. Das mag wohl etwas kräftig geschehen sein, wenigstens klag der Betreffende, den ich zur Seite schickte, ein ganzes Stück weiter. Es sei dann zu Schmähsrufen „Hut Hundel! Schlägt sie nieder!“ gekommen, und man habe mit Steinen geworfen. Schließlich habe er sich auf die Polizeiwache in der Uferstraße gerettet und von dort aus an seine Redaktion telephoniert. — **Zu dem Rencontre mit jenen beiden Männern fragt Rechtsanwalt Cohn**: Ein Angriff auf Sie war nicht erfolgt? — **Zeuge**: Nein! — **Rechtsanwalt Cohn**: So daß als der aggressive (angreifende) Teil Sie erscheinen mußten. — **Auch Zeuge Freund hat die Arbeitermarkeilasse gehört**, etwa um 1 Uhr an der Reinickendorfer und Schererstraße. Er sah, daß sofort Perittene dorthin stürzten, doch weiß er nicht, was daraus wurde. Er beobachtete nicht, daß Verhaftete auf dem Transport eingeschlagen wurden; sie liefen, sagt er, sich ruhig abführen. Nur zweimal bemerkte er, daß „auf Leute, die Schmähsrufe austießen, oder nicht weiter wollten, geschlagen“ wurde.

Toll ist eine Geschichte, die der Zeuge Freund dann vom 31. Oktober zum besten gibt. Als er nachmittags in der Schererstraße sich fragend an Schutzleute wandte, fiel ihm auf, daß in einem benachbarten Lokal hinter dem Fenster heftig gestikuliert und auf ihn gewiesen wurde. Ihn sei dann ein Mann gefolgt, der ihn fragte: „Sind Sie ein Arbeiter? Höchstwahrscheinlich nicht, sonst würden Sie nicht so mit dem Beamten sprechen!“ Ich ging, erzählt Zeuge, ihm und nach und fragte ihn, was er eigentlich von mir wollte. Der Mann antwortete mir: „Ach, Sie sind Polizeispion, ein Polizeioffizier in Zivil. Sehen Sie sich vor, daß Sie nicht mal ein Paar reinbekommen! Ich bin von meinen Kollegen Ihnen nachgeschickt worden, um Sie zu beobachten!“ Darauf zeigte ich ihm meine Karte, aber ich sagte selbstverständlich nicht, von welchem Blatt ich bin. Da wurde der Mann ganz anders. Er streckte mir die Hand entgegen und sagte: „Ich bin Gruppenführer der Partei. Ich arbeite da drüben in der Fabrik, aber ich habe mich von der Arbeit freigegeben.“ Von der Partei bin ich beauftragt, nachzusehen, ob es hier wirklich so schlimm ist.“ Ich sagte ihm, dann solle er seiner Partei und seinem „Vorwärts“ Bericht erstatten, damit zur Ruhe gemahnt werde. An demselben Nachmittag fand ich dann in einem Extrablatt des „Vorwärts“ eine Warnung zur Ruhe. Ich will dahingestellt sein lassen, ob das auf unser Gespräch zurückzuführen ist. — **Das Gericht hört die Erzählung und selbst diesen letzten Satz mit dem unerwünschten Ernst an, den jeder Zeuge fordern darf.**

Die weitere Beweisführung bringt unter anderem die Befundungen eines Schuhmanns Rowad, der am 29. Oktober nicht Dienst hatte, aber ein besonders wichtiger Zeuge sein soll, weil er in seiner Wohnung Ecke Anton- und Karstraße vom Balkon aus am späten Abend die Vorgänge beobachtet hat. Er habe bemerkt, wie unten das Bürgersteigpflaster aufgerissen wurde, die Leute sich die Taschen mit Steinen vollstopften und dann an dem gegenüberliegenden Bretterzaun die ausprallenden Steine ein Depolter erzeugten. Da habe Leutnant Maurer gerufen: „Hier ist mit Steinen geworfen worden! Gewehr auf, marsch, marsch!“ Leutnant Maurer selber weiß davon nichts und erklärt es für unmöglich; höchstens werde er gesagt haben: „Chaine, marsch, marsch!“ Schuhmann Rowad lenkt ein: „Ja, von zwei Stock hoch konnte ich das nicht so genau hören.“ — **Vors.**: Haben Sie denn, daß auf das Kommando überhaupt die Säbel gezogen wurden? — **Zeuge**: Einige zogen sie. — **Vors.**: Einige! Vielleicht geschah das nur im Nebenzweck. — **So endet die Aussage dieses kassischen Polizeizeugen, der von einem gutgelegenen Beobachtungsloft in völliger Ruhe seine Beobachtungen hat machen können!**

Vernommen werden kann eine Frau Kreutzer, die am 30. Oktober wegen eines Einkaufs bei Morgenstern auf dem Heimwege belästigt worden ist, und zwei Zeugen Aloise und Granschow, die nach dem 29. Oktober am anderen Morgen aufgerissenes Bürgersteigpflaster sahen. Granschow, der an der Ecke der Reinickendorfer und Wiefenstraße wohnt, sagt, etwa 15 Steine seien herausgerissen gewesen. Am Abend vorher hat er stundenlang die Vorgänge beobachtet und keine Aufforderung des Hauptmanns Kördich zu hören vernommen. Auch Zeuge Abraham, der im Eckhaus Schererstraße 1 wohnt, hörte keine Aufforderung.

Ein Zeuge Weiß, der dann aufgerufen wird, paßt sogleich einen arg zerhauchten Hut aus. Er hat ihn an der Ecke der Reinickendorfer- und Schererstraße dem Pflaster aufgeschoben und legt ihn als Beweisstück vor. Am 29. Oktober war er abends erst um 11 Uhr von der Arbeit heimgekehrt; wir Schuhmacher arbeiten gewöhnlich länger, fügt er erläuternd hinzu. Ins Haus hinein getraute er sich nicht, weil drei Schutzleute mit bloßen Säbeln davor standen. Er ging dann umher und beobachtete, wie in der Schererstraße ein Mann das Pflaster aufriß und Steine verteilte. Als einer sich weigerte, einen Stein zu nehmen, sagte der Mann: „Habt Ihr Angst vor den Blauen? Ihr Sch...!“ Ein älterer Mann trat dazwischen: „Laßt Euch nicht provozieren, nicht von den Schutzleuten und nicht von Spießhähnen!“ Blühlich rüdten Schutzleute an. Der Mann, der Steine verteilt hatte, zeigte auf einen: „Hier, der ohne Paletot!“ und schloß sich dann den in die Antonstraße hineinstürmenden Schutzleuten an. Später geriet Weiß auf der Flucht zwischen zwei Schuhmannsetten. Er hat, den Hut lüftend: „Herr Wachmeister, tun Sie mir nichts, ich will nach Hause.“ Er bekam mit flacker Klänge einen Säbelhieb über den Rücken. „Sie Maulaffe, sind Sie noch nicht zu Hause!“ Nachher beobachtete er an der Ecke der Scherer- und Reinickendorferstraße, wie ein junger Mann von vier Kriminalschutzleuten ohne ersichtlichen Grund mit Gummiknüppeln niedergeschlagen wurde.

Es werden dann aus dem „Vorwärts“ mehrere auf den Streik bei Morgenstern und die sich anschließenden Straßenvorgänge bezügliche Notizen und Artikel verlesen. Darunter sind Bekanntmachungen des Zentralverbandes der Fleischer, der vor Zugang warnt, und Artikel des „Vorwärts“, die die übertreibende Berichterstattung der bürgerlichen Presse und im besonderen des „Lokalanzeiger“ geißeln.

Herrn Freund, den Berichterstatter des „Lokalanzeiger“, fragt hier Rechtsanwalt Cohn noch, wo er sich seine Informationen geholt habe. Zeuge antwortet, er habe sich bei Polizeioffizieren und durch eigene Beobachtungen informiert und habe gegenüber den Angegriffenen des „Vorwärts“ alles aufrecht. Die Frage des Rechtsanwalts Cohn, ob dem „Lokalanzeiger“ etwa beim Polizeipräsidenten oder beim Ministerium des Innern auch Informationen über die den Artikeln zu gebende Richtung eingeholt worden seien, wird vom Vorsitzenden beanstandet. Es kommt dann zwischen dem verteidigenden Rechtsanwalt Cohn und dem Staatsanwalt Brünning zu einer Auseinandersetzung über die politische Färbung, die auch dieser Anklage wegen der Beddingunruhe wieder gegeben worden sei.

Schließlich fragt Rechtsanwalt Cohn noch den Zeugen Freund, was er sich eigentlich unter einem „Gruppenführer der sozialdemokratischen Partei“ denke. Zeuge antwortet, jener Mann habe ein „Arbeiterkontrollbuch“ vorgelesen, um zu zeigen, daß er ein Ehrenamt bestleibe. Als Wohnort habe er Pantow angegeben. Freund fügt hinzu: Wenn ich hier erwähne, daß ein Parteiführer sich über die Unruhen ärgerte, so verteidige ich doch die Partei. — **Rechtsanwalt Cohn**: Nun, Sie müssen auch die Wahrheit sagen, wenn Sie damit die sozialdemokratische Partei verteidigen.

Hiermit schließt die Sitzung. Heute um 9 Uhr ist die nächste Sitzung. In ihr beginnt die Beweisführung über die einzelnen Anklagefälle.

Parlamentarisches.

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

Sitzung am Dienstag, den 17. Januar.

Freiwillige Weiterversicherung.

Scheidet ein Mitglied, das in den vergangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen einer Klasse angehört hat, aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung aus, so kann es in einer Klasse oder Lohnstufe Mitglied bleiben, so lange es sich regelmäßig im Inlande aufhält. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde hinzugefügt, daß in einem solchen Falle der Versicherte in eine niedrigere Lohnklasse übertreten kann, was bisher verboten war.

Wer Mitglied bleiben will, muß es der Klasse binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden anzeigen. Der Anzeigefrist ist es gleich, wenn in der gleichen Frist die jagungsmäßigen Beiträge voll gezahlt werden.

Die Sozialdemokraten machten auf die Schwierigkeit in dem Falle aufmerksam, daß der Versicherte innerhalb der Weidestfrist erkrankt. Hat er sich nicht vor seiner Krankheit als freiwilliges Mitglied gemeldet, dann ist in einigen Bundesstaaten vom obersten Gericht der Unterhaltungsanspruch zurückgewiesen, in anderen Bundesstaaten anerkannt worden. Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Anspruch für solche Fälle im Gesetz ausdrücklich als berechtigt anerkannt werde. Diesen Antrag lehnten die Konservativen, Rationalliberalen und das Zentrum ab, nahmen aber den Antrag an, daß der Anspruch für die Erkrankungen innerhalb der ersten Woche nach dem Austritt aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung anerkannt wird. Dann kam es zu einer Aussprache über

das Selbstverwaltungsdrecht der Arbeiter in ihren Krankenkassen.

Die Sozialdemokraten wendeten sich entschieden gegen die Entziehung der Arbeiter in Bezug auf die Wahl des Kassenvorsitzenden; wie in erster Lesung angenommen war. Nach lebhafter Diskussion, in der Abg. Becker-Krönsberg allerlei beweislose Behauptungen über den Terrorismus der Sozialdemokraten in den Krankenkassen vorbrachte, blieb es mit Hilfe der Konservativen, Rationalliberalen und des Zentrums bei der Entziehung der Arbeiter.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen beantragte Abg. Trimborn, die Fragen, ob die Arbeiter auch in Bezug auf die Zusammenlegung des Vorstandes und des Ausschusses sowie in Bezug auf die Anstellung der Kassendeckanten entzogen werden sollen, bis zum Schluß der Beratung zurückzustellen. Inzwischen wurde der Entwurf des Einführungsgesetzes dem Reichstage und der Kommission zugehen und dann könnten jene Fragen besser entschieden werden als jetzt. Hiergegen wendeten sich die Sozialdemokraten, da dann auch die Arztfrage und alle weiteren wichtigeren Fragen verlegt werden müßten und damit die Beendigung der ganzen breiten Arbeit in diesem Jahre unmöglich sei.

Das Zentrum beschloß aber zusammen mit den Konservativen und Rationalliberalen, daß jene Fragen zurückgestellt werden.

In dieser Debatte fragte Genosse Hoch den Staatssekretär, ob der

Entwurf des Versicherungsgesetzes für Privatangestellte

auch jetzt noch dem Reichstage zugehen und zusammen mit der Reichsversicherungsordnung erledigt werden soll. Der Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte: Der Entwurf sei nur eine Vorlage der preussischen Regierung an den Bundesrat. Es sei noch gar nicht zu übersehen, wann der Entwurf an den Reichstag gelangen und welchen Inhalt er haben werde.

Vergewaltigung der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Die Konservativen beantragten von neuem die in der ersten Lesung mit Hilfe des Zentrums abgelehnte Bestimmung, daß bei den Landkrankenlassen der Gemeindeverband den Vorsitzenden und die anderen Mitglieder des Vorstandes bestellt, darunter

einen oder mehrere Stellvertreter des Vorsitzenden. Das Zentrum war bereits mit einem Ergänzungsantrag bei der Hand: es hatte sich offenbar schon mit den Konservativen über die Annahme des Antrages verständigt. Demgemäß trat auch der Staatssekretär Dr. Delbrück ganz entschieden auf. Er erklärte, daß die Regierungen das ganze Gesetz ablehnen würden, wenn nicht alle Ausnahmbestimmungen der Vorlage gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter angenommen würden. Unsere Genossen und der Pole antworteten dem Herrn, daß die Regierungen sich selbst am schlimmsten kennzeichnen würden, wenn sie aus diesem Grunde die Reform der Arbeiterversicherung scheitern lassen würden. Das Zentrum aber war angeblich so geschmettert durch die Erklärung des Staatssekretärs, daß es erklärte, es müsse sich die Sache noch einmal gründlich überlegen. Demgemäß mußte die Sitzung verlagert werden.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Das Zulagewesen bei der Marine.

Die Budgetkommission des Reichstages erörterte am Dienstag das Zulagewesen bei der Marine. Umfang und Mannigfaltigkeit dieser Zulagen werden durch folgendes Musterverzeichnis gekennzeichnet: es gibt Mess- und Tafelgelder, Funktions-, Vord- und Nachzulagen, Seefahrts- und Landzulagen, Dienstalter-, Stellen-, Ministerial-, Orts- und Verpflegungszulagen; ferner Ehrenzulagen und Dienstaufwandsentschädigungen. Für diese Zulagen sind im nächsten Etat nicht weniger als 19 915 545 M. eingestellt. Auf Veranlassung des Reichstages sind an den Tafeln- und Messgeldern im ganzen 450 000 M. gespart worden, nachdem der Reichstag im vorigen Jahre 271 574 M. vom Etat abstrich. Aber die Kürzungen sind so erfolgt, daß die höheren Offiziere kaum etwas einbüßen; viel härter, zum Teil standalös hart, sind die unteren Chargen und die Gemeinen betroffen worden. Ein Flottenchef wird auch in Zukunft jährlich noch etwa 11 500 M. Tafel- und Messgelder erhalten; sie sind von 83 M. für den Tag auf 32 M. gekürzt worden. Im Auslande erhält er auch in Zukunft täglich 60 M. Tafelgelder. Dagegen sind 10 000 Heizern zum Beispiel die 20 Pfennig-Zulage entzogen worden, obwohl sie die schwere, gesundheitschädigende Arbeit zu leisten haben. Für die Mannschaften erhöht sich der Verpflegungssatz im Auslande von 85 Pf. auf 1,03 M., also um 21 Proz., bei den Offizieren um 88 bis 200 Proz.; außerdem beziehen die Herren Offiziere nicht selten mehrere Zulagen nebeneinander, die zusammen oft erheblich höher als das Gehalt sind. Endlich haben die Offiziere noch namhafte andere Vergünstigungen.

Der Staatssekretär meinte, er habe doch das Zulagewesen ganz nach den Wünschen des Reichstages, das heißt seiner bürgerlichen Mehrheit, geregelt. Der Vorschlag der Freisinnigen, zur Prüfung des Zulagewesens eine Subkommission einzusetzen, wurde mit dem Hinweise bekämpft, dabei würden wahrscheinlich wieder höhere Zulagen herauskommen; gerade die Liberalen hätten sich vor einigen Jahren in dieser Richtung betätigt. — Von sozialdemokratischer Seite wurde scharf gegen die Abzüge bei den Heizern protestiert; die Abzüge seien um so mehr zu verurteilen, als sich der Reichstag auf sozialdemokratische Anregungen hin für die Erhöhung der Lohnsätze ausgesprochen habe. Wenn sich das Zentrum jetzt einer Reform des Zulagewesens widersetze, handle es nur aus politischen Gründen; aus gleichen Gründen hätten damals die Liberalen die Wünsche der Verwaltung erfüllt. Direkt gefährlich sei die Subventionierung der nichtamtlichen „Marinerundschaan“ mit 20 000 M.; außerdem erhalte ein Offizier noch eine Extrazulage als Redakteur; gelegentlich leiste sich gerade diese Zeitschrift politische Extrabargungen, so vor kurzem erst eine kleine Englandhefte. Der Versuch der Verwaltung, die Abzüge für die Heizer damit zu begründen, daß Heizer, die auf Grund der allgemeinen Dienstpflicht dienen, keine Extrazulagen zu beanspruchen hätten, wird von sozialdemokratischer Seite scharf zurückgewiesen. Für die Heizer müßten die Zulagen durch Ersparnisse bei höheren Stellen wieder herausgeholt werden. — Einige vorliegende Anträge sollen bei den entsprechenden Etatspositionen erledigt werden.

Aus der Partei.

Gabriel Löwenstein †.

Unser Parteiveteran Gabriel Löwenstein ist Dienstag mittag, 85 Jahre alt, in Nürnberg an einer Lungenentzündung gestorben.

Löwenstein gehört zu den ältesten Parteimitgliedern und zu den Gründern der Eisenacher Richtung. Schon 1869, auf dem Verbandstage der Arbeiter-Bildungsvereine in Nürnberg, sah der Vortommacher Gabriel Löwenstein neben Bebel im Vorstände des Verbandstages als zweiter Vorsitzender. Er war die Seele der Nürnberger sozialdemokratischen Bewegung und hat als Vertreter der dortigen Genossen die meisten der ersten Parteitage besucht. Bis in die neunziger Jahre war der alte Löwenstein überall zu sehen, wo die Partei im Kampfe stand oder über schwierige Fragen zu Rate sah. Er widmete sich später fast ausschließlich der Gemeindepolitik, der er sich schon in jüngeren Jahren mit großem Eifer zugewandt hatte. Auch in den bayerischen Landtag zog er ein, dort wesentlich kommunale Fragen und die Staatsarbeiterverhältnisse behandelnd. In den letzten Jahren wurde er häufiger von Krankheiten heimgeführt, so daß mehr wie einmal das Gerücht von seinem Tode auftauchte. Aber immer wieder gelang es ihm, die Krankheit zu überwinden und emporkommen, und noch vor ein paar Jahren gelegentlich des Nürnberger Parteitages bewegte er sich frisch und wohl-gelaunt unter der Schar der Delegierten.

Das deutsche Proletariat verliert in dem Verstorbenen einen seiner Besten; weit über die Grenzen Deutschlands hinaus wird das Hinscheiden Löwensteins lebhafteste Teilnahme und tiefe Trauer erwecken. Die großen Verdienste des alten Löwenstein um die Arbeiterbewegung werden in den Herzen der Genossen in dauerndem Andenken bleiben.

Fortschritte in der Organisation.

Der Sozialdemokratische Verein für den 18. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig-Land) hat auch im zweiten Halbjahr 1910 eine weitere erfreuliche Steigerung seiner Mitgliederzahl aufzuweisen. Während im vergangenen Geschäftsjahr 1200 Ausnahmen zu verzeichnen waren, wurden allein im vergangenen halben Jahre 1511 neue Mitglieder aufgenommen, 1175 männliche und 336 weibliche. Die Mitgliederzahl, die am Schluß des vorigen Geschäftsjahres 24 945 betrug, ist nunmehr auf 26 456 gestiegen. Die Einnahme der 68 Ortsvereine des Kreisvereins beliefen sich auf 57 498,10 M., die der Hauptkasse (einschließlich 33 804,51 M. Beiträge der Ortsvereine) 47 683,74 M. An den Parteivorstand wurden 12 000 M. abgeliefert, der Kassenbestand beträgt 17 895,48 M.

Von der sozialdemokratischen Presse in der Schweiz.

Seit Neujahr erscheint in Chur ein neues Parteiblatt für die Arbeiterschaft des Kantons Graubünden unter dem Titel „Bündner Volkswacht“. Das Blatt erscheint wöchentlich und die Redaktion besorgt Genosse Dr. Samser. Er ist auch der Leiter des am 1. Januar 1911 eröffneten neuen bündnerischen Arbeitersekretariats. — Das Organ der sozialdemokratischen Jugendorganisation in der Schweiz „Der Jungbündler“, hat seinen Namen in „Die freie Jugend“ umgewandelt. Zugleich wurde das Format des achtseitig erscheinenden Blattes vergrößert.

*) Das von uns herausgegebene Extrablatt ist selbstverständlich nicht auf das vom Zeugen behauptete Gespräch zurückzuführen, von dessen Inhalt wir erst durch diesen Bericht Kenntnis erhalten. Rühren die Märchen des „Lokalanzeiger“ über die Beddingunruhen von demselben Zeugen her?

Jugendbewegung.

Die preussische Regierung im Kampf gegen die Jugendbewegung.

Der preussische Minister des Innern, Herr v. Dallwitz, ist seit einiger Zeit, den Kampf gegen die freie Jugendbewegung mit allem Nachdruck zu führen und in diesem Kampf zu siegen oder — in irgendeiner Pensionatsform über die Grenzen beschränkter Regierungsmacht nachzudenken. Er hat an die preussischen Regierungspräsidenten folgende Anweisung gegeben:

Der Minister des Innern. Berlin, den 23. Nov. 1910. Durch das in dem Reichsvereinsgesetz enthaltene Verbot der Beteiligung von Personen unter 18 Jahren an politischen Vereinen usw. hat die Sozialdemokratie sich bekanntlich genötigt gesehen, nach Formen zu suchen, in denen sie die seit einer Reihe von Jahren betriebene Agitation zur Organisation der arbeitenden Jugend ungehindert fortsetzen konnte.

Die Angelegenheit kam auf dem Rürnberger Parteitag 1908 zur Beratung und führte zu der Beschlusfassung, daß die Organisationen — politische wie gewerkschaftliche — für die Erziehung der Jugend in der proletarischen Weltanschauung zu sorgen haben. Zu dem Behufe seien örtliche Kommissionen zu bilden, welche, ohne der politischen oder gewerkschaftlichen Organisation angegliedert zu sein, in öffentlichen, allen Jugendlichen zugänglichen und angelegentlich unpolitischen Veranstaltungen das in Rede stehende Erziehungsziel auszuführen haben. Dem Beschluß wurde eine Deklaration des Inhalts hinzugefügt, daß lokalen Jugendorganisationen unpolitischen Charakters nichts im Wege steht.

In Berlin und Umgegend bestand seit 1904 eine solche vereinsmäßige Organisation, welche in Uebereinstimmung mit dem oben erwähnten Parteitagbeschlusse weiter unterhalten wurde. Wegen dieser Organisation verfiel der hiesige Polizeipräsident zu Anfang die Auflösung mit der Begründung, daß sie ein politischer Verein sei, als solcher keine Erziehungsberechtigung habe, da sie es sich zur Aufgabe mache, Personen unter 18 Jahren als Mitglieder aufzunehmen, also einen strafgesetzwidrigen Zweck verfolge. (§§ 1, 17, 18, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.) Die gegen die Auflösung im Verwaltungsstreitverfahren erhobene Klage ist durch Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 14. Oktober 1910 abgewiesen.

Der Minister führt nun aus, daß das Verbot den politischen Charakter der freien Jugendorganisation und ihren engen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie festgestellt habe und führt dann fort:

Die in dem Urteil enthaltenen Rechtsausführungen zeigen den Weg, auf dem es möglich sein wird, den sozialdemokratischen Bestrebungen zur Gewinnung der Jugend mit Erfolg entgegenzutreten.

Die Schädlichkeit der in Rede stehenden Agitation macht es dringend nötig, von jeder sich bietenden Handhabe zu ihrer Eindämmung den schärfsten Gebrauch zu machen. Indem ich auf den wegen der Jugendorganisation schon ergangenen Erlass vom 23. April 1908 — 6528 — Bezug nehme, übersehe ich Euer (Hochwohlgeborenen, Hochgeborenen, Durchlaucht) anbei ergebene einen Abdruck des Urteils des Oberverwaltungsgerichts vom 14. Oktober 1910 mit dem Ersuchen, die Polizeibehörden, soweit dies den örtlichen Verhältnissen nach geboten ist, mit den darin aufgestellten Rechtsgrundsätzen bekannt zu machen und sie anzuweisen, zu prüfen, ob in ihren Dienstbezirken sich ein Anlaß zum Einschreiten bietet.

Die Jugendkommissionen selbst werden in der Regel als politische Vereine angesehen und behandelt werden können. In Magdeburg ist ein solcher Fall, dem eine gegen den Vorsitzenden des dortigen Jugendbildungsausschusses gerichtete Anklage wegen Uebertretung des § 3 R.-V.-G. zugrunde lag, bis zur Revisionsinstanz — Oberlandesgericht in Naumburg — erfolgreich durchgeführt worden. In dem Urteil vom 16. August 1910 hat das Oberlandesgericht anerkannt, daß der Jugendbildungsausschuß ein politischer Verein sei, denn ein Verein, der sich die Verbreitung sozialdemokratischer Ideen zur Aufgabe mache, bezwecke die Erörterung solcher Angelegenheiten, die unmittelbar den Staat und seine Gesetzgebung betreffen.

Euer (Hochwohlgeborenen, Hochgeborenen, Durchlaucht) ersuche ich ergebenst, hiernach das weitere gefälligst zu veranlassen und mir über alle Fälle, in denen strafrechtlich oder im polizeilichen Exekutivwege gegen sozialdemokratische Jugendbestrebungen eingeschritten wird, zu berichten. gez. von Dallwitz.

Der Magdeburger Regierungspräsident ließ dann unter dem 4. Dezember 1910 den ihm unterstellten Landräten eine Instruktion zugehen, der wir folgendes entnehmen:

Bei der Bedeutung der Angelegenheit ersuche ich um ernste Erwägung, inwieweit etwa nach dem Vorgange des Berliner Polizeipräsidenten gegen dort bestehende sozialdemokratische Jugendorganisationen in gleicher Weise wird eingeschritten werden können. Da Fesseln und leibninstanzliche Aufhebungen eine Gefahr gegen das Vorgehen gegen die Sozialdemokratie enthalten, stelle ich ergebenst anheim, sofern das Material nicht ausreichend erscheint, die Angelegenheit hier zur Vorlage zu bringen.

Getrennt von der Frage, ob die Jugendorganisationen als politische Vereine anzusehen sind, geht die Entscheidung, ob die zur Beteiligung der Jugend eingerichteten Turn-, Gesang-, Besichtigungs-, Bildungs- und anderen Veranstaltungen als politische Vereine und Versammlungen, bei denen also die Teilnahme von Personen unter 18 Jahren verboten ist, als politische anzusehen sind oder nicht. Im Verjahungsfall kann nach § 18, 5. u. 6. R.-V.-G. Verurteilung erfolgen. Ich ersuche auch diejenige Veranstaltungen ihre ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden, und falls bei ihnen ein politischer Moment im Sinne der Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten und des Oberverwaltungsgerichts-Erkenntnisses nachweisbar ist, mit Verurteilungen gegen Leiter und jugendliche Teilnehmer vorzugehen. Wie weit Euer (Hochwohlgeborenen, Hochgeborenen) die Ortspolizeibehörden in den Städten und auf dem Lande mit Anweisung, die vielleicht auch mündlich erfolgen kann, versehen wollen, überlasse ich Ihrem Ermessen. gez. von Kleffsch.

An die Herren Landräte pp. Also ein Feldzug gegen Stills. Schade ist es eigentlich, daß man die Instruktionen nicht kennt, die von den „Hochwohlgeborenen“ und „Hochgeborenen“ Landräten den Amts- und Gemeindevorstehern erteilt wurden. Diese Herren geben dann wieder den Gendarmen und Polizisten Anweisung und dann kann die Schnüffel-einsehen.

Gerichts-Zeitung.

Der „M“ vor Gericht.

Die so vielfach erörterte Klage der Bonner Vorrußen bildete den Ausgangspunkt einer Klage wegen Verleumdung der Mit-

glieder der Bonner Strafkammer, die heute zum zweitenmal vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz der Landgerichtsdirektors Weckmann verhandelt wurde. Angeklagt sind der verantwortliche Redakteur des „M“ Schriftsteller Fritz Engel und der Geschäftsführer Joseph Lewin. Den Gegenstand der Verleumdung bilden zwei Beiträge, die in der Nummer vom 19. Juni 1910 unter den Titeln „Die heitere Themis, eine Gerichtsverhandlung“ und „Milde Richter“ veröffentlicht worden sind.

Die erste Verhandlung, die am 5. November stattgefunden hatte, war verlegt worden, weil Gelegenheit zur Einleitung von Vergleichsverhandlungen gegeben werden sollte. Die Vergleichsverhandlungen scheiterten jedoch daran, daß der Angeklagte Engel es ablehnte, die Erklärung, von deren Aufnahme im „M“ die Mitglieder der Bonner Strafkammer die Jurisdiktion des Strafverfahrens abhängig machten, in der überfandten Form erscheinen zu lassen. Gleichwohl veröffentlichte der Angeklagte Engel in einer Nummer des „M“ eine Erklärung, in der er zum Ausdruck brachte, daß ihm die Absicht, das Richterkollegium zu beleidigen, fernzulegen habe. Bei der darauf folgenden Vernehmung des Angeklagten wies der Angeklagte Engel darauf hin, daß die Redaktion des „M“ eine vollständig selbständige sei, und daß eine völlige Trennung zwischen der Redaktion des „M“ und dem Berliner Tageblatt bestehe. Eine äußere Verbindung sei nur insoweit vorhanden, als der „M“ als Beilage zum „Berliner Tageblatt“ erscheine. Als verantwortlicher Redakteur des „M“ lese er das „Berliner Tageblatt“ nur so wie jede andere Zeitung. Zur Sache selbst erklärte der Angeklagte Engel, daß die beiden Artikel der Ausfluß der Erregung gewesen seien, in die er durch die Berichte über die Bonner Verhandlung veretzt worden sei: Es sei doch nun einmal eine nicht zu leugnende Tatsache, daß das Benehmen der Bonner Korpsstudenten ein unqualifizierbares gewesen sei. Die Artikel hätten lediglich den Zweck gehabt, eine übergroße Konnivenz gegen den studentischen Humor in Zukunft zu verhindern. Auch die milden Strafen und die Urteile namhafter Juristen, deren Ansichten sich mit der seinigen gedeckt haben, hätten ihn zu der Veröffentlichung bestimmt. Der Angeklagte betonte, daß ihm die Absicht einer Verleumdung des Gerichts völlig fernzulegen habe; er habe nur die Absicht gehabt, den Eingefall in Verbindung mit anderen Erscheinungen in unserer Rechtspflege zu verallgemeinern. Nicht zum letzten sei für die Aufnahme der Artikel die Tatsache maßgebend gewesen, daß alle Angeklagten und auch die als Zeugen vernommenen Korpsstudenten bekundet hätten, sie seien sinnlos betrunken gewesen, so daß sie die Vorgänge nicht wiederzugeben könnten. Gerade diese sinnlose Trunkenheit, auf deren Schädlichkeit auch von allerhöchster Stelle wiederholt hingewiesen worden sei, sei ein Grund zur Veröffentlichung der Beiträge gewesen. — Der Angeklagte Lewin sagte aus, daß er zur Zeit des Erscheinens der betreffenden Nummer des „M“ der alleinige Leiter des großen Druckereibetriebes von Rudolf Kasse gewesen sei und deshalb für ihn eine Unmöglichkeit vorgelegen habe, tatsächlich von dem Inhalte einer der gedruckten Schriften vor dem Erscheinen Kenntnis zu nehmen.

Landgerichtsrat Westphal-Bonn ist Referent in dem Prozesse gewesen. Er befandete unter anderem: Der Vorsitzende habe die angeklagten Studenten in keiner Weise anders behandelt als andere Angeklagte. Er habe sich in keiner Weise Uebergriffe der Studenten gefallen lassen; im Gegenteil, er habe es entschieden zurückgewiesen, als einmal bei einer Vernehmung eines Angeklagten gerügt wurde. Der Verlauf der Verhandlung schätze er vollständig aus, daß jemand hätte annehmen können, diese Herren würden irgendwie anders behandelt als andere; sie seien im Gegenteil in manchen Dingen schlechter behandelt worden, denn sie hätten beispielsweise während der ganzen Verhandlung stehen müssen. Mit Korpsbändern und Mützen sei keiner der Angeklagten erschienen, einige, die beim Militär dienten, trugen ihre Uniform. — Es folgte die Verlesung des Urteils des Bonner Landgerichts, durch welches drei Studenten zu je 80 M., einer zu 50 M., zwei zu je 30 M. verurteilt, die übrigen Angeklagten freigesprochen wurden. Das Urteil stellt fest, daß in der Tat schwere Exzesse der Bonner Studenten vorgekommen seien, die nach sachverständigem Gutachten erhebliche Gefährdung des Transports darstellten. Dazu gehören insbesondere die Entfernung der Signallaternen, das nach zur rechten Zeit entdeckte Regen eines Steines in das Bahngleise. Im ganzen sind 37 Fenster zertrümmert worden. Die Urheber der schwersten Ausschreitungen haben trotz eingehendster Nachforschungen nicht ermittelt werden können. Wahrscheinlich seien an einer dieser Ausschreitungen Westphal oder Teutonen, an einer anderen ein Pfälzer beteiligt gewesen. Die Bahnbeamten haben keinen der Angeklagten als Täter bezeichnen können. Es konnten nur drei der Angeklagten wegen Sachbeschädigung, einer wegen Verleumdung eines Bahnbeamten und zwei wegen Bahnpolizeiübertretung bestraft werden. Das Urteil weist zum Schluß darauf hin, daß zweifellos schwere und höchst bedauerliche Ausschreitungen vorliegen, die nicht bloß im jugendlichen, überschäumenden Uebermut begangen seien, sondern die eine gewisse Rohheit und Fälschlichkeit, eine Nichtachtung fremden Rechts und fremder Persönlichkeit bezeugten. In Betracht komme ferner, daß man in früheren Fällen, in welchen ähnliche, wenn auch nicht so schwere Ausschreitungen vorgekommen, zu nachsichtig gewesen ist, endlich, daß kein Angeklagter vorbestraft und der angerichtete Schaden vollständig ersetzt worden ist. — Staatsanwalt Müller beantragt gegen Engel 450 M. Geldstrafe eventuell 30 Tage Gefängnis, gegen den Angeklagten Lewin die Freisprechung. — Justizrat Kasse beantragte bezüglich des Angeklagten Lewin, auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse zur Last zu legen. Was den Angeklagten Engel betrifft, so ersuche die beantragte Strafe zu hoch. — Das Gericht kam zur Beurteilung des Angeklagten Engel in dem einen zur Anklage stehenden Falle. Ein Blick auf die Vorlesung der Vorlesung, also, kann öffentliche Zustände und Mißstände kritisieren, diese Kritik müsse sich aber innerhalb der erlaubten Grenzen halten. Diese Grenzen seien in diesem Falle bei weitem überschritten, denn den Richtern werde der Vorwurf gemacht, daß sie in sprachlicher, liebevoller Weise Unterschied in der Behandlung und Beurteilung von Angeklagten je nach deren Angehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsklasse machen. Wenn auch nicht die Absicht, so habe doch das Verwüsten der Verleumdung den Angeklagten innewohnen. Während sei erwogen, daß der Angeklagte nachträglich das seinige getan hat, um den Richtern Genugtuung zu gewähren. Das Urteil gegen ihn lautete auf 300 M. Geldstrafe eventuell 20 Tage Gefängnis. — Der Angeklagte Lewin wurde freigesprochen und die ihm erwachsenen nötigen Ausgaben der Staatskasse zur Last gelegt. Wenn in Roabit die gegen die Bonner Vorrußen an den Tag gelegte Milde angewendet wäre, hätte dann auf die enormen Freiheitsstrafen erkannt werden können?

Aus aller Welt.

Untergang eines deutschen Unterseebootes.

Ein schwerer Unfall hat am Dienstagvormittag die deutsche Marine getroffen. In der Heisterdorfer Bucht im Kieler Hafen ist eines der acht Unterseeboote, die die deutsche Marine besitzt, das Boot „U 8“, mit der gesamten Besatzung von 30 Mann gesunken. Bis zum Abend gelang es, 27 Mann zu retten; aller Voraussicht nach werden auch die noch im Turm des Bootes befindlichen drei Mann gerettet werden können. Ueber die Einzelheiten des Unglücks unterrichten folgende Telegramme:

Berlin, 17. Januar. Wie wir an unterrichteter Stelle erfahren, ist der Unfall des Unterseebootes „U 8“ wahrscheinlich infolge unachtsamigen Vollaufens einer Abteilung des Bootes entstanden. Eine unmittelbare Gefahr für die Besatzung liegt nicht vor, zumal der Sauerstoffvorrat für mehr als 48 Stunden ausreicht. Das Bootkommando ist bereits durch die Telephonboje mit der Außenwelt in telephonischer Verbindung getreten.

Kiel, 17. Januar. Der Inspektor des Torpedowesens Konteradmiral Lang leitet die Hebungsarbeiten. Außer dem Dorschboot „Dulkan“ ist auch das Unterseeboot „U 5“ zur Stelle.

Berlin, 17. Januar. Die Bergungsarbeiten am gesunkenen Unterseeboot „U 8“ sind in gutem Fortgang. Die Besatzung ist am Leben. Die Verstorbenen liegen bereits über Wasser.

Kiel, 17. Januar, 6 Uhr 15 Minuten abends. Das gesunkene Unterseeboot „U 8“ hängt im Schwimmkran der kaiserlichen Werft, schrägt mit dem Bug nach oben und ist soweit gehoben, daß 27 Mann der Besatzung das Boot durch das im Bug befindliche Torpedobootlangrohr haben verlassen können. Im Kommandoturm des Bootes befinden sich noch drei Mann, nämlich der Kommandant, der Wachoffizier und der Rudergänger, die noch nicht geborgen werden konnten, da der Mißschiff befindliche Kommandoturm sich durch die schräge Lage des Bootes noch unter Wasser befindet. Das Unterseeboot ist durch den Schwimmkran gehoben worden, weil das Torpedobootschiff „Dulkan“ sich gerade im Trockendock befand und daher später, als der Schwimmkran an der Unfallstelle eingetroffen war.

Die Versuche mit Unterseebooten sind in Deutschland noch neueren Datums. Erst 1906 wurden die Probefahrten des ersten deutschen Unterseebootes „U 1“ in weitem Umfange aufgenommen. Seitdem hat sich, wie die „Post“ schreibt, die Zahl der ersten Boote bewährten, die Zahl der Unterseeboote schnell vermehrt. Die sämtlichen deutschen Unterseeboote sind auf der Germania-Werft in Kiel entstanden. „U 8“, das jetzt gesunkene Schiff, ist 1907 gebaut worden. Die deutschen Unterseeboote haben den Typ eines als Hochseeboot geltenden „Tauchbootes“. Maßgebend waren hierfür die schwierigen Verhältnisse der deutschen Meere mit den weit vorgelagerten Bänken und den besonders an den Mündungen der in die Nordsee sich ergießenden Flüsse für kleine Boote gefährlichen Grundseen. Deshalb konnten nicht die in England und Frankreich üblichen „Unterwasserboote“ bei uns gebaut werden, sondern es mußte zu dem in der Konstruktion weit schwierigeren Typ des „Tauchbootes“ geschritten werden. Brauchbarere Konstruktionen derartiger Boote gibt es erst seit ungefähr 7 Jahren, so daß die deutsche Marine aus diesem Grunde nicht eher an energische Versuche mit Unterseebooten herangehen konnte. Die bei uns bis jetzt gebauten Tauchboote haben sich im allgemeinen gut bewährt. Die Marine ist auch bis heute vor einem ersten Verlust auf diesem Gebiete bewahrt geblieben.

Skandalaffäre in der amerikanischen Marine.

Wie der „Petite Republique“ aus New York gemeldet wird, hat der Vizeadmiral Thomas den Vizeadmiral Barry seines Postens als Befehlshaber des Geschwaders des Stillen Ozeans wegen homosexueller Tätigkeiten, die an Mannschaften des Geschwaders begangen wurden, entlassen. Präsident Taft hat das betreffende Dekret bereits unterzeichnet.

Fromme Fürsorge.

Die „Kreuzzeitung“ lobt die Anregung eines Seelenhirten, den Kinematographen in den Dienst der Kirche zu stellen. Es sollen Films mit Bildern aus dem Leben der kirchlichen Arbeit, der Mission und ähnlicher Gebiete vorgeführt werden, es werde dann eines der Mittel gewonnen werden, dem Einreihen der Juchstlosigkeit und Pietätlosigkeit der Gesetz- und Gottlosigkeit zu wehren.

Vielleicht nimmt die preussische Regierung diese Anregung in ihr Programm zur Rettung der Jugend vor der Sozialdemokratie auf. Verbunden mit der phonographischen Wiedergabe einiger Lamentationen des Kultusministers Troitz zu Solz über die ungeborenen Gefahren, die der proletarischen Jugend aus der Aneignung von Wissen drohen, versprechen wir uns von derartigen Veranstaltungen großen Erfolg.

Kleine Notizen.

Vom verunglückten Ballon „Gildedrand“. Gestern nachmittag gelang es, die Leiche des Ballonführers, Rechtsanwalt Dr. Kohrs, an Land zu bringen. Die Leiche des Profuristen Reidel fiel bei den Bergungsversuchen aus dem Ballonkorb ins Wasser und versank. Die Gondel des Ballons ist geborgen. Die Uhr des Rechtsanwalts Dr. Kohrs war um 7 1/2 Uhr stehen geblieben. Danach haben die Insassen wahrscheinlich schon nach zweifündiger Fahrt einen Landungsversuch unternommen.

Eine Doppelhinführung. Im Hofe des Insterburger Gefängnisses wurden gestern früh die beiden zum Tode verurteilten russisch-polnischen Landarbeiter Wladislaw Kurawski und Peter Galat, die ihren Arbeitskollegen Solowowski im August vorigen Jahres getötet und beraubt hatten, hingerichtet.

Bergarbeiterlos. Auf der Konfordgrube bei Zabrze starben beim Hauerabbau große Kohlenmassen nieder. Hierbei wurde der Bergmann Püttel erschlagen, ein anderer Bergmann konnte gerettet werden.

Nord an einem Nützigen. Im Wiener Gemeindebezirk Wiggittenau wurde gestern nachmittag der achtzigjährige Agent und frühere Vaupeulant Jakob Dedejan, ein naturalisierter Russe, in seinem Kabinett mit zahlreichen, von Dolchstichen herrührenden Wunden bedeckt aufgefunden, denen er im Krankenhaus, wohin er sofort gebracht wurde, erlag. Der mutmaßliche Täter, ein aus der Türkei stammender ehemaliger Angestellter Dedejans namens Creman, befindet sich in den Händen der Polizei. Das Motiv der Mordtat ist noch nicht aufgeklärt.

Marokkanische Grausamkeit. Der Scheich von Noubbau hat den Sohn des Scheichs von Wegmaa blenden lassen, indem er ihm flüssiges Blei in die Augen träufeln ließ. Infolge dieses Verfalls befürchtet man Kämpfe unter den Eingeborenen.

Abzahlgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Berliner Credit-Haus... Credit-Haus Moabit

Lubascher, S. Spandau... Auf Abzahlung gibt Wilh. Neumann...

Wolter, Carl... Alkoholfreie Getränke... Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertret. Otto Starick... Franz Abraham... Beste Brause

Bestes alkoholfreies Getränk... Arbeiter-Bekleidung... F. Falk!

Nohnen & Jöring... Bäckerin, Konditor... Feronia

Alleinig-Fabr. Gebr. Hagen Nachf. Max Hagen... Gaeckicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brodbäckerei... Buehl & Sohn... Bäckeri „Nordstern“

Carl Kappler... Kunze, Grossbäckerei... Rich. Liebenow

Heinrich Wittler... Badeanstalten... Brauerei „Germania“

Bürger-Bad... Canitz-Bad... Central-Bad

Bad Frankfurt... Hohenstaufen-Bad... Kur-Anstalt „Löser“

Kuranstalt M. Schulz... Kur-Anstalt „Löser“

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Köhn's Samariter-Bad... Berliner Credit-Haus... Credit-Haus Moabit

Lubascher, S. Spandau... Auf Abzahlung gibt Wilh. Neumann...

Wolter, Carl... Alkoholfreie Getränke... Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertret. Otto Starick... Franz Abraham... Beste Brause

Bestes alkoholfreies Getränk... Arbeiter-Bekleidung... F. Falk!

Nohnen & Jöring... Bäckerin, Konditor... Feronia

Alleinig-Fabr. Gebr. Hagen Nachf. Max Hagen... Gaeckicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brodbäckerei... Buehl & Sohn... Bäckeri „Nordstern“

Carl Kappler... Kunze, Grossbäckerei... Rich. Liebenow

Heinrich Wittler... Badeanstalten... Brauerei „Germania“

Bürger-Bad... Canitz-Bad... Central-Bad

Bad Frankfurt... Hohenstaufen-Bad... Kur-Anstalt „Löser“

Kuranstalt M. Schulz... Kur-Anstalt „Löser“

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Cacao, Chocolate... Die Fabrikate der „Sarotti“... Cigarrenhandlung

Hugo Ahronfeld... Max Arnsdorff... Carl Brinlitzer

Carl Brinlitzer... Dombrowsky... Holz & Ascher

König... Pappelbaum... Wagner, P.

Westmann... Wolff... A. Kieper, Nowawes

Friedrichstrasse 28... Bouillon-Würfel... Nährmittel-Gesellschaft

„Krone“... Michaelis & Co. G.m.b.H. Berlin SW. 47

Butter, Eier, Käse... J. F. Assmann... Arenz & Poper

Butterhandlung... Ackermann... Oskar Beck

Fritz Bariz... Buntrock, W. A. Daweritz... Carl Franke

Göbel, Wilh. Fried. Göseke, 7 Filialen... F. Hagen 22

August Holtz... Hoffmann, R. Ober-Schöneberg... Kosmalla, E.

Maeding, J. Markthalle, Adressr. Ernst Memeler-Str. 74

Müller, Ernst Max... Nordstern... Nordstern

W. Riesner... Ernst Schneider, Spandau... Schröter, R.

A. Talman... Uhly & Wolfram... Vereinigte Pommersche Meiereien

Georg Wynder... Cacao, Chocolate... Die Fabrikate der „Sarotti“

Cigarrenhandlung... Hugo Ahronfeld... Max Arnsdorff

Carl Brinlitzer... Dombrowsky... Holz & Ascher

König... Pappelbaum... Wagner, P.

Westmann... Wolff... A. Kieper, Nowawes

Friedrichstrasse 28... Bouillon-Würfel... Nährmittel-Gesellschaft

„Krone“... Michaelis & Co. G.m.b.H. Berlin SW. 47

Butter, Eier, Käse... J. F. Assmann... Arenz & Poper

Butterhandlung... Ackermann... Oskar Beck

Fritz Bariz... Buntrock, W. A. Daweritz... Carl Franke

Göbel, Wilh. Fried. Göseke, 7 Filialen... F. Hagen 22

August Holtz... Hoffmann, R. Ober-Schöneberg... Kosmalla, E.

Maeding, J. Markthalle, Adressr. Ernst Memeler-Str. 74

Müller, Ernst Max... Nordstern... Nordstern

W. Riesner... Ernst Schneider, Spandau... Schröter, R.

A. Talman... Uhly & Wolfram... Vereinigte Pommersche Meiereien

Brenneke, C. W. Brenneke... G. Brucklacher... Otto Döring

Gericke & Wolfram... Rob. Helmze... C. Müller

Jacob, Otto... Jungbluth... Carl Karstadt

Kniehase, A. Fritz Köhler... Kurt Krancke... Paul Krüger

Gust. Lenz... Löhke, Ernst... Markwart, Bernh.

Max Arnold... Carl Brinlitzer... Dombrowsky

Holz & Ascher... König... Pappelbaum

Wagner, P. Westmann... Wolff... A. Kieper, Nowawes

Friedrichstrasse 28... Bouillon-Würfel... Nährmittel-Gesellschaft

„Krone“... Michaelis & Co. G.m.b.H. Berlin SW. 47

Butter, Eier, Käse... J. F. Assmann... Arenz & Poper

Butterhandlung... Ackermann... Oskar Beck

Fritz Bariz... Buntrock, W. A. Daweritz... Carl Franke

Göbel, Wilh. Fried. Göseke, 7 Filialen... F. Hagen 22

August Holtz... Hoffmann, R. Ober-Schöneberg... Kosmalla, E.

Maeding, J. Markthalle, Adressr. Ernst Memeler-Str. 74

Müller, Ernst Max... Nordstern... Nordstern

W. Riesner... Ernst Schneider, Spandau... Schröter, R.

A. Talman... Uhly & Wolfram... Vereinigte Pommersche Meiereien

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Robert Bludschus Nachflg. Danziger Fleisch-Centrale... Rich. Deckert

Anton Fehlau... Fleisch-Zentrale Charlottenbg. A. Joers

August Haifer... I. Geschäft: Dirksenstr. 4/4, II. „Kantinen-Allee 62, III. „Schallstr. 29.

Fleisch- u. Wurst-Centrale... Oskar Fritsch... L. Friede

Gerhard... Eduard Grunwald... Otto Grube

Herm. Hartmann... Hegel, Wilh. Conrad Heckel

Mirschfeld, J. Georg Heiter... Carl Jacobczyk Spandau

Albert Jähner... Fritz Jentsch... Jul. Kempe

Oskar Klähn... Fritz Klein... August Koch

A. Köhn... Ernst Kuntze... Lebensmittel-Großhandlung

Linke's Fleischzentrale... Herm. Leucht... Wilhelm Liebherr

Gebr. Erbuth... O. Naefe... Taubert, J.

See-Flachhandlungen... C. Ahlers & Co. C. Dittmann

Kahl... Chr. Kroog... Hans Kunkel

Winkler & Barthold... Fleischer u. Wurst... Peter Rechel

Rhinow, A. Adolf Nagel... Karl Petrich... Jul. Pyttlik

Fritz Rasch... Peter Rechel... Reinhold

Walter Rudolph... Otto Menzel... Gottfr. Meussling

Josef Michel... Adolf Nagel... Karl Petrich

Wilh. Vogel... C. Wiese... August Will

Wurst-Centrale... Paul Zwarg... Glas u. Porzellan

Floeder & Kroll... Karl Harms... Gramoph., Sprechm.

Becker, W. Hoyer, A. Look's Rollschuh-Centrale

Phonographen-Ratz... Sprechmaschinen-Centrale

Arthur Kühn... Rogenz, S. O. Wandelt

Haus- u. Küchengeräte... G. Böhlke... Dähnert, O.

Ferdinand Gombowski... Kamnick... Küchen-Schreier

Lindner, Nachf. Messow, M. Müller... Rockstroh, Karl

Sandow, Rud. Sandow, F. Otto Sandow

R. Schnapperelle... R. Wangerin... Herren-Artikel

Anton, Schönhauser Allee 116... Felix Brinkow... Magazin England

Martin Grössel... Krenig, Otto... Krause, Wilh.

Ad. Mahnke... Mempel, P. Cöpenick... Prinzenstr. 31

Scholz, Osw. Sprengel, A. Herron u. Knabengard

Amerikan. Verkaufshallen... J. Baer... Behrens, R.

Berg & Co. Besser... Max Flatau... Hirschfeld

Horron-Confektionshaus... Inhaber Perleberg... Max Kaplan

Fortsetzung siehe nächste Seite

Bettinger, Eug., Wald-See, Wickel. Conrad, Großdeffillation. Oranienstr. 207, Ecke Skaltzstr.

Ignatz Sello auch Liköre u. Säfte. Brausestr. 16 s. Filial. Kaiserstr. 2. Lagerort. Welhe, W., Hermannstr. 100.

Bredow, Otto, H. Hermannstr. 56. Otto Erdmann, Mirbachstr. 36. M. Gardels, Donsalestraße 78. Tauroggenstr. 10.

Kaufh. Kätzki, Ri. Kais. Friedr.-St. 24. Carl Klein, Hohenstr. 16, N.O. 18. Robert Kutsche, Gubenstr. 35.

Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 206. Müller, E., Wasche eig. Fabrikat. Pietschmann, Marie, Jsgowstr. 39.

Sigmund Simon Nf., Eisenstr. 123. Stewenow, Carl, Giesse-40-Corpus 19. L. Vierarm, Zionskirchstr. 101.

O. Grimm Landsberger Allee 29, auch Fische. Schmidt, E., Spandau, Halvest. 19. Stenzel, L., Berlinstr. 49 auch Obst.

Kolonie Nonnendamm. Die Märkische Bodengesellschaft, Berlin W, Leipziger Straße 123 a (Amt 1, 2156), bietet in ihren Häusern zwischen Nonnendamm und Siemens-Straße allen Wohnungsuchenden günstige Wohngelegenheit.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Teils wöchentl. 1 M. Plomben arbeitung schlecht sitzender Gebisse. Reparaturen sofort. Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55. (Hochbahnstr. Bölowstr.) 8-7.

Malchower Kautabake. Nur echt, wenn mit Zettelleinlage Johann Dannehl, Malchow. Generalvertrieb durch Carl Röcker, VII 3861, Berlin O 27, Grüner Weg 112.

Der Sieger im Wettfluge um die Gunst des Publikums ist der OXO Bouillon-Würfel der Comp. LIEBIG. Hauptvorteile: Schnellste und bequemste Verwendung. Preis 5 Pfg.

5. Schlesische Lotterie. Lose a 1 Mk. Porto u. Liste 25 Pfg. extra. 3042 Gewinne. Gesamtwert Mark 60000 40000 20000 10000. Lud. Müller & Co. Bankgeschäft Berlin C., Breitestr. 4.

Frankengeld-Zufuß- und Begräbniskasse der Berliner Knopfarbeiter. Sonnabend, den 21. Januar 1911, abends 8 Uhr, bei Knoch, Berlin, Brangelstr. 105: Ordentl. Generalversammlung.

Hochedle Kanarienvögel! Original-Stamm liefert verende unter Garantie für Bert u. leb. Ant. zum Preise von 8-25 Mk. Weibchen 3 Mk. Einzel. frei. Christ. Sondermann, Reuenborf bei Teitzingen (Hanz). Beste u. größte Züchterei d. Umgeg.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlüsselstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (sehr schöne) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager. Berlin, Gieseler Markt 4, Behnhof Str. (Hof der 'Vorwärts' erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntag geöffnet!

Freihändler! Totalauflauf! Planbühnenhaus, Baustraße 60, Spottvogel. Allerbeste Kasse empfehlenswert. Verschiedene Pländer. Belegstellen, Bettentverlauf, Aussteuerwägel, Winterpaletts, Herrenanzüge, Damenlagen, Pelzstoffe, Uhrenverkauf, Schmuckwaren, Gardinenverkauf, Tischdecken, etc.

Wohlangebot! Solas, Garnituren, Kleiderständer, Vertikals, Bilderrahmen, Spiegel, Vertikale, Stühle, Pianinos, ganze Einrichtungen, Sportbillig, große Gelegenheiten, Kleiderverkauf, 5 Stagen, Möbelverkauf, Neue Möbel, 5/6, Möbelverkauf, Sonntag geöffnet. Teilzahlung gestattet. 240/16

Widder ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisermäßigung; auch Waren aller Art. Der ganze Ofen läuft bei 4. Reichmann u. Co., Rappentstraße 4, Schleißer Bahnhof. 1901R

'Friedrich-Wilhelm'. Generalagentur; O. 112, Rahnstr. 24 II. Lebens-, Arbeiter-, Kinderversicherung. Auch Sonntag. 1863R

Mietsgesuche. Suche eine kleine Wohnung: Stube, Küche, kleine Leutz, am liebsten Vorort. Preisangabe unter K. W., Postamt 65. 112R

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft frankheitshalber billig veräußert. Schönberg, Weiningerstraße 10. 113R

Zigarrengeschäft. Einrichtungen in durchaus reeller, gewinnbringender Weise durch Karl Röcker, Berlin O. 27, Grüner Weg 112, Amt VII 3861. Tabakfabrik, Zigarren, Zigarretten engros, Hauptniederlage Nordhäuser, Danziger und Malchower Kautabake.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin O. H. Gahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße. W. G. Schmidt, Kirchstr. 14. O. H. Godelschalk, Friedrichstr. 14. Gustav Vogel, Rappentstraße 33. N. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120. N. O. S. Juch, Annamietstr. 12. J. West, Barnimstr. 42. N. W. Baumann, Bernauer Str. 9. R. Trapp, Stettiner Str. 10. Karl Mars, Luchener Str. 123. Karl Weike, Rappentstraße 49. G. Vogel, Vorplatz 37. H. Ties, Invalidenstr. 124. E. Tschand, Rindfleischstr. 24.

Vermietungen.

Zu vermieten Rixdorf, Nähe Bahnhof Hermannstr. 2 Stuben und Küche im Vorderhaus, 1 Stube und Küche im Hinterhaus, Widen für alle Geschäfte. Frau Bier, Panfau, Goltzstraße 8. 2705R

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Arbeiterinnen auf Damenwäsche verlangt Kreis, Büchsenstr. 68. Reinigungsfrauen (sogar verlangt für die Tour Schützenstr. 24/25, Dolparterre. 105R

Zum Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin.

In der Begründung zum Zweckverbandsgesetz ist die Verteilung der Stimmenzahl der Verbandsmitglieder nach dem Steuerfoll und nach der Einwohnerzahl genau festgelegt.

Table with 4 columns: Nr., Verbandsglied, Summe von Einwohnerzahl und Steuerfoll, Anzahl der Vertreter. Lists districts like Berlin, Charlottenburg, etc.

Bei Zulassung der Gemeinde Steglitz als selbständiges Mitglied des Verbandes sind statt Nr. 8 (Kreis Teltow) folgende Zahlen einzusetzen:

Table with 3 columns: Nr., Verbandsglied, Anzahl der Vertreter. Lists Kreis Teltow and Steglitz.

Verteilung der 99 Vertreter für die Verbandsversammlung auf die Verbandsglieder nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl (§ 13 Abs. 1 des Entwurfs):

Table with 4 columns: Nr., Verbandsglied, Einwohnerzahl, Anzahl der Vertreter, Bemerkung. Includes detailed notes for Berlin and other districts.

Wird die Gemeinde Steglitz, die nach der letzten Personenaufnahme 63 378 Einwohner zählt, gemäß § 1 Abs. 2 des Entwurfs als selbständiges Mitglied des Verbandes zugelassen, so sind statt Nr. 8 (Kreis Teltow) folgende Zahlen einzusetzen:

Table with 3 columns: Nr., Verbandsglied, Anzahl der Vertreter. Lists Kreis Teltow and Steglitz.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis.

Am Sonnabend, den 21. Januar, findet in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, das Stiftungsfest des Wahlvereins statt.

Sechster Wahlkreis.

Willeits zur Urania-Vorstellung am Sonntag, den 22. Januar, sind noch zu haben im Bureau des Wahlvereins, Neue Poststr. 23.

Wariensfelde. Am heutigen Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Berger, Berliner Str. 114: Generalversammlung des Wahlvereins.

Trebbin. Am Sonnabend, den 21. Januar 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus (W. Tromm): Wahlvereinsversammlung.

Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Vitoria-garten, Alte Luisenstraße: Große Volksversammlung für Männer und Frauen.

Berliner Nachrichten.

Das „National-Album“.

So soll sich ein anlässlich der künftigen „Hundertjahr-Jubiläumfeier“ der Berliner Universität „geplantes“ Bilderwerk: „Preussische Porträt-Galerie“ benamen, für welches gegenwärtig bei allen möglichen Leuten ein reger Abonnentenfang betrieben wird.

Der große „historische“ Moment, von Wilhelm II. in officio möglicherweise gesehen zu werden, hat laut Versicherung der Drahtzieher schon mächtig gezogen.

ehrbaren Gottesmännern, Jüngern des Askulaps, Plempenrittern und sonstigen Stützen des preussischen Staates, bescheiden in die Linie, was ja nur wieder der wenig rühmlichen Rangordnung entspricht, die die Preise gerade auch bei dem Universitätsjubiläum zugewiesen erhalten hat.

Wie wird sich nun jeder byzantinisch-eitle Federfuchser hätte seine ganze bisherige Tätigkeit auch nur darin bestanden, ehrfürchtig von ferne her die Hofstafeln und die dampfenden „Sammeln“ der Hofrösser zu zählen — heilen, dabei zu sein!

Als Abonnentenfang niedrigster Sorte erweist sich die von einigen Zeitungen und Familienblättern eingerichtete Abonnentenversicherung.

Zur Beleuchtung dieser Art Abonnentenfanges haben wir schon verschiedene Beiträge geliefert. Heute möchten wir folgenden hinzufügen. Das „Illustrierte Familienblatt“ hat gleichfalls diese Abonnentenversicherung eingerichtet.

Als es gibt in den meisten Fällen immer einen Haken, der es ermöglicht, die versicherten Abonnenten um ihre Hoffnungen zu bringen. Aber bei der Leichtgläubigkeit weiter Kreise wird es immer wieder genug Personen geben, die sich durch alle möglichen Versicherungen lockern lassen.

Die Teltower Kreisbahnen und die Grunewaldbahn haben im Jahre 1910 insgesamt 6 570 840 Personen befördert. Von diesen entfallen auf die Strecke Groß-Lichterfelde-Pankow-Südende 4 140 986 Personen, auf die Strecke Groß-Lichterfelde-Seehof-Teltow-Stahnsdorf-Rachnower Schleuse 989 167, auf die Strecke Alt-Glienide-Adlershof 419 220 und auf die Strecke Steglitz-Dahlem-Grunewald 1 021 467 Personen.

scheine zu 25 und 30 Pf. Auf Zeitarten führen 1886758 Personen. Zur Beförderung dieser Personen legten die Wagen der Bahnen 1 680 786 Kilometer zurück, davon die Motorwagen allein 1 488 017 Kilometer, die Anhängewagen 192 779 Kilometer.

Für das Schuttmannsdorf in Rahnsdorf, die scharfmacherische Gründung des Landesdirektors Freiherrn von Ranteuffel, wird seit Monaten und besonders in den letzten Wochen eine sehr bereite Klame gemacht.

Wir gähnen der Berliner Schuttmannschaft, unter der sich auch anständige Elemente befinden, dieses Heim. Der Polizeidienst auf der Straße ist an reger Verkehrsstelle nicht leicht und hat schon viele Schulleute invalide gemacht.

Der „verlorene“ Sohn des Reichsführers Konrad, der, wie wir berichteten, vor 8 Tagen bei einem Umzuge von Garzin nach Müncheberg i. M. vom Wagen verloren gegangen war, ist jetzt auf der Vollerddorfer Feldmark bei Budow von einem Gärtner des Gutbesizers von Flemming erjoren aufgefunden worden.

Bierfinger amputiert wurden am Montag einem 15 1/2 Jahre alten Lehrling, das in der Druckerei von Hiesenschlag, Fruchtstraße 2, an einer Röhrenmaschine verunglückte und in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Große Empörung ries gestern mittag unter den Passanten ein Vorgang hervor, über den und folgendes berichtet wird:

Heute (Dienstag) mittag begaben sich ein Fahnenträger mit vier Mann vom zweiten Garderegiment von der Kaserne in der Karlstraße nach der Kaserne in der Friedrichstraße.

Mord? Ein mysteriöser Leichensfund, der allem Anschein nach auf schweres Verbrechen hinweist, ist gestern abend in Sackwinkel gemacht worden. Dort wurde in der Nähe der Gastwirtschaft von Renach die Leiche eines etwa 40jährigen, wahrscheinlich dem Arbeiterstande angehörenden Mannes aus dem Spandauer Schiffsfabrikalsanal gefunden.

Die Spandauer Polizei rechnet daher mit der Möglichkeit, daß der Tote das Opfer eines Verbrechens geworden ist.

Der Unbekannte ist etwa 1,78 Meter groß, hat dunkle Haare und Vollbart. Er war mit dunklem Jackett und Hofen, blauen Sweater, weißem Chemisett und Stechragen, einem grauen wollenen und einem reinenhemd bekleidet und trug schwarze Strümpfe und Schuhe.

Am Rahnsdunck erstickt ist in der vergangenen Nacht der 45 Jahre alte Wächter Karl Ferner aus der Gr. Frankfurter Str. 62, der seit vier Jahren die Fabrikgebäude auf dem großen Grundstück Blumenstraße 70 nachts bewachte.

Ein Leichensfund auf dem Bahnhof zu Wriezen beschäftigt seit einigen Tagen die Polizeibehörden. Auf dem Güterbahnhof zu Wriezen wurde gestern vor acht Tagen auf dem Abort die Leiche eines Mannes gefunden, an der je eine Schußwunde am Kopf und in der Herzgegend festgestellt wurde.

einen Kneifer und ein Kurzbüch von König. Der Lote hat eine ausgeprägte Adlernase.

Zestgenommen wurde gestern ein Schwindler, der arme Witwen bald nach dem Tode ihrer Männer aufsuchte und ihnen unter der Vorspiegelung, daß er von der Dampfbahn beauftragt sei, sie mit 1500 Brestkohl zu unterstützen, Beträge von 50 Pf. bis zu einer Mark abnahm. Er entpuppte sich als ein 43 Jahre alter früherer Staatsbeamter Julius Plafsch, der wegen eines Nebenleidens aus dem Dienst entlassen worden ist. Plafsch ist wahrscheinlich auch der Schwindler, der als Beauftragter der Landesversicherungsanstalt Witwen eine Staatsunterstützung in Aussicht stellte und ihnen unter der Vorspiegelung, daß er einen Lotenschein beschaffen müsse, drei Mark abnahm.

Erweiterungsbau des Warenhauses Tieh in der Leipzigerstraße. Die Firma Hermann Tieh, welche für das Grundstück Jerusalemstr. 88/89 das Recht der Auslassung besitzt, hat mit der Firma Carl Stiller das Abkommen getroffen, daß diese ihre in dem Grundstück gelegenen Räume per Herbst dieses Jahres der Firma Hermann Tieh überläßt. Hierdurch besitzt die Firma Hermann Tieh die Gesamtkontroll am Dönhofsplatz zwischen Leipziger- und Straußensstraße. Wie wir hören, soll mit dem Umbau der Häuser Leipzigerstraße 50, 50a, Jerusalemstraße 88, 87, 88 und 89 im Laufe dieses Jahres noch begonnen werden.

Jugend gefaßt. Die junge Frau mit dem Kinde auf dem Arm, die am 17. September 1910 abends 6 Uhr in der Siedingstraße, Ecke Mosfelder Straße, gesehen hat, ist ein kleines Mädchen einem jungen Menschen ins Fahrrad lief, der infolgedessen einen Beinbruch erlitt, wird gebeten, sich bei Schulz, Siedingstr. 7, Duergeb. 4 Z., zu melden.

Personen, die am 19. Juli 1910 abends zwischen 6 und 7 Uhr Holzmarktstr. 49 Zeuge des Renkonters waren, das sich im Klub des Danies abspielte, werden um Abgabe ihrer Adresse an Gastwirt Uter, Holzmarktstr. 49, gebeten.

Im Wälfener-Saal ist am Sonntag, den 15. Januar, eine Uhr gefunden worden. Abzuholen bei Frau Klotzsch, Fichtestr. 1.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Eine „deutsch-nationale“ Verächtigung.

Unter Bezugnahme auf den in unserer Nummer vom Sonntag veröffentlichten Verammlungsbericht über die bevorstehenden Kommunalwahlen erhalten wir von dem antisemitischen Diszussionsredner Herrn Thomas folgende Verächtigung:

„In der 4. Beschlusse der Nr. 13 des „Vorwärts“ wird unter der Epigmarie „Mit den bevorstehenden Kaufmannswahlwahlen“ behauptet: „Herr Thomas regte sich über einen ganz harmlosen Zwischenfall künstlich auf, um einen Vorwand zu haben, seine Ausführungen zu unterbrechen und unter Protest den Saal zu verlassen.“ Diese Behauptung ist un wahr. Wahr ist, daß andauernd ohrenbetäubender Lärm das gesprochene Wort unverständlich machte; wahr ist, daß ich deswegen darauf verzichtete, weiter zu sprechen. Oskar Thomas.“

Hierzu wird von dem Verfasser des Verammlungsberichts geschrieben:

Die vorstehende Verächtigung wird allen Besuchern der Verammlung wie überhaupt den Kennern deutsch-national-antisemitischer Manieren nicht uninteressant sein. Ist es doch in den weitesten Kreisen bekannt, daß die Antisemitenhändler und ganz besonders Herr Thomas die Gefährlichkeit haben, in gegnerischen Verammlungen vor dem Schlusswort des Referenten unter irgend einem an den Haaren herbeigezogenen Grunde den Saal zu verlassen. Die einzige Abweichung von der sonstigen Art liegt darin, daß Herr Thomas diesmal schon seine eigenen Ausführungen unterbrach, um mit seinen Getreuen das Feld zu räumen.

Der Grund für diese veränderte Taktik ist — wie wir schon in unserer Nummer vom 15. Januar erwähnten — in der Tatsache zu suchen, daß unser Genosse Udo für die Antisemiten sehr blamable Leistungen bedauert hatte, die zu widerlegen selbst dem größten Verdrehungskünstler nicht gelungen wäre. Den ohrenbetäubenden Lärm — der nach Herrn Thomas in der Verammlung herrschte — hat wohl dieser nur selbst wahrgenommen. Wichtig ist, wie wir behaupteten, daß die Ursache ein harmloser Zwischenfall war. Erst ein Zwiegespräch, das Herr Thomas mit dem Zwischenrufer führte, veranlaßte einen Teil der Verammlung, in ein Gelächter einzustimmen. Die dadurch entstandene Unruhe dauerte jedoch kaum eine Minute; Herr Thomas hätte dann sofort seine Rede fortzusetzen die Möglichkeit gehabt. Bieleicht hat er jedoch nicht mehr gewußt, was er sagen soll. Die Herren Antisemiten sind doch sonst nicht so empfindlich.

Charlottenburg.

Am Freitag, den 20. Januar, 8 1/2 Uhr findet der letzte Vortrag des Genossen Ed. Bernstein über „Das Deutsche Reich und seine Parteien“ statt.

Berner ist zum Sonntag, den 5. Februar, pünktlich 5 1/2 Uhr nachmittags, im Volkshaus, Rosenstr. 3, eine künstlerische musikalische Veranstaltung unter Mitwirkung hervorragender Kräfte arrangiert. Mitwirkende: Fr. Elsa Jodel (Sopran), Fr. Elfrida Baruch (Violine), Herr Loebel (Cello), Fr. Rillenthal (Gesang). Die Eintrittskarten kosten 20 Pf. und sind bei den Jahlabendeleitern sowie bei Will. Kirchstr. 30, Weisheit, Rosenstr. 8, und bei Schwarzberg, Sefenheimerstr. 1, zu haben. Nach dem Konzert Zusammensein und Tanz. Der Bildungsausschuss.

Der städtische Arbeitsnachweis hat seine Geschäftsstelle nach der Vestmerstr. 81 in einem für seine Zwecke umgebauten und praktisch ausgestatteten Räume verlegt. Mit Ausnahme von Sonnabends findet werktäglich von 8 bis 7 Uhr nachmittags Dienstbotenvermittlung statt. Hausfrauen und Dienstmädchen können sich in der Geschäftsstelle treffen und dort miteinander verhandeln.

Schöneberg.

Wanderungen durch die böhmisch-tschechische Schweiz und „Rax und Moritz“, eine böse Substanzgeschichte, gelangen am Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Schwarzen Adler, Hauptstr., mit circa 150 Lichtbildern zum Vortrag. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pf. Der Ausschuss.

Zehlendorf-Friedrichsfelde.

Die Einführung in die Kunst des Besuchs am morgen, Donnerstag, den 19. Januar, in Paul Schwarz's Festsaal, Zehlendorf, Rosenbühlstr. 25/26, geplantes Arrangement. Herr Dr. Hugo Reichentz wird den Zuhörern den Wert der Kunst vor Augen führen. Die Erläuterungen am Fingel hat Herr Leo Wehrberg übernommen ebenso wie Herr Felix Federer.

Prina (Bariton) mit. Das Eintrittsgeld beträgt 10 Pf. Anfang pünktlich 9 Uhr.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich vorgestern im hiesigen Ort. Der 34jährige Arbeiter Karl Rohrbach war allein in den Kiesgruben an der Hönowerstraße beschäftigt. Als er sich in einer Tiefe von etwa 3 Meter befand, stürzten plötzlich die nicht abgesteiften Grubenwände ein und er wurde vollständig verschüttet. Mit größter Anstrengung gelang es dem Bedauernswerten, sich soweit emporzuarbeiten, daß er mit der rechten Hand durch die Sanddecke hindurchreichte. Da Rohrbach dann aber die Befreiung des Kopfes und Hilfe nicht in der Nähe war, mußte der Arbeiter elendiglich erstickten. Als nachmittags gegen 5 Uhr mehrere Arbeiter jene Gegend passierten, sahen sie die Hand aus der Grube hervorstechen, sie gruben den Toten heraus.

Zabendorf bei Zossen.

Als eine Beleidigung der Gemeindevertretung betrachtete es der Gemeindevorsteher, daß in der letzten Gemeindevertreterversammlung ein von etwas fortschrittlichem Geist geleiteter bürgerlicher Vertreter die Beschlüsse der aus Bauern bestehenden Mehrheit der Vertretung zu kritisieren suchte. Der Redner wurde von dem Gemeindevorsteher unterbrochen, der es nicht dulden wollte, daß an irgend welchen gefassten Beschlüssen Kritik geübt würde. Von der Mehrheit der Bevölkerung wird es indessen freudig begrüßt, wenn sich ein bürgerlicher Vertreter findet, der die bisherige Ortspolitik mißbilligt. Die Vertretung schien, trotzdem sich der Redner durch das Eingreifen des Gemeindevorstehers am Weiterreden hindern ließ, aus dem Gefassten doch einige Nutzenwendung gezogen zu haben, denn bei der Beratung des Etats für 1911 wurde der bisherige Kommunalsteuervertrag von 300 Prozent, wodurch eine Entwidlung des Ortes geradezu unmöglich war, auf 200 Prozent herabgesetzt.

Unter „Verschiedenes“ machte der Vorsteher bekannt, daß die im vergangenen Jahre eingeführte Wertzuwachssteuer schwer einzuziehen ist. Es wurde hierauf zwei Antragstellern die Wertzuwachssteuer im Betrage von 1800 M. und 8202 M. in Ratenzahlungen zu leisten gestattet.

Sabars-Waidmannslust.

Die Gemeindevertreterversammlungen am Montag und Freitag voriger Woche zeigten den Gemeindeangehörigen einmal wieder, was sie von der gegenwärtigen Mehrheit des Vorparlamentes zu erwarten haben.

Die geplante Hundesteuererhöhung von 15 auf 20 M. wurde zunächst einstimmig abgelehnt. Bei Beratung eines Nachtrages zur Umfassungserordnung traten die Großgrundbesitzerinteressen so recht in den Vordergrund. Der Nachtrag sollte nur verhindern, daß bei sogenannten Grundstücksänderungen oder Zwangsversteigerungen nicht die Verkauf- oder Zuschlagssumme, wenn sie unter dem gemeinen Wert des Grundstücks zurückbleibt, der Umsatzsteuer unterliegen soll, sondern der gemeine Wert zur Zeit des Eigentumswechsels. Auch sollten bebauten Grundstücke, welche einen größeren Flächeninhalt besitzen als die vierfach bebauten Fläche, bei Veräußerungen zur Umsatzsteuer zu zwei Prozent herangezogen werden. — Die übrigen bedeuten Grundstücke zahlen ein Prozent. — Diese Bestimmungen waren den Großgrundbesitzern eine zu große Härte. Nachdem Genosse Lischer betonte, daß den Grundstücksbesitzern, welche die Gemeinde um einen Teil der Umsatzsteuer prellen wollen, ein Riegel vorgeschoben werden müßte, wurde der Nachtrag gegen eine Stimme angenommen. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über einen Polizeiverordnungsentwurf, welcher die Normativbestimmungen zur Herstellung anbauwürdiger Straßen enthält. Diese Polizeiverordnung kann nach dem Bauordnungsgebot nur für neu auszubauende Straßen Geltung haben. Der Entwurf enthält aber eine Verfügung, welche die Anlieger an schon fertig hergestellten Straßen, die den Bestimmungen der neuen Polizeiverordnung nicht entsprechen, verpflichtet, diese Straßen der neuen Verordnung entsprechend herzustellen. Genosse Kestlin meinte, daß sich Polizeiverordnungen innerhalb der Landesgesetzgebung bewegen haben, sonst könnte die Gemeinde in kostspielige Prozesse verwickelt werden. Der Amtsvorsteher machte sich die Verteidigung seiner Vorlage sehr leicht, indem er erklärte, alles was unsere Genossen vorgebracht hätten, gehöre nicht zur Sache. Der Schöffe Tobin brachte Dinge vor, die den Kern der Sache nicht berührten. Das veranlaßte Genossen Lischer zu der Bemerkung, daß die Position des Amtsvorstehers in dieser Sache sehr schwach sei. Hierüber wurde letzterer so erregt, daß er drohte, mit Hilfe des Kreisaußschusses eine Verordnung einzuführen, wenn diese Bestimmungen nicht angenommen werden. Unsere Genossen lachten, wofür sie von dem gestrengen Herrn zur Ordnung gerufen wurden. Das geschah dann auch zum zweitenmal, als der Lokustel nicht gleich weichen wollte. Darauf drohte der Amtsvorsteher mit einem Antrage, wonach unser Genosse Kestlin von drei Sitzungen ausgeschlossen werden soll. Bemerkenswert ist noch an der Debatte, daß die Gemeindevertreter Frank und Michaelis dagegen sprachen und bei der Abstimmung dafür stimmten. Sämtliche Abänderungsanträge wurden abgelehnt und die Vorlage gegen drei Stimmen angenommen.

In der Freitagssitzung stand der Ausbau der Rosenthaler Straße auf der Tagesordnung. Die Anlieger — meistens Großgrundbesitzer — hatten sich nur zu einem Teil der Kosten für die Herstellung der Straße verpflichtet. Die Vorlage verlangte deshalb von der Gemeinde einen Zuschuß von 23 000 Mark. Unsere Genossen sowie einige Gemeindevertreter sprachen dagegen. Genosse Kestlin betonte, daß die Anlieger nach dem Gesetz verpflichtet sind, die ersten Straßenherstellungskosten zu bezahlen und daß die Beitragspflicht spätestens bei Errichtung von Bauarbeiten eintritt. Er erinnerte die Herren an ihren in der vorigen Sitzung gefassten Beschlusse und sprach die Hoffnung aus, daß sie auch die Konsequenzen daraus ziehen und den Zuschuß glatt ablehnen werden. Diese Konsequenz war nicht vorhanden; nachdem der Gemeindevorsteher hat, hier mal eine Ausnahme zu machen und den Zuschuß zu bewilligen, wurde die Vorlage gegen 4 Stimmen angenommen. Hier zeigt es sich, wie auf der einen Seite durch die Beschlußfassung ungesetzlicher Bestimmungen der keine Grundbesitzer belastet werden soll und wie andererseits den Großgrundbesitzern ein Gehalt von 23 000 M. gemacht wird. Diese 23 000 M. scheinen keine so große Rolle zu spielen, wie die 12 M. Desinfektionsgebühren, um die man einen Gemeindeangehörigen mehrere Male mahnte, trotzdem der Betreffende nach der Quartier-Gebührenordnung gar nicht zu bezahlen braucht.

Spandan.

Arbeiter-Samariterkolonne. Am heutigen Mittwoch, abends 8 Uhr, hält die Kolonne im Lokale von Pöhl, Hauptstraße, einen Übungsabend ab, zu dem ein leitender Arzt einen Vortrag über Anatomie halten wird. Gäste willkommen.

Potsdam.

Eine neue Brücke muß über die Havel gebaut werden. Die Regierung will nur dann die Genehmigung zu dem Bauungsplan der von der Stadt zum größten Teil angekauften Dicht am Bahnhofs gelegenen Freundschaftsinsel geben, wenn zur Entlastung der jetzigen Kaiser Wilhelmbrücke und zur Aufnahme des Verkehrs vom Güterbahnhof und nach Kottbus eine zweite Brücke im Zuge der Packhofstraße gebaut wird. Mit diesem ganzen Projekt ist die Regelung resp. Vergrößerung des Güterbahnhofs, die Aufschüttung der Weidertwiesen und die Verbreiterung der dort in die Havel mündenden Rute verbunden, die im Anschluß an den Güterbahnhof zum Umschlaghafen eingerichtet werden soll. Die Regierung hat einen Kostenaufschlag von 400 000 M. zugestimmt.

Die Gemeindevorsteherlisten

liegen in den einzelnen Vororten bis zum 30. Januar in den Gemeindebüros aus. Außer den bereits bekanntgegebenen Orten tragen wir noch folgende nach.

Stettin. Die Wählerlisten liegen an den Wochentagen von 8—3 und von 5—7 Uhr, an den Sonntagen von 11—12 1/2 Uhr und am 27. d. M. von 8—1 Uhr im Zimmer 34 des Hauses Schloßstraße 26 II, aus.

Mariensfelde. Täglich von 8 bis 3 Uhr im Gemeindeamt. Da wahrscheinlich eine Neuwahl stattfindet, ist es Pflicht eines jeden Wählers, die Liste einzusehen. Wer verhindert ist, melde sich bei Adolf Berger, welcher bereit ist, dies zu tun.

Adlershof. Im hiesigen Gemeindeamt, Bismarckstr. 55a, Zimmer 8, während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Zur Einsichtnahme für jedermann haben sich bereit erklärt: Genosse August Beck, Bismarckstr. 11, Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft, sowie Genosse Johann Peyerstein, Bismarckstr. 28.

Tele- und Diskurierklub „Zd. O.“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Reichardt, Gölischer Straße 58: Mitgliederversammlung. Gäste willkommen. Arbeiter-Vanderverein „Berlin“. Heute abend 8 1/2 Uhr Versammlung im Vereinslokal bei Büchler, Stallstr. 22. Berlin ehem. Verleger, Abt. B. Mittwoch, 18. Januar, abends 9 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 12/13: Versammlung. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde An der Lindenstraße Nr. 69, born hier Treppen — 2. Stock —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Nachschuß und eine Zahl aus Briefkasten herauszugeben. Persönliche Antworten wird nicht erteilt. Bitte tragen tragen man in der Sprechstunde vor.

G. G. 17. Ja, wenn dadurch das Weilervermögen vergrößert wird. Sie sind verpflichtet, die Schlichter im Hause zu lassen, wenn nicht der Vertrag etwas anderes bestimmt. — A. W. 57. Nein. — Frau Schulz 1020. Ja. — G. G. 5. Nein. — G. G. 100. Ja, wegen Beleidigung. — Streitende. Nein, nur Reichon. — Fr. Ja. — Laura 1000. In der Regel nicht. — Rigdorf 2. Ja, in vier Jahren. — Wilmersdorf. 1 Ja. 2 Nein. — Jossen 25. 1. Wenn Sie austraten; ja, und zwar die Hälfte. 2. Rechtlich betrachtet: Nein. 3. Beim Konflikt. — Frankfurt 6. Nein. — Etzsch 10. Leider ja. — R. 7. Sie fragen, wieviel Wilbars sich im Saal Bauer befinden. Bitte, zählen Sie dort nach; wir mühen das auch tun. — G. G. 207. Nein. — G. 3. Sie können die Ansprache an Ihre Witwe als Gegenwert für die von dieser gemachten Aufwendungen abtreten. — W. W. 33. Das kommt an den Inhalt der Karte und auf die Auffassung des Richters an. — G. G. Rigdorf. Wir halten die Verlegung für unbegründet. Klagen Sie beim Kreisaußschuss. — C. 2. 29. Der Wertstempel ist bei Jahresmieten von mehr als 500 M. zu zahlen. Um die Höhe des Wertstempels angeben zu können, müssen wir die Höhe der Jahresmiete kennen. — A. G. 36. 1. Sie müssen 6 Wochen vor Quartalschluss kündigen. 2. Leber ja. 3. Befehl keinen. — A. 2. 53. 1. Nein. 2. Ja. — G. 2. 10. An den Rektor. — G. 7. Ja. Diese Kosten sind jedoch nur ganz geringfügig. — G. 8. 11. 15—30 M. für jeden Besuch 1—2 M. je nach Einkommen und Vermögen des Zahlungspflichtigen. — 100. G. 1. Ihnen gegenüber Habermeyerpflichtig. 2. Zimmerstr. 90/91. Sie können klagen. — A. 7. 99. Besprechen Sie die Sache mit dem Rektor. — W. W. 31. Sie können für die ersten 14 Tage Entschädigung verlangen, müssen sich aber das aus der Krankenkasse Emplangene anrechnen lassen.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Beschäftigt kaum, Preise un verändert. Wild: Zufuhr genügend, Beschäftigt nicht lebhaft genug, Preise un verändert. Geflügel: Zufuhr mäßig, Beschäftigt nicht, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr mäßig, Beschäftigt ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Beschäftigt ruhig, Preise un verändert. Gemüse, Obst und Gebäck: Zufuhr genügend, Beschäftigt etwas lebhafter, Preise fast un verändert.

Witterungsbericht vom 17. Januar 1911, morgens 8 Uhr.

Station	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur in C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur in C
Stettin	777	W	2 heiter	-0	Dachau	755	SW	2 halb hd.	-6
Darmstadt	779	SW	5 heiter	-2	Petersburg	768	SW	1 wolken	-7
Berlin	779	SW	3 bedeckt	-0	Stilla	780	SW	1 bedeckt	8
Frankfurt	781	S	2 heiter	-0	Dresden	770	SW	1 wolken	8
München	785	SW	3 heiter	-14	Wars	781	NNO	2 wolken	-5
Wien	781	SW	1 halb hd.	-2					

Wetterprognose für Mittwoch, den 18. Januar 1911. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend neblig, aber wollos bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge; später zeitweise aufklarende und langsame Abkühlung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserkunde-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserkunde	am 16. 1.	am 15. 1.	Wasserkunde	am 16. 1.	am 15. 1.
Regel, Mühl	2587	-19	Saale, Großh.	827	-6
Regel, Anstalt	814	+44	Cassel, Spandau	107	+3
Regel, Elbe	1264	-20	Cassel, Kassenow	140	0
Ober, Röhre	185	-19	Spre, Spremberg	106	-4
Regel, Röhre	187	-5	Regel, Besten	178	0
Regel, Frankfurt	194	+2	Regel, Röhre	34	-23
Regel, Schrumm	29	-1	Regel, Röhre	60	+3
Regel, Sandberg	44	-13	Regel, Röhre	380	-3
Regel, Verdam	107	-4	Regel, Röhre	908	-18
Elbe, Leimitz	6	-10	Regel, Röhre	254	-14
Regel, Dresden	-114	-3	Regel, Röhre	83	-7
Regel, Doro	138	-16	Regel, Röhre	180	-6
Regel, Wagerburg	158	-10	Regel, Röhre	118	-25

1) + bedeutet Wind, - Fall. — 2) Unterpost. — 3) Windrichtung. — 4) Eisfrieren. — 5) eisfrei. — 6) Eisbewegung.

JUNO
BESTE 2 Pf. CIGARETTE

Theater und Vergnügungen

Wilmoch, 18. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Fabelle.
Königl. Schauspielhaus. Der
Eidgenosse.
Neues königl. Oper-Theater.
Gehtessen.
Deutsches. Der Kaufmann von
Venedig.
Kammerspiele. Der ver-
wundete Vogel. (Anf. 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Felling. Anate!
Kleines. Die neugierigen Frauen-
zimmer. 1. Klasse.
Neues Opernhaus. Die hohe
Weste.
Romische Oper. Die Bohème.
Neues Schauspielhaus. Die
Eulen des Herrn v. Bredeau.
Kadmittags 3/4 Uhr: Maria
Stuart.
Revisor. Summestudenten.
Weiten. Das Puppenmännchen.
Neues. Der G. m. b. H.-Tenor.
Trianon. Der heilige Gaim.
Reichsh. Der Unterpräfekt.
Thalia. Polnische Wirtshaus.
Schiller O. Sanner. (Theater.)
Walden's Tod.
Sch. Schariotenburg. Der
Himmel auf Erden.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Hofgunst.
Zufriedenheit. Der Feldherrn-
hügel.
Anstaltungs-Theater. Meyer.
Lilien. Kabinets-Rede nach Indien.
Wohndes. Das glückliche Gesicht.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Kofe. Don Carlos.
Herrnfeld. Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er.
Bollwerk. Die Dollarprinzessin.
(Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kadmittags 3/4 Uhr: Der Kampf
um Schneewittchen.
Folies Caprice. Der Feldherrn-
hügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hurra! - Wir leben
noch!
Kofino. Tulle Blödsinn.
Apoll. Spezialitäten.
Voyage. Spezialitäten.
Voigt. Der Götterkinder.
Reichshallen. Stettiner Sängers.
Wintergarten. Spezialitäten.
Sandsouci. Wie werde ich reich?
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Walhalla. Bravo! Dacapo! (An-
fang 8 1/2 Uhr.)
Wedding. Abgründe.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Urania. Taubenastraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Diamanten und
Goldgewinnung.
Grosaal abends 6 Uhr: Die Zelle
als Staatsbürger.
Sterntwarte. Invalidentz. 57-62.

Lessing-Theater.
Wilmoch 8 Uhr: Anate!
Donnerstag 8 Uhr: Die Ratten.
Freitag 8 Uhr: Anate!
Berliner Theater.
Heute: Bummelstudenten. 8 Uhr.
Morgen: Bummelstudenten.

Neues Theater.
Der G. m. b. H.-Tenor.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Theater des Westens.
8 Uhr: Das Puppenmännchen.
Wilm. u. Sonnab. 4 Uhr: Rotkäppchen.
Sonntag 3/4 Uhr: Ein Walzertraum.
Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8 Uhr:
Doppelmoasch.

Berliner Volksoper
Kadmitt. 3/4 Uhr: Der Kampf um
Schneewittchen. - Abends 8 1/2 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Wilmoch, 18. Januar, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Donnerstag: Urvogel von Weinger.
Freitag: Die Orblante.
Sonnabend 8 1/2 Uhr: Hopt.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Der Unterpräfekt.
Schwanz in 3 Akten von L. Gaudel.
Morgen und folgende Tage:
Der Unterpräfekt.
Sonntagmorgen, 8 Uhr: Noblesse oblige

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängers.
Neu!
Musikanten-Weihnacht
Gemalt von Weigel.
Anfang
montags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenastraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Dr. O. G. Müller:
Diamanten und Goldgewinnung.
Hörsaal 6 Uhr:
Dr. Wilhelm Berndt:
Die Zelle als Staatsbürger.
Kaiser-Panorama.
Die Schweiz. Winter u.
Sport i. Oberrhein. L. W.
H. interess. Reise in Indien.
Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.
Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Luisen-Theater.
Medisches Reise nach Indien.
Gr. Ausstattung m. Gesang u. Tanz
Wilmoch u. Donnerst.: Rabies Reise.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 102.
Anf. 8 Uhr. Ende nach 11
Don Carlos
Dramat. Gedicht in 5 Akten v. Schiller.
Donnerstag: Sein Sündenregister.
Freitag und Sonntag: Don Carlos.
Sonnabendmorgen: Himmel u. Ortel.
Abends: Der Glöckchenmaler.

**Herrnfeld
Theater**
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-3 Uhr.
**Zwei Schläger:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er**
mit Anton und Donat Herrnfeld in
den Hauptrollen.
Theater des Weddings
Müllerstr. 102/103 - Sellenstr. 35.
Täglich vor ausverkauften Hause:
Abgründe
Drama in zwei Akten von Urban Seb.
Neben dem das neue großartige
Programm.

**Apollo
Theater**
Ein Erfolg ohne Gleichen
Otto
Reutters
neueste Schläger
sowie das große
**Sensations-
Programm.**
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
**Hurra!
Wir leben noch!**
Große Ausstattungsdrama in 7 Akten
v. A. Freund. Musik v. B. Holländer.
In Szene gesetzt von Dir. A. Schulz.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Kallner-Theater).
Wilmoch, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Von Friedrich Schiller. Ende 10 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Husarenlieber.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Wilmoch, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.
Schwanz in 3 Akten v. Julius Gork.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartar.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Bund der Jugend.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
!!! Heute !!!
Gastspiel-Konzert der
„Diavoli rossi di Pianella“
Original italia. Harmonie-Orchester.
Eintritt 50 Pf.
Anfang 8 Uhr.
Zum ersten Male in Deutschland!

Sport-Palast
Entre 1 M. Potsdamer Straße 70-72a Entre 1 M.
Heute Mittwoch, den 18. Januar 1911:
Premiere
der Ferio
„Karneval am Nordpol“
200 Eislaufkünstler. Zwei Musikkapellen.

Neue Welt
Arnold Scholz
Haaenhalde 108-114
Bockbier-Fest
im bayrischen Hochwald, im herrlichen Berchtesgaden
in sämtlichen Fest-Sälen (7000 Personen fassend).
Wunderbare Alpendekoration.
Morgen Donnerstag, den 19. Januar 1911:
Elite-Tag. Humpelrockes vom Promenaden- oder
Gesellschaftstisch. - Drei bars Preisa 50, 30, 20 Mark.
Wettläufen der drei Prämierten um einen Extrapreis.
Anmeldungen bis 10 Uhr an der Kasse. (Nur Damen von
18 Jahren ab können sich zum Wettbewerb melden.)
Anfang 7 Uhr. 4 Kapellen. Entre 30 Pf.

Schwarzer Adler
Richard Arnold. Frankl. Chaussee 5.
Lichten-berg
Mittwoch, den 18. Januar 1911:
Gr. Bockbierfest
unter Mitwirkung der
Leipziger Sängers.

Excelsior-Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152. (Passage.)
Wie stets, allen voran:
Der Verzweigungskampf der Anarchisten in Houndsditch.
Dazu:
Das dieswöchentliche Sensations-Programm.
Anfang: Sonntags 3 nachm., wochentags abds. 6 Uhr. Entr. 30 Pf.

Brauerei Friedrichshain.
Am Königster. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
Heute:
Größtes und amüsantestes
Bock-Bier-Fest.
Elite-Tag.
Gratisverlosung v. 100 Wertgegenstände
Jeder Besuch. erhält 1 Loos gratis.
Der berühmteste Heimweid
Schorsch Schrengruber
mit seiner Gruppe (50 Personen) aus Wismar.
Anfang 8 Uhr. Entre 30 Pf.
Passierkarten haben volle Gültigkeit.

Andreas-Festsäle (Hermann Borgmann)
Andreasstr. 21, gegenüber dem Andreasplatz.
Jeden Mittwoch:
Auftreten der beliebten Apollo-Sängers.
Entre 30 Pf.
Res. Platz 50 Pf.
Vorzugskarten
haben Gültigkeit.
Vorzeiger
dieser Annonce zahlt
an der Kasse
nur 10 Pf. nach.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Affe Consul
Menschendarsteller.
P. Schneider-Duncker.
Lina Loos
u. 4 großartige Januar-Prer.

**Bosporus
am Moritzplatz.**
Heute 8 Uhr:
**Das wunderbare
Varieté-Programm.**
Kasseneröffnung 4 Uhr.
Nach Schluß der Vorstellung:
Großer
Bockbier-Jubel Trubel
Festumzug, Tanz, Vergnügungspark
2 Kapellen bis 9 Uhr nachts.

„Märkischer Hof“
Amt 4, 4594. Admiralsstr. 18c.
Der große Saal einige Sann-
abende im März frei geworden.
Kleiner Saal (100 Personen) noch
mehrere Sonnabende zu vergeben.
Jeden Sonntag: Großer Ball.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
20156 C. Nible.

Zirkus A. Schumann.
Berlins größtes
Vergnügungs-Etablissement.
Wilmoch, den 17. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Der große Coup
9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.
Schmuggler.
Briff-Bruff-Bruff.
Arconi-Truppe, vier
Foot-Ball - Push-Ball
Polo-Ball
Kreisel-Globus,
neueste Kreation des Direktors
A. Schumann sowie die
übrigen Attraktionen.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 19. Januar 1911:
Die Waise aus Lowood
Schauspiel in zwei Aktenstellungen u. vier
Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Ford Rockefeller. . . Dr. Hans Reich.
Kasseneröffn. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 6 Uhr.
Casino-Theater
Lottbinger Straße 77. Täglich 8 Uhr:
Das Original Berliner Volkstisch
Julie Wippen.
Urbilder Humors! Urbilder Lypen!
Im Stille der ehem. Wallner-Bühne.
Vorber erstklassiger bunter Teil.
Sonntag 3/4 Uhr: Weihnachten.

Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vorm. Grotorjan. Zubeh.: Rud. Herz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9953
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wech. Programm.

U. T.
Sie müssen
heut abend das
aufsehenerregende
Sensations-Programm
sehen!
Wedding
Reinickendorfer Straße 14.

Kreuzberg - Festsäle,
Besitzer: Otto Ernert,
SW, Kreuzbergstr. 48.
Jeden Mittwoch u. Freitag:
Großer Frei-Tanz.
Jeden Sonntag:
Großer Ball.
Im März noch Sonnabende
zu vergeben.

Zirkus Busch.
Mittwoch, 18. Januar, abds. 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
Gastsp. d. bar. Drossours Arn.
Direkt. Pierre Althoff m. sein. ca.
90 dress. Pferd. u. Frau Direktor
Adele Althoff m. ihren eleganten
Freiheitsdressur. Fri. Martha
Mohrke, Schulmeisterin.
Die Aeres, kom. Trappenzüchter. -
Fredanis, bar. Reiterfamilie. -
5 Cliftons 5.
3 Gebrüder Fratellini,
urkom. italienische Clowns.
Um 9 Uhr ca. zum 2. Male:
„Armin“

Walhalla-Theater.
Kofen's Lot. Heimb. 20
Anfang 8 1/2 Uhr:
Januar - Allerneuestes
Bravo! Da Capo!
Eine Allerwelts-Revue in
5 Akten mit vielen neuen
Einlagen, Souiers und
Attraktionen.
Sonntags nachm. 3/4 Uhr:
Unsere Don Juans.
Vollst. mit Gesang u. Tanz.
Mietne Preise.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau.
Neuer bunter Teil.
Feldweibelhügel.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der heilige Gaim.

Theater „Graf-Berlin“.
Wilmoch, den 18. Januar, 8 1/2 Uhr:
**Neue Welt, Hasen-
heide:**
Blumenkäte.
Ende 50-100 Pf. Verzugst. Wöher.
Dieses Inletat gilt als Vorzugskarte.
Donnerstag: Puhmanns Theater.

Königstadt-Kasino.
Kofmarktstr. 72. Ude Alexanderstraße.
Täglich: Edmannoff-Truppe, russ.
Sängers, Franz Sobanski, Pulwars,
Wuffelstr., Gebrüder Köhn, Tho
Muralias, Hochspringer usw.
Die Erbtante.
Vollst. mit Gesang von G. Schaubh.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 8 1/2 Uhr.

Theater Sanssouci
Kochhausstation Kottbuscher Tor.
8 1/2 Uhr:
**Wie werde
ich reich?**
Unerwartliche Entfaltungsdrama.
Lotte Sebus
Berlins Lieblinge.
Karl Haverland-
Anfang Theater Romanbauert
nach 7 1/2 U. (Anf. 7 1/2 U.)
Januar Spezialitäten-Programm
1911.
das Tagesgespräch im
neuen Jahre.

Germania-Pracht-Säle
Carl Richter,
N., Chaussee-Straße 110.
Heute
Mittwoch,
Paul Mantheys
lustige Sängers.
mit Ernst Walters newest. Schläger!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Vorzugskart. geht. Anschl. Preitanz.
Jeden Donnerstag:
Gr. Bockbier-Konzert.

**Berliner
Humor-Quartett**
Gg. Trener
Kastanienallee 45
Für den Jubel der Jureate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber feierliche
Verantwortung.

Inserem Kollegen
Georg Blend
 zu seinem heutigen Geburtstag
 ein dreifach donnerndes
 Hoch!
 Die Werkstatkollegen.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am 15. Januar verstarb unser
 Genosse, der Tischler
Otto Hoeder
 Rheinboerger Straße 35.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Donnerstag, den 19. Januar,
 nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Friedhofes der Sions-
 Gemeinde, Nieder-Schönhauser,
 Nordend, aus statt. 224/9
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Am 15. d. Mts. verschied nach
 kurzem Leiden mein lieber Mann,
 unser guter Vater, der Gastwirt
Wilhelm Noack
 im 52. Lebensjahre.
 Um stille Teilnahme bitten
 Luise Noack geb. Hausmann,
 Martha, Richard, Lieschen
 als Kinder.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, d. 19. d. Mts., um
 1/4 Uhr vom Trauerhause Walter-
 straße 27 nach dem Jakobikirch-
 hof, Hermannstraße statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.
 Den Parteigenossen zur Nach-
 richt, daß unser langjähriges Mit-
 glied, der Gastwirt
Wilhelm Noack
 Walterstr. 27/28 (13. Bez.)
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Donnerstag, den 19. Januar, nach-
 mittags 4 Uhr, vom Trauerhause
 aus, nach dem neuen Jakob-
 kirchhofe, Hermannstraße, statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 224/4
 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
 Ortsverwaltung Rixdorf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege
Wilhelm Noack
 Walterstr. 27
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 19. Januar,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauer-
 hause aus auf dem Jakob-
 kirchhof statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 74/5
 Die Ortsverwaltung.
 Treffpunkt bei Franz Rückholm,
 Bergstr. 98.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Fenster-
 putzer
Richard Kühne
 am 15. d. Mts. verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 18. d. Mts., nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Krankenhauses am
 Friedrichshagen aus nach dem Fried-
 hof der Marktgemeinde in Wil-
 helmsberg statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
 Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
 Am 15. Januar verstarb unser
 Mitglied
Karl Weimann junior
 (begibt Charlottenburg)
 an Lungenerkrankung.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwochnachts 3 Uhr auf dem
 Luisenkirchhof (Westend) statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die örtliche Verwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und die reichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes
Julius Penkuhn
 sage ich allen Verwandten und Be-
 kannten sowie seinen Kollegen der
 Stationen 12 und 5 und dem Ver-
 band der Gemeinde- und Staats-
 arbeiter meinen herzlichsten Dank.
 Die trauernde Witwe
Berta Penkuhn.

Montag vormittag entfiel
 unser einziger geliebter Sohn
Alex Schirmhoff
 im 17. Lebensjahre.
 Die tiefbetrübten Eltern
 E. Schirmhoff u. Frau.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 19. d. Mts., nach-
 mittags 3 Uhr, von der Halle
 des neuen Nazareth-Kirchhofes,
 Reinickendorf-West, Berliner Str.,
 aus statt.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied
Hans Plagemann
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 110/14
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Buch- und
Steindruckerei-Bilfsarbeiter u.
Arbeiterinnen Deutschlands.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Am 13. Januar starb nach langem
 schwerem Leiden unser Kollege
Otto Geidel
 im noch nicht vollendeten 30. Lebens-
 jahre.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Mittwoch, den 18. Januar, nach-
 mittags 1/4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Heilig-Kreuzkirchhofes
 in Mariendorf aus statt.
 27/1
 Die Ortsverwaltung.

Dankjagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung meiner
 lieben Frau
Emma geb. Kutzmann
 ogen allen Freunden und Bekannten
 unseren herzlichsten Dank. 27088
Otto Heile nebst Kindern.

Dankjagung
 Allen Freunden und Bekannten,
 insbesondere den Genossen des
 6. Wahlkreises, dem Verbands der
 Waldhütten und Holzger, sowie den
 Kollegen und Lehrlingen der Firma
 H. Goede, Chausseestr. 38, sage ich
 für die überaus reichen Kranzspenden
 bei der Beerdigung meines lieben
 Mannes
Max Zabel
 meinen herzlichsten Dank. 27025
 Frau Anna Zabel geb. Agaciack.

Dankjagung.
 Für die herzliche Teilnahme und
 die Kranzspenden bei der Beerdigung
 meines geliebten Mannes, unseres
 anten Vaters, Sohnes, Bruders und
 Neffen
Heinrich Zurbel
 sagen wir allen Freunden, ins-
 besondere Herrn Göttel für die kost-
 reichen Worte, der Direktion und
 den Kollegen der Brauerei Schulltheis,
 dem Verband der Brauereiarbeiter und
 dem Lotterieverein „Sicher wie Gold“
 unseren herzlichsten Dank. 27035
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme beim Hinscheiden unseres
 lieben Bruders und Schwagers, des
 Steinbruders
Emil Orth
 sagen wir hiermit allen Beteiligten,
 besonders Herrn Dr. Schütt, unseren
 herzlichsten Dank. Familie Orth.

Westmanns Trauermagazin
 Extra-Abteilung
 I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
 Straße 37a (2. Haus von der
 Jerusalem Straße).
 II. Gesch.: Berlin NO., Große
 Frankfurt. Str. 115 (2. Haus
 von der Andreasstraße).
 Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,
 Hüte, Handschuhe, Schleier
 etc. v. einfachsten bis zum
 hocheleganten Genre z. äußerst
 niedrigen Preisen.
 Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in
 10 bis 12 Stunden.

Krankenkasse der Personen-
Lohnfuhrwerks-Innung
 zu Berlin
 Dirschstr., Stadtbahndogen 110.
Bekanntmachung.
 Am Donnerstag, den 26. Januar 1911,
 abends 8 Uhr, findet im „Prälaten“
 (Wappensaal), Dirschstraße, Stadt-
 bahndogen 110,
 die Wahl der 17 Delegierten
 der Krankenkassenmitglieder statt.
 Nach der Wahl der Delegierten findet
 um 10 Uhr abends die
Ordentliche
General-Versammlung
 der Delegierten statt. 270/10
Tagesordnung:
 1. Wahl des Krankenkassenvorstandes
 laut § 37 und 38 des Krankenkassen-
 Statuts.
 2. Wahl der Rechnungsprüfungs-
 kommission.
 3. Konstituierung des Krankenkassen-
 Vorstandes.
 4. Statutenänderung (§ 29 des
 Statuts).
 5. Abnahme der Jahresrechnung
 für 1910.
 6. Genehmigung des Vertrages mit
 dem Vertrauensarzt Sanitätsrat Dr.
 Loewenthal.
 7. Genehmigung von 3 Anstellun-
 gsverträgen mit Angestellten.
 8. Genehmigung des Vertrages mit
 dem Gewerkschaftsverein.
 9. Beschlußfassung über Abänderung
 der Vorschriften betr. das Verhalten
 der Kranken.
 Wahlberechtigt sind alle diejenigen,
 welche das 25. Lebensjahr erreicht,
 sich im Besitze der bürgerlichen Ehren-
 rechte befinden und bei einem Innungs-
 mitgliede beschäftigt sind.
 Der Vorstand
 der Krankenkasse der Personen-
 Lohnfuhrwerks-Innung
 zu Berlin.
 H. H.: **Rose**, Vorsitzender.

Verleih-Institut:
 Friedrichstr. 115/1, a. Drabg.
 Tor. Weg. Stad. Gehrod
 1,50, Hufe 1,00, Weste 50 Pf.

Arbeiter-Notizkalender
1911
 gelangt soeben zur Ausgabe.
 Reichhaltiger Inhalt.
 Preis 50 Pf.
 Expedition des „Vorwärts“,
 247/4* Lindenstr. 69.

Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge (E. V.)
 Wallstr. 89, II.
Oeffentliche Versammlung
 am Freitag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in „Kellern
 Festsälen“, Roppenstr. 29:
 Vortrag des Herrn Prof. Brunner - Pforzheim:
 „Die Familie im Kampf gegen die Schundliteratur“.
 Hierauf freie Aussprache. [27015*] Eintritt unentgeltlich.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
 Col L. Amt 3, 1239. Charitestraße 2. Col III. Amt 3, 1987.
 Donnerstag, den 19. Januar 1911, abends 8 1/2 Uhr, in den
 Borussia-Sälen, Kderstr. 6-7:
Allgemeine Versammlung
 der in den
Eisengießerien beschäftigten Putzer und Schleifer.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Donnerstag, den 19. Januar 1911, abends 8 Uhr:
Bezirks-Versammlung
 für Köpenick u. Friedrichshagen
 im Restaurant v. Max Rossius, Köpenick, Bahnhofstr. 1.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Max Schütte über: „Carl Marx“.
 2. Diskussion und Verbandsangelegenheiten.
 Zahlreichen Besuch erwartet
 110/16
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Isolierer, Steinholzleger and verw. Berufs-
 genossen Deutschl.
Achtung! Isolierer! Achtung!
 Mittwoch, den 18. Januar 1911, abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokal Dragonerstr. 15:
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Jahres- und Kassenericht. 2. Wahl des Sektionsvorstandes.
 3. Verbandsangelegenheiten.
 Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen.
 226/3
 Der Vorstand. H. H.: Hermann Lange.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Verwaltung Berlin.
Mitglieder-Versammlungen
 für Bezirk Weißensee
 am Mittwoch, den 18. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Prälaten,
 Lederstr. 122.
Stockarbeiter
 am Donnerstag, den 19. Januar, abends 6 Uhr, in den „Ritter-
 sälen“, Ritterstr. 75.
Schirmmacher
 am Sonnabend, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerk-
 schaftshaus“, Engelsufer 14/15.

Stoff-Reste
 Tuchlager Gertraudenstr. 20/21,
 bis-a-bis der Petritirche.
 für Herren-Anzüge,
 Paletots, Knaben-An-
 züge, Damen-Kostüme,
 Ledentosse für Wetter-
 Veleterien imprägniert
 Wtr. 1.50, 2.50, 3.50, 4.50

Billige
Abschluß-Tage
 Herabgesetzte Preise zwecks
 Räumung der Inventur-Bestände

Große Bestände	Herren-Paletots und Ulster . . .	von 8 ⁵⁰	an
Große Bestände	Herren-Jackett-Anzüge	von 8 [—]	an
Große Bestände	Gehrock-Anzüge	von 33 [—]	an
Große Bestände	Herren-Hosen	von 2 ⁹⁰	an
Große Bestände	Herren-Winter-Joppen	von 6 ⁵⁰	an
Große Bestände	Pelz-Joppen	von 15 [—]	an
Große Bestände	Gummi-Mäntel englische und deutsche .	von 11 ⁹⁰	an
Große Bestände	Loden-Pelerinen für Herren und Damen	von 8 [—]	an
Große Bestände	Pikee-Westen	von 1 ⁵⁰	an
Große Bestände	Knaben-Hosen	von 60 Pf	an
Große Bestände	Knaben-Manchester-Anzüge für 3-8	Jahre von 3 ⁵⁰	an
Große Bestände	Knaben-Anzüge Buckskin, Manchester, Kammgarn,	Blusen- u. Norfolk-Pass, durchweg	6 ⁴⁰
Große Bestände	Knaben-Ulster und -Pyjacks . . .	von 3 ⁵⁰	an
Große Bestände	Jünglings-Anzüge und Paletots . .	von 7 ⁵⁰	an
Große Bestände	Wäsche-Kragen in 12 modernen Formen	Prima Ware . . das 1/2 Dtd.	1 ⁷⁵

BaerSohn
 Kleider-Werke
 Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10
 Der Pelz-Katalog No. 40 u. der Haupt-Katalog No. 41 kostenfrei.

Zu Inventur-Preisen:
Plüsch-Mäntel aus feinstem Velours de Nord
 und echt englischem Seal
 (Lister & Co. Ltd., Bradford), hoch-
 vornehme Ausarbeitung, auf Damass
 und halbseidenem Damass gefärbt,
 mit und ohne Pelzbesatz, bis 160 cm
 lang, auch kür-
 zer, jetzt z. T.
 120.—, 95.—
 120.—, 85.—
45.—
Abendmäntel | Engl. Paletots (Ulster)
 in wirkungsvoll. Farb., hübsch
 ausgestattet, früh bis
 z. T. zu 30.—, 25.—, 20.—
 62, 36, 21.—
 75, 60,
 in blau Cheviots etc., moderne
 Fassons, zum
 früher bis
 Teil zu 34.—, 6.50
 16, 15,
14.—
 in ganz bedeutend erweiterter Aus-
 wahl, schicke Ausführungen, z. T.
 M. 82.—, 51.—, 26.—, 20.—, 18.—
Ein Posten Kostümrücke
 in blau, schwarz, braun, conleure
 früher bis M. 20.—, jetzt z. T. M.
10.—
Echte Pelzsachen
 Persennerjackets, Herz-, Herzmurmol- etc.
 Jackets, Kolliers und Muffen
 der vorgerückten Jahreszeit entprech. billig,
 teilweise 1/2 bis ein Drittel.
Westmann
 Mohrenstr. 37a
 (nahe Jarnal. Str.)
 parterre
 und
 I. Etage
 Gr. Frankfurter
 Strasse 115
 (nahe Andreasstr.)
 parterre
 und
 I. Etage